

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Sachsens Chancen nutzen

1 Antragstext

2 Am 31. August 2014 wird die Zukunft Sachsens neu entschieden und es
3 werden die politischen Weichen für die nächsten fünf Jahre gestellt.
4 Die politische Landschaft im Freistaat ist durch die uninspirierte,
5 allein auf Machterhalt ausgerichtete Politik der jetzigen
6 Staatsregierung geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen jedoch eine
7 Vielzahl von Chancen für Sachsen. Sachsen ist ein starkes Land, aber
8 es wird nicht gut regiert.

9 Die nächsten fünf Jahre werden für Sachsen entscheidend sein. Sie
10 verlangen nach neuen Antworten auf drängende Zukunftsfragen. Der
11 auslaufende Solidarpakt und eine neue Förderpolitik der EU werden
12 Sachsen genauso vor Herausforderungen stellen, wie eine schrumpfende
13 Bevölkerung außerhalb der Ballungszentren.

14 Wir können uns diesen Herausforderungen stellen, denn in Sachsen leben
15 Menschen mit Kreativität und Erfahrung, mit neuen Ideen und Mut zur
16 Veränderung. Doch erfolgreiche Entwicklungen und das Engagement vieler
17 Bürgerinnen und Bürger werden derzeit bürokratisch ausgebremst,
18 Perspektiven nicht gefördert und Stillstand als Sachsens Weg in die
19 Zukunft verkauft.

20 Wir GRÜNE wollen Engagement und Können in unserem Land nutzen und
21 gemeinsam einen neuen Weg für ein gerechteres, moderneres
22 ökologischeres und weltoffeneres Sachsen einschlagen. Wir sind uns
23 sicher: Sachsen kann mehr erreichen.

24 **Wir wollen einen Politikwechsel, denn ...**

25 **... Sachsen ist kreativ!** Das Land hat das wissenschaftliche und
26 technische Potenzial für innovative Produkte und energieeffiziente und
27 umweltfreundliche Produktionsweisen. Überall auf der Welt werden diese
28 neuen Produkte und Technologien gebraucht. Wer hier die Nase vorn hat,
29 wird künftig auch wirtschaftlich gewinnen. Wir fördern ein Klima im
30 Land, in dem Innovationen und Ingenieurskunst und vor allem kleine und
31 mittelständische Unternehmen gedeihen können. Für Sachsens
32 wirtschaftlichen Erfolg im ländlichen Raum ist der Ausbau schneller
33 Datenautobahnen ebenso eine Chance wie die Förderung von
34 umweltverträglichem Tourismus.

35 **... Sachsen ist reich an Natur!** Wir schützen Boden, Wasser, Luft,
36 Atmosphäre und biologische Vielfalt, um gesunde Lebensgrundlagen
37 heutiger und künftiger Generationen zu bewahren. Mit uns wird dies
38 zentraler Maßstab allen staatlichen Handelns werden. Eine Landnutzung,
39 die im Einklang mit den Selbsterneuerungskräften der Natur steht,
40 sichert nicht nur Lebensräume für vom Aussterben bedrohte Arten,
41 sondern auch Arbeit und Einkommen vieler Menschen in den ländlichen
42 Räumen Sachsens.

43 **... Sachsen hat genug Energie!** Es ist nicht notwendig, weitere Dörfer
44 und Landschaften für die Braunkohle abzubauen. Die sauberen,
45 sicheren und kostengünstigeren Alternativen stehen bereit. Wir wollen
46 einen schnellstmöglichen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien
47 auf Basis starken bürgerschaftlichen Engagements, keine neuen Tagebaue
48 und einen rechtssicheren Braunkohleausstiegsplan mit konkreten
49 Restlaufzeiten. Über das GRÜNE Klimaschutzgesetz werden wir die großen
50 wirtschaftlichen Potenziale der Energiewende für Bürgerinnen und
51 Bürger, Kommunen, Handwerk und Mittelstand erschließen.

52 **... Sachsen hat Ideen für die Zukunft!** Bildung eröffnet Möglichkeiten
53 und fördert Talente. Sie ist Voraussetzung für Selbstbestimmung und
54 Teilhabe. Wir stehen für gute Bildung für alle und von Anfang an. Wir
55 wollen bessere frühkindliche Bildung und deswegen kleinere Gruppen in
56 Kitas, damit Erzieherinnen und Erzieher besser auf alle Kinder
57 eingehen können. In der GRÜNEN Gemeinschaftsschule lernen Schülerinnen
58 und Schüler länger gemeinsam, damit allen der gewünschten
59 Schulabschluss ermöglicht wird. Wir stellen individuelle Förderung in
60 den Mittelpunkt und wollen den Lehrerberuf attraktiver gestalten, um
61 auch in den nächsten Jahren ausreichend junge Lehrerinnen und Lehrer
62 für den Schuldienst in Sachsen zu gewinnen. Eine stabile
63 Hochschulfinanzierung sichert die Qualität von Forschung und Lehre in
64 Sachsen und ermöglicht allen Studierenden faire Chancen.

65 **... Sachsen hat Kultur!** Die sächsische Kulturvielfalt ist Ausdruck von
66 Weltoffenheit und Kreativität. Wir wollen die Angebote an Kunst,
67 Kultur und kultureller Bildung in allen Städten und Regionen erhalten.
68 Dafür stärken wir die solidarische Kulturraumfinanzierung.
69 Bibliotheken wollen wir als Bildungsorte, Medienzentren und
70 Kultureinrichtungen stärken und deswegen nicht nur in Großstädten
71 erhalten. Darüber hinaus wollen wir die Ausstrahlung und die
72 Förderpolitik von Sachsen so verändern, dass die großen Chancen für
73 Kultur und Kreativwirtschaft genutzt werden. Denn das Land bietet
74 viele Freiräume für Kreative zum Experimentieren und Arbeiten.

75 **...Sachsen liegt in der Mitte Europas!** Unsere Nachbarschaft zu Polen
76 und Tschechien ist für uns GRÜNE eine große Chance. Mit
77 grenzüberschreitenden Initiativen bringen wir die europäische Einigung
78 bürgernah voran. EU-Programme machen wir vor Ort einfacher zugänglich,
79 verwenden Mittel effektiver und verwalten sie transparenter. Dabei
80 machen wir uns für eine intensive Beteiligung der Zivilgesellschaft in
81 allen Phasen der Programmplanung und -umsetzung stark. Deshalb setzen
82 wir GRÜNE uns auch für eine bessere grenzüberschreitende
83 Verkehrsinfrastruktur - insbesondere im Bahnverkehr - ein.

84 **... Sachsen isst gut!** Der Wunsch nach gesundem Essen aus der Region
85 wächst, das gilt insbesondere für das Essen in Kitas und Schulen. Wir
86 GRÜNEN wollen Klasse statt Masse. Wir setzen auf die Wiederbelebung
87 einer bäuerlichen Landwirtschaft, die Natur nicht vergiftet oder
88 gentechnisch manipuliert. Damit steigen Lebensqualität, Attraktivität
89 und Entwicklungschancen der ländlichen Räume. Wir kämpfen für das Ende
90 der Massentierhaltung.

91 **... Sachsen ist lebendig & engagiert!** Gutes Zusammenleben braucht
92 Toleranz für vielfältige Lebens- und Beziehungsformen, Raum für
93 Kinder, Achtung der Älteren und faire Chancen für Zugewanderte.
94 Sachsen soll ein Land ohne Barrieren werden, in dem Vielfalt gelebt
95 wird. Wir wollen, dass die Stimme engagierter Bürgerinnen und Bürger
96 gehört wird und auch zählt. Mit verbindlichen Informations- und
97 Beteiligungsrechten ermöglichen wir aktive Einmischung. Die Hürden für
98 mehr direkte Demokratie müssen gesenkt werden. Wir stellen uns den
99 Nazis entgegen und fördern Projekte für Demokratie und Toleranz. Wir
100 sind gegen staatliche Überwachung und Bevormundung und für besseren
101 Datenschutz und Versammlungsfreiheit, denn wir sind die
102 Bürgerrechtspartei in Sachsen.

103 **... Sachsen braucht Bewegung!** Mobilität ist ein Grundbedürfnis aller
104 Menschen und Ausdruck von Lebensqualität. Wir sorgen für attraktiven
105 Nahverkehr, gute Bedingungen für Radverkehr und FußgängerInnen und
106 bessere Bahnverbindungen. Unsere Verkehrspolitik heißt: gute und
107 bezahlbare Mobilität für alle. Der GRÜNE „Sachsentakt 21“ macht den

108 Umstieg auf Bus und Bahn gerade für PendlerInnen attraktiv, die bisher
109 oftmals lange und teuer unterwegs sind. Ein gut gepflegtes Straßennetz
110 mit wenig Schlaglöchern ist uns wichtiger als teure Prestigeprojekte
111 mit wenig Nutzen.

112 **Ökologisch, gerecht, weltoffen - ein gutes Angebot für Sachsen**

113 Wir machen mit diesem Landtagswahlprogramm ein Angebot an alle, die
114 eine werteorientierte Politik für Sachsen wollen: Menschen, für die
115 Freiheit und Gerechtigkeit zusammengehören, und für alle, die nach
116 Antworten auf die ökologischen und sozialen Fragen unserer Zeit
117 suchen.

118 Dieses Programm geht von der Schaffung nachhaltiger Lebensqualität und
119 der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen als Voraussetzungen
120 einer neuen Politik aus. Die Selbstbestimmtheit ALLER Menschen steht
121 im Mittelpunkt unserer Politik. Die Demokratie sichert die Freiheit.
122 Bildung und Kultur sind schließlich der Schlüssel zu einer guten
123 Zukunft.

124 Echte Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern zu erreichen,
125 ist ein Grundbedürfnis GRÜNER Politik und wird anhand konkreter
126 Forderungen beschrieben. Die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft
127 und wirklicher Barrierefreiheit ist für uns kein isoliertes Kapitel,
128 sondern ein Aspekt aller Bereiche der Gesellschaftspolitik.

129 Wir GRÜNE stehen für eine Politik des Zuhörens und handeln für die
130 Zukunft Sachsens. Je stärker wir im Landtag vertreten sind, desto mehr
131 GRÜNE Inhalte werden wir umsetzen können - sei es in verantwortlicher
132 Regierungsposition, sei es mit verantwortungsbewusster
133 Oppositionsarbeit. Eine Stimme für GRÜN ist eine Stimme für unseren
134 entschiedenen Einsatz für konsequenten Klimaschutz und für eine echte
135 Energiewende - inklusive dem raschen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau
136 - für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue
137 Verkehrspolitik, für Naturschutz, für die Stärkung von Demokratie und
138 Bürgerrechten. Für diese Ziele bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit
zusammendenken

142 Antragstext

143 Eine gute Lebensqualität für alle Generationen können wir langfristig
144 nur dann erhalten, wenn wir in einer solidarischen Ökonomie die
145 Grenzen der Natur respektieren. Nur dann kann ein Ausgleich zwischen
146 Starke und Schwache stattfinden, werden kulturelle Werte erhalten
147 bleiben und kann eine vielfältige, inklusive Bildungslandschaft
148 vorhanden sein. Wir fragen auch nach den Folgekosten, die durch
149 Umweltbelastungen entstehen, beispielsweise durch klimaschädliche CO2-
150 Emissionen oder krankmachende Lärmbelastungen. Für uns GRÜNE misst
151 sich Wohlstand nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts,
152 sondern auch an der Lebensqualität und dem Umgang mit der Natur. Eine
153 GRÜNE Wirtschaftspolitik will die AkteurInnen in Wirtschaft und
154 Gesellschaft für Investitionen in die Umweltbedingungen gewinnen. Wir
155 wollen die soziale Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische
156 Marktwirtschaft umbauen.

157 **Ressourceneffizient wirtschaften und Recycling stärken**

158 Um Wohlstand nachhaltig zu sichern, muss effizienter mit Rohstoffen
159 umgegangen werden. Wo es möglich ist, müssen endliche Ressourcen durch
160 erneuerbare ersetzt werden. Die Förderung von Material- und
161 Ressourceneffizienz steigert auch die Wettbewerbsfähigkeit der
162 sächsischen Wirtschaft. Denn bei steigenden Rohstoffpreisen lohnen
163 sich frühzeitige Investitionen. Wir wollen die dafür notwendigen
164 Innovationen ermöglichen.
165 Ein wichtiges Ziel GRÜNER Wirtschaftspolitik ist die postfossile
166 Kreislaufwirtschaft: Nachhaltiges Wirtschaften ist nur möglich, wenn

167 die eingesetzten Rohstoffe über den Lebenszyklus eines Produkts hinaus
168 wieder vollständig in den Produktionsprozess zurückgelangen und sie
169 nicht mehr aus endlichen Reserven entnommen werden. Hierfür sind auch
170 in Sachsen rechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Besonders dringlich
171 ist die Aufgabe, unsere Abhängigkeit vom Erdöl zu reduzieren. Experten
172 gehen davon aus, dass das globale Ölfördermaximum - der „Peak Oil“ -
173 in wenigen Jahren erreicht sein wird. Dann wird der Rohstoff Erdöl
174 immer knapper und zwangsläufig immer teurer werden. Auf die
175 erdölabhängigen Industrien kommen erhebliche Herausforderungen zu.
176 Auch sächsische Unternehmen sind von dieser Entwicklung betroffen,
177 wenn wir nicht umsteuern - so z. B. die Automobilbranche, die
178 chemische Industrie oder der Maschinen- und Anlagenbau. Die
179 Wirtschaftspolitik des Freistaates muss Unternehmen aktiv dabei
180 unterstützen, die Auswirkungen von „Peak Oil“ auf ihre
181 Geschäftsmodelle zu überprüfen. Wichtig ist uns die Unterstützung der
182 Materialforschung, um Alternativen zum Erdöl zu finden. Förder- und
183 Kreditprogramme sollen grundsätzlich an Kriterien der Rohstoff- und
184 Energieeffizienz gebunden werden. Im Bausektor wollen wir nicht nur
185 das Recycling, sondern auch die Wiederverwendung geeigneter Bauteile
186 voranbringen.

187 **Energieeffizienz fördern**

188 Der Umstieg auf energieeffiziente Technologien ist wichtig, aber
189 gerade für Sachsens mittelständische Unternehmen sehr schwer, weil die
190 notwendigen Finanzmittel kurzfristig zur Verfügung stehen müssen, die
191 Einspareffekte sich aber erst mittelfristig einstellen. Deshalb wollen
192 wir ein Programm für günstige Investitionskredite für
193 Energiesparmaßnahmen in mittelständischen Unternehmen auflegen. Im
194 Förderzeitraum 2014-2020 sollen Mittel aus dem EU-Regionalfonds
195 verstärkt dafür genutzt werden, sächsische Unternehmen bei der
196 Steigerung der eigenen Energieeffizienz zu unterstützen. Die lokale
197 Wirtschaft kann so zum europäischen Ziel einer 20 Prozent höheren
198 Energieeffizienz bis 2020 beitragen. Das Wirtschaftsministerium muss
199 die Unternehmen intensiver beraten, insbesondere hinsichtlich der
200 bestehenden Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die in
201 Sachsen noch relativ selten abgerufen werden.
202 Wir wollen die Forschung zu Energieeffizienz und die Umsetzung ihrer
203 Ergebnisse durch spezialisierte Transfergesellschaften fördern.
204 Energieeffiziente und -einsparende Technologien sind zukunftssträftig
205 und bieten gerade einem Wirtschaftsstandort wie Sachsen mit
206 kleinteiliger Wirtschaftsstruktur und vielen Ingenieuren große
207 Chancen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Verbundinitiative für den
208 Bereich Energie- und Materialeffizienz auf den Weg bringen.

209 **Neue Förderpolitik**

210 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen Zukunftsbranchen und Projekte
211 fördern, die für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts

212 entscheidend sein werden. GRÜNE Wirtschaftspolitik macht
213 Unternehmerinnen und Unternehmer stark, die sozial und ökologisch
214 nachhaltig handeln und das Gemeinwohl im Blick haben. Die Zugänge zur
215 Förderung müssen für alle Branchen fair und transparent sein. Ein
216 geeignetes Mittel der Förderpolitik ist die Auflage revolvierender
217 Fonds, die durch die Rückzahlungen erfolgreich geförderter Unternehmen
218 aufgefüllt werden können. Neue oder spezifische Branchen wie die
219 Kultur- und Kreativwirtschaft oder der Dienstleistungsbereich brauchen
220 adäquate Hilfen beim Zugang zu Förderung. Die Ansprechpartnerinnen und
221 Ansprechpartner müssen über spezifische Qualifikationen in allen
222 Branchen verfügen, auch in innovativen oder alternativen
223 Wirtschaftsbereichen.
224 Viele sinnvolle Förderprogramme werden deshalb nicht in Anspruch
225 genommen, weil sie zu bürokratisch und zu kompliziert in der
226 Beantragung und Handhabung sind. Besonders kleine, mittelständische
227 und Start-up-Unternehmen brauchen unbürokratische Förderung oder Hilfe
228 bei der Antragstellung. Wir wollen, dass die EU-Förderprogramme
229 innovative und Nachhaltigkeit fördernde Projekte unterstützt, dass die
230 Verfahren vereinfacht und die Auszahlungsfristen für bereits
231 bewilligte und abgerechnete Mittel auf maximal ein halbes Jahr
232 begrenzt werden.
233 Es ist sinnvoll, sich vernetzende Unternehmen in Form einer
234 Verbundprojektförderung zu fördern. Dabei muss es aber die freie Wahl
235 der Unternehmen bleiben, ob sie auf eigenes Wachstum setzen oder
236 Clusterstrategien. GRÜNES Ziel ist es, Ausgaben für Forschung und
237 Entwicklung auf mehrere Schultern zu verteilen. Auch ganze
238 Wertschöpfungsketten gemeinsam abzuschöpfen und regional in der Hand
239 zu behalten, ist ein wichtiger Zweck von Vernetzung.
240 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Partner von Gründerinnen und Gründern
241 sein. Dazu bedarf es leichter Zugänge zu Gründungskapital,
242 kompetenter Beratung, Lotsendiensten, einer guten Evaluation als
243 langfristig angelegte Begleitung für junge Unternehmerinnen und
244 Unternehmer und einer entschiedenen Entbürokratisierung. Eine enge
245 Verzahnung von Hochschulen und Gründungsförderung ist entscheidend, um
246 jungen Absolventinnen und Absolventen den Start in die
247 Selbstständigkeit zu erleichtern. Dies darf nicht nur für technische
248 Studiengänge gelten, sondern besonders auch für innovative Ideen aus
249 den Bereichen Kreativwirtschaft, Dienstleistung und Soziales. Hierfür
250 müssen alle öffentlichen Akteure zum Beispiel in der Sächsischen
251 Aufbaubank spezielles Know-How auch für neue Branchen
252 weiterentwickeln.

253 **Kleinteiligkeit als Chance nutzen**

254 Sachsens Wirtschaft besteht zu über 95 Prozent aus Klein- und
255 Kleinstunternehmen. Diese Wirtschaftsstruktur verstehen wir als
256 Potenzial. Kleine Unternehmen sind flexibel, unternehmerisch kreativ,
257 offen für Kooperationen, wollen gute Arbeit schaffen und nachhaltig
258 wirtschaften.

259 Grüne Wirtschaftspolitik unterstützt die Europäische Charta für
260 Kleinunternehmen aus dem Jahr 2000.
261 Sächsische Unternehmen sollen nachhaltig wachsen. Deshalb wollen wir
262 Kooperationen, sinnvolle Fusionen und das Bilden von Konsortien für
263 kapitalintensive Projekte vorrangig fördern. Große Projekte besonders
264 im Bereich neue Energiewirtschaft oder Materialinnovation brauchen
265 Anschubhilfe. Förderprogramme müssen mehr als bisher Branchencluster
266 berücksichtigen und Wertschöpfungsketten stärken. Zentral ist auch die
267 Bereitstellung oder Vermittlung von Wagniskapital.
268 Die Industrie- und Handelskammern in Sachsen müssen ihre Vernetzungs-
269 und Lotsenfunktion stärker wahrnehmen und sich daran auch messen
270 lassen. Die Pflichtmitgliedschaft der Unternehmen in der IHK muss sich
271 auch in anderen Tätigkeitsfeldern als der Wahrung des dualen
272 Ausbildungssystems auszahlen. Dafür sollten die IHKS noch aktiver als
273 bisher die Bedürfnisse von Unternehmen nach Vernetzung und
274 Weiterbildung erfassen und bedienen. Andernfalls muss das Modell der
275 Pflichtmitgliedschaft grundsätzlich in Frage gestellt werden.

276 **Innovation ermöglichen**

277 Angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel müssen vor allem die
278 betrieblichen Anstrengungen für Forschung und Entwicklung offensiv
279 gestützt werden. Dies ist nicht unbedingt eine Frage der Höhe von
280 Fördergeldern. Oft entsteht Innovation durch die Förderung einer
281 Marktpotenzialanalyse, die Neudeutung von Produkten, neue
282 Marketingideen, das Bereitstellen von neuen Dienstleistungen oder
283 durch innovative handwerkliche Lösungen beim Umsetzen von
284 Alltagsaufgaben. Wichtig für Innovation sind dabei auch nicht mehr nur
285 die klassischen Branchen im High-Tech-Bereich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
286 in Sachsen setzen sich für die gleichwertige Behandlung aller Formen
287 von Innovation ein und nehmen Branchen wie das moderne Handwerk, die
288 Kultur- und Kreativwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und den
289 Sozial- und Bildungsbereich als Innovationsmotoren ernst.

290 **Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

291 Die großen Verwerfungen auf internationalen Märkten haben wir nicht in
292 der Hand. Umso entscheidender ist, was hier vor Ort in unseren
293 Regionen passiert. Stärkung und Ausbau regionaler
294 Wirtschaftskreisläufe und deren Vernetzung untereinander helfen
295 sächsischen Handwerks- und Dienstleistungsunternehmen, insbesondere in
296 strukturschwachen ländlichen Regionen und während Krisenzeiten. Die
297 besten Ideen dazu entstehen vor Ort. Deshalb wollen wir mittels
298 Regionalbudgets die Eigenverantwortung der Regionen stärken und die
299 AkteurInnen motivieren, selbst aktiv zu werden - überregional vernetzt
300 und gut evaluiert. Dabei können wir viel erreichen - Arbeitsplätze
301 entstehen vor Ort und bleiben langfristig erhalten, wir werden
302 unabhängiger von überregionalen Preisdiktaten, kurze Transport- und
303 Arbeitswege schonen Kosten und die Umwelt, Regionen und ihre regionale

304 Marken schaffen Identität. Ihren Beitrag für regionale
305 Wirtschaftskreisläufe können auch Regionalgeld-, Handels- und
306 Tauschnetze schaffen.

307 **Vergaberecht modernisieren**

308 Eine nachhaltige, soziale und ökologische Politik zählt auch bei der
309 Öffentlichen Beschaffung und Vergabe. Deshalb wollen wir ein
310 Vergabegesetz einführen, das Umwelt- und Sozialstandards konsequent
311 anwendet und die Effizienz öffentlicher Ausgaben des Freistaates
312 Sachsen und seiner Kommunen sichert. Umwelt- und
313 Energieeffizienzkriterien, die Verringerung von Ressourcenverbrauch
314 und geringere Entsorgungskosten sollen Maßstab öffentlicher
315 Beschaffung werden. Das vordergründig billigste Angebot ist nicht
316 unbedingt das wirtschaftlichste.
317 Die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen gelingt durch die
318 losweise Ausschreibung und Vergabe. Wir wollen den Schwellenwert für
319 die freihändige Vergabe auf 10.000 Euro senken, damit mehr Aufträge
320 öffentlich ausgeschrieben werden. Das fördert den Wettbewerb und kommt
321 kleineren und mittleren Unternehmen zugute.
322 Veröffentlichungspflichten dienen der Transparenz und besserer
323 öffentlicher Kontrolle. Wir wollen die Vergabe von öffentlichen
324 Aufträgen von der Tariftreue der Unternehmen abhängig machen. Wir
325 setzen uns darüber hinaus für die Förderung von Frauen oder die
326 Beschäftigung von Schwerbehinderten und Langzeitarbeitslosen als
327 Zuschlagskriterium bei öffentlichen Vergaben ein.

328 **Für einen fairen Arbeitsmarkt mit Chancen für alle**

329 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen chancenreichen Arbeitsmarkt in
330 Sachsen, der allen Mitgliedern der Gesellschaft fairen Zugang,
331 Teilhabe und gutes Auskommen sichert. Wir wollen es uns nicht leisten,
332 dass Jugendliche keine Abschlüsse haben und sächsischen Unternehmen
333 gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen vor Ort fehlen. Dafür brauchen wir
334 eine Arbeitsmarktpolitik, die die richtigen Rahmenbedingungen für eine
335 barrierefreie Arbeitswelt, Durchlässigkeit und individuelle
336 Entwicklungsmöglichkeiten setzt. Um eine zielgenaue Ausbildung zu
337 erreichen, müssen insbesondere kleine und mittlere Betriebe in die
338 Lage versetzt werden, selbst das passende Personal auszubilden.
339 Um einem gravierenden Fachkräftemangel in Sachsen vorzubeugen, wollen
340 wir nicht nur die bisherige Niedriglohnpolitik der Staatsregierung
341 beenden, sondern auch die Qualität von Arbeitsplätzen verbessern.
342 Unsere bildungs- und hochschulpolitischen Vorschläge dienen der
343 persönlichen Entwicklung, ermöglichen verschiedene Lebensentwürfe und
344 sichern eine gute Fachkräftebasis in Sachsen.
345 Darüber hinaus sehen wir die aktive Förderung der Integration von
346 Migrantinnen und Migranten, Älteren sowie Menschen mit Behinderungen
347 in den Arbeitsmarkt als wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe. Der
348 öffentliche Dienst kann dafür als Arbeitgeber eine

349 Vorbildfunktion wahrnehmen. In kleinen und mittleren Unternehmen kann
350 für die Vorteile einer vielfältigen Belegschaft geworben werden.
351 Unser Ziel ist es, so vielen Jugendlichen wie möglich eine duale
352 Berufsausbildung zu ermöglichen. Dafür müssen wir auch die
353 Schulabbrecherquote in Sachsen deutlich senken. Die Fachschulen sehen
354 wir als wichtige Ergänzung dazu.
355 Sachsen kann auch auf die Potenziale älterer Arbeitnehmerinnen und
356 Arbeitnehmer nicht verzichten. Deshalb wollen wir Unternehmen dabei
357 unterstützen, lebenslanges Lernen, altersgerechte Arbeitsorganisation
358 und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zu ermöglichen. Jobcenter und
359 Arbeitsagenturen sollen so ausgestattet sein, dass sie einer
360 qualitativ hochwertigen individuellen Unterstützung älterer
361 Arbeitsloser gerecht werden können.
362 Ausgrenzungen von Menschen mit Behinderungen können mit
363 funktionierenden Alternativen zu den Werkstätten für behinderte
364 Menschen beendet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern wirksame
365 Instrumente in Sachsen wie ein Budget für Arbeit, den Ausbau von
366 Integrationsbetrieben, die Qualifizierung unterstützter Beschäftigung
367 und Arbeitsassistenz im allgemeinen Arbeitsmarkt sowie die
368 Weiterentwicklung persönlicher Budgets für die berufliche und
369 gesellschaftliche Teilhabe. Wir ermutigen Unternehmen, insbesondere
370 mehr junge Menschen mit Behinderungen auszubilden. Wir setzen uns für
371 die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsagentur ein, die gezielt
372 Menschen mit Behinderungen in Berufe ihrer Qualifikation vermittelt.

373 **Willkommen in Sachsen!**

374 Unser Einsatz für Weltoffenheit und für eine Willkommenskultur
375 gegenüber Migrantinnen und Migranten ist nicht wirtschaftlich
376 motiviert, aber wirtschaftlich sinnvoll, weil wir auf die Zuwanderung
377 von Menschen angewiesen sind. Menschen, die zu uns kommen, sollen alle
378 Chancen offen stehen. Wir wollen die Vorrangprüfung für ausländische
379 StaatsbürgerInnen aufheben, damit alle Menschen, die hier rechtmäßig
380 oder geduldet leben, berechtigt sind zu arbeiten. Wir brauchen
381 schnellere und transparente und bundesweit vereinheitlichte
382 Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse. Eine gezielte
383 rechtliche Beratung und Förderung interkultureller Kompetenzen klein-
384 und mittelständischer Unternehmen hilft. Denn noch immer gibt es
385 Vorbehalte, rechtliche Unsicherheiten und Berührungsängste gegenüber
386 der Einstellung und Ausbildung von Migrantinnen und Migranten. Das
387 wollen wir GRÜNE ändern.

388 **Arbeitsuchende verdienen Respekt und Unterstützung**

389 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich die Jobcenter
390 in Sachsen in erster Linie als Dienstleister für die Arbeitsuchenden
391 verstehen: Diese Rolle erfordert ausreichendes und gut qualifiziertes
392 Personal und in vielen Fällen ein gut organisiertes Beschwerde- und
393 Konfliktmanagement. Wir halten eine unabhängige Beratung für ein

394 geeignetes Mittel, teure und die Betroffenen belastende juristische
395 Auseinandersetzungen zu vermeiden. Entsprechende Angebote soll der
396 Freistaat unterstützen. Die Kommunen müssen in ihrer Verantwortung für
397 die Jobcenter gestärkt werden. Die Aus- und
398 Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose müssen verbessert
399 werden, indem das Erlangen anerkannter Berufsabschlüsse gefördert
400 wird. Eine flächendeckende Weiterbildungsberatung für Arbeitslose und
401 geringqualifizierte Beschäftigte sollte im Rahmen der
402 Sozialgesetzgebung ermöglicht werden. Für Menschen, die keine Chance
403 auf Vermittlung haben, brauchen wir einen Sozialen Arbeitsmarkt, der
404 langfristig neue Perspektiven durch sinnstiftende
405 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schafft. In der EU-
406 Strukturfondsperiode 2014-2020 werden Sozialunternehmen über den
407 Europäischen Sozialfonds erstmals förderfähig. Sachsen soll diese
408 Fördermöglichkeit nutzen.
409 Die Vielzahl an Widersprüchen zu Bescheiden und an Klagen vor
410 Sozialgerichten zeigen, dass bürokratische Anforderungen und die
411 Bescheide nur wenig transparent sind. Oft erscheinen Sanktionen
412 willkürlich. Wir wollen unabhängige Ombudsstellen einrichten, die sich
413 mit Beschwerden und unklaren Rechtsauslegungen befassen, um so die
414 Sozialgerichte zu entlasten und die sozialen Bürgerrechte der
415 Betroffenen zu garantieren. Die individuellen Folgen von und
416 Problemlagen bei Erwerbslosigkeit sind vielfältig. Wir brauchen daher
417 eine von den Sozialleistungsträgern unabhängige qualifizierte Beratung
418 für Betroffene und die Bereitstellung individueller psychosozialer
419 Hilfen.

420 **Mindestlohn einführen**

421 Sachsen soll kein Billiglohnland bleiben. Wir wollen diese Strategie
422 der Staatsregierung beenden, weil sie Sachsen nicht nach vorne bringt.
423 Wir setzen uns bundesweit für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50
424 Euro ein. Mit einem Landesmindestlohngesetz kann der Mindestlohn für
425 die Beschäftigten des Freistaates und der Kommunen wie auch für die
426 Beschäftigten von Unternehmen, die von Aufträgen der öffentlichen Hand
427 leben, garantiert werden. Zuwendungen und Versorgungsverträge sollen
428 so gestaltet werden, dass Mindestlöhne auch tatsächlich bezahlt werden
429 können. Eine paritätisch durch ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen
430 besetzte Landesmindestlohnkommission kann nähere Bestimmungen zur Höhe
431 des Mindestlohns aushandeln.

432 **Sozialwirtschaft stärken**

433 Die Sozialwirtschaft trägt rund mit rund 7 Prozent zur
434 Bruttowertschöpfung in Sachsen bei. Fast jeder zehnte Arbeitsplatz in
435 Sachsen befindet sich in der Sozialwirtschaft. Wir fordern für die
436 Sozialwirtschaft faire Löhne, eine gezielte Nachwuchsförderung, den
437 Ausbau der akademischen Ausbildungen und langfristige Planungen. Wir
438 brauchen bessere Arbeitsbedingungen und mehr gesellschaftliche

439 Anerkennung für Beschäftigte im Gesundheits-, Pflege- und
440 Bildungsbereich.

441 **Handwerk hat GRÜNEN Boden**

442 Um Innovationen aus dem Handwerk zu fördern, sind Hemmnisse, wie die
443 Technologielastigkeit vieler Förderprogramme und die grundsätzliche
444 Vernachlässigung von Dienstleistungsinnovationen zu überwinden.

445 Wir wollen Förderinstrumente, die direkt an das Handwerk adressiert
446 sind bzw. die Öffnung bereits vorhandener Programme für
447 Handwerksbetriebe.

448 Viele staatliche Maßnahmen und Rahmenbedingungen haben mittelbare
449 Konsequenzen für die Entstehung von Innovationstätigkeiten im
450 Handwerk. Die Wirkungen sind oftmals sehr viel weitreichender, als
451 gezielte Förderprogramme sie je haben könnten. So helfen „grüne Ideen“
452 im Handwerk nicht nur dem Klima, sondern auch der Bilanz: Gerade
453 Gebäudebau und -sanierung, dezentrale Energieversorgung mit
454 erneuerbaren Energien, Energiesparen oder Energieeffizienz bieten dem
455 Handwerk einen enormen Wachstumsmarkt und fördern innovative
456 Aktivitäten.

457 **Ab ins Grüne! Umweltverträglicher Tourismus in Sachsen**

458 Der sächsische Tourismus hat viel zu bieten. Die Besonderheit von
459 einzigartigen Landschaften, Kulturstädten und industrieller Geschichte
460 locken jedes Jahr mehr Menschen nach Sachsen. Der Tourismus zählt zu
461 den größten Arbeitgebern im Freistaat. Zukunftsfähige Tourismuspolitik
462 verbindet die Bedürfnisse der Gäste und der lokalen Bevölkerung mit
463 denen des Natur- und Umweltschutzes. Nachhaltigkeit im Tourismus ist
464 ein nationaler und internationaler Wettbewerbsvorteil. Wir wollen eine
465 auskömmliche Finanzierung von Pflege und Erhalt der charakteristischen
466 Natur- und Kulturlandschaften in Sachsen. Dafür brauchen wir
467 Verbündete wie die naturnah wirtschaftenden LandwirtInnen, Obst- und
468 WeinbäuerInnen sowie die Nichtregierungsorganisationen, die Natur- und
469 Umweltbildung anbieten. Genauso wichtig ist es, die Lücken im
470 touristischen Wegenetz in Sachsen zu schließen: eine einheitliche
471 Ausschilderung, Wegeführung zu Attraktionen und Versorgungs- und
472 Beherbergungseinrichtungen, Qualitätsservice, Berücksichtigung von
473 Aktivurlaubswünschen und verbesserter, vertakteter öffentlicher
474 Verkehr, sowohl innerhalb der Regionen als auch zu den Regionen hin.
475 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN fördern den Kinder- und Jugendreisesektor und
476 achten auf familienfreundliche und kostengünstige Unterkünfte, damit
477 auch kinderreiche Familien bei uns in Sachsen Urlaub machen können.
478 Hier bietet Sachsen vor allem in den ländlichen Räumen großes
479 Entwicklungspotenzial. Die Zusammenarbeit der öffentlichen und der
480 privaten Hand muss verbessert werden. In der kommenden Legislatur wird
481 Förderung vor allem bei der überbetrieblichen Infrastruktur, der
482 einzelbetrieblichen Risikominderung, bei Qualifizierung, Innovation
483 und Vernetzungsaufgaben benötigt. Nachhaltige Tourismusregionen tragen

484 erheblich zu einer dauerhaften Wertschöpfung und zum Wohlstand der
485 Bevölkerung bei und sind gleichzeitig Impulsgeber für eine
486 zukunftsfeste Regionalentwicklung.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Klimaschutz vorantreiben

491 **Antragstext**

492 Das Klima verändert sich rasant und wir Menschen tragen daran
493 überwiegend Anteil. Wir haben diesen Planeten von unseren Kindern nur
494 geborgt. Wir dürfen ihn nur so nutzen, dass wir ihn in gutem Zustand
495 weitergeben können. Wir wollen deswegen das Schattendasein der
496 Klimapolitik im Freistaat beenden und Klimaschutz in den Mittelpunkt
497 politischen Handelns rücken. Wir sehen Klimaschutz nicht als
498 Belastung, sondern als unumgängliche, aber chancenreiche
499 Herausforderung. Eine Aufgabe, die Innovationen antreibt, weltweite
500 Marktchancen für unsere Wirtschaft eröffnet und zukunftssichere
501 Ausbildungs- und Arbeitsplätze schafft.

502 **Klimaschutz und Biodiversität in die Verfassung aufnehmen**

503 Wir wollen das Umweltstaatsziel den heute wichtigsten Aufgaben
504 anpassen. Da der Klimawandel und der globale wie lokale Verlust der
505 Biodiversität die zentralen ökologischen Schäden verursachen, wollen
506 wir die Staatsziele Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität in die
507 Verfassung aufnehmen. Die Staatsregierung wird so verpflichtet, eine
508 aktive und wirksame Klimaschutz- und Naturschutzpolitik zu betreiben.

509 **Ein Klimaschutzgesetz für Sachsen**

510 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein sächsisches Klimaschutzgesetz
511 einführen, das das verbindliche Ziel vorschreibt, die
512 Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 auf eine Tonne pro Kopf zu
513 vermindern. In diesem Gesetz sollen Etappenziele für die Jahre 2020
514 und 2030 benannt werden. Ziel ist die Energieversorgung in Sachsen

515 vollständig auf erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und
516 Kraftstoffbereich umzustellen. Wir setzen uns für gesetzliche Regeln
517 zum Stopp neuer Tagebaue sowie zum Auslaufen des Braunkohletagebaus
518 und der Kohleverstromung ein. Teilziele und Maßnahmen für die
519 einzelnen Emissionssektoren sollen in einem unter öffentlicher
520 Beteiligung transparent erarbeiteten Klimaschutzplan festgelegt werden.
521 Die Landesverwaltung soll klimaneutral werden: Das bedeutet, dass die
522 Behörden bei ihrem Strom-, Wärme- oder Kraftstoffverbrauch keine
523 Treibhausgasemissionen verursachen oder diese durch Aufbau von CO2-
524 Speichern (etwa Bindung in Wald oder Humus) ausgleichen. Die Kommunen
525 brauchen Unterstützung bei der Aufstellung kommunaler
526 Klimaschutzpläne.

527 **Klimaschutz fördern**

528 Die Anforderungen des Klimaschutzes, des Ausbaus der erneuerbaren
529 Energien und des effizienten Energieeinsatzes sollen in
530 Landesförderprogrammen als Bewilligungskriterium berücksichtigt
531 werden.
532 In der EU-Förderperiode 2014-2020 muss Sachsen mindestens 20% der
533 Mittel im so genannten Operationellen Programm des Europäischen Fonds
534 für Regionalentwicklung für den Klimaschutz einsetzen. Wir fordern in
535 diesem Zusammenhang, dass Subventionen für den Straßenbau aus
536 Fördermitteln gesenkt werden und an anderer Stelle klimaverträglich
537 eingesetzt werden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: **Sachsens Energiewende: 100 Prozent
erneuerbar, gerecht und sicher**

538 **Antragstext**

539 Die Energiewende ist für uns der Übergang von der Energieversorgung
540 des vergangenen Jahrhunderts zu einer modernen, zukunftssicheren und
541 auf Dauer bezahlbaren Energieversorgung auf Basis unerschöpflicher,
542 sauberer erneuerbarer Energien. Dies ist eine große Aufgabe und
543 gewaltige Entwicklungschance für Sachsen. Wir stellen uns das Ziel,
544 bis 2030 unsere Stromversorgung vollständig auf erneuerbare Energien
545 umzustellen und dies bis 2040 auch im Gebäude- und Wärmebereich
546 anzustreben. Das ist bei voller Versorgungssicherheit machbar und
547 nicht teurer als die herkömmliche Energieversorgung, im Gegenteil: Der
548 weitere Ausbau erneuerbarer Energien bedeutet, mehr Strom zu erzeugen,
549 der immer kostengünstiger wird. Weiteres Verharren im fossil-nuklearen
550 Zeitalter heißt, die steigenden Kosten und Folgekosten dieser
551 Technologien zu finanzieren.

552 Die erneuerbaren Energien stellen wir in den Mittelpunkt des
553 Energiemixes. Flexible, hocheffiziente Gaskraftwerke, wann immer
554 möglich mit Kraft-Wärme-Kopplung, ergänzen die Energie aus Sonne und
555 Wind und bilden eine Brücke in diese Zukunft.

556 Das Festhalten am Dauerbetrieb unflexibler, fossiler Kraftwerke und an
557 nicht mehr zeitgemäßen Marktmechanismen hat zu großen Problemen am
558 Strommarkt geführt. Wir wollen, dass Sachsen im Bundesrat und auf
559 europäischer Ebene seine Verhinderer-Rolle ablegt und künftig aktiv an
560 einer erfolgreichen Energiewende mitwirkt.

561 Die erneuerbaren Energien haben sich in den letzten Jahren viel besser
562 entwickelt, als selbst wir GRÜNEN das zu hoffen gewagt hatten. Die
563 Energiewende ist für uns ein gesellschaftliches Projekt, das nur dann

564 gelingen kann, wenn es gerecht gestaltet wird. Deswegen verfolgen wir
565 Vorteile und mögliche Belastungen durch die Energiewende aufmerksam.
566 Um die langfristigen Ausbauziele bis 2030 sicher anzusteuern, braucht
567 es Wegmarken. Die derzeitigen Ausbauziele für erneuerbare Energien in
568 Sachsen bleiben selbst hinter den wenig ambitionierten Zielen der
569 Bundesregierung weit zurück. Ohne Kurskorrektur bleibt Sachsen
570 unweigerlich Schlusslicht im Wettstreit um zukunftsfähige
571 Arbeitsplätze und Technologien. Wir GRÜNE setzen für den Ausbau der
572 erneuerbaren Energien ambitionierte Ziele. Sachsen kann bereits in den
573 nächsten zehn Jahren den Anteil der erneuerbaren Energien an der
574 Stromversorgung auf 75 Prozent steigern und damit ein Vorreiter der
575 Energierevolution des 21. Jahrhunderts sein.
576 Wir stehen dafür, den sächsischen Unternehmen, IngenieurInnen und
577 ForscherInnen im eigenen Bundesland große Entwicklungschancen durch
578 Mitwirkung am Projekt Energiewende zu eröffnen. Den BürgerInnen wollen
579 wir die Teilhabe an den wirtschaftlichen Chancen der Energiewende
580 ermöglichen.

581 **Ein klares Ja zur Windkraft**

582 Wir wollen im Landesentwicklungsplan das Ziel verankern, bis 2020
583 zwischen 30 und 50 Prozent des sächsischen Strombedarfs durch
584 Windkraft zu decken. Wir befürworten die Ausweisung neuer Eignungs-
585 und Vorranggebiete für Windkraft. GRÜNES Ziel ist es, ein bis zwei
586 Prozent der Landesfläche als Windenergiefläche vorzuhalten. Dabei
587 sollen Siedlungsabstandsflächen beachtet und die betroffenen
588 BürgerInnen und Gemeinden einbezogen werden. Windkraftanlagen in
589 Wäldern aufzustellen ist in Sachsen nicht notwendig. BÜNDNIS 90/DIE
590 GRÜNEN in Sachsen wollen zuverlässige Rahmenbedingungen für den
591 landschafts- und naturverträglichen Ausbau der Windenergie schaffen.
592 Dazu gehört auch das Festlegen von Taburäumen zum Schutz von Natur und
593 Landschaft. Ein großes Potenzial sehen wir darin, kleinere und alte
594 Windenergieanlagen durch höhere, leistungsfähigere und im Betrieb
595 leisere Anlagen an denselben Standorten zu ersetzen (Repowering).
596 Außerdem wollen wir das Erproben von Kleinwindanlagen fördern.
597 Beteiligungsmodelle ermöglichen Wertschöpfung vor Ort und erhöhen so
598 die Zustimmung in der Bevölkerung.

599 **Bau von Photovoltaikanlagen an Gebäuden erleichtern**

600 Wir befürworten Kataster für Dächer, bauliche Anlagen und versiegelte
601 Flächen, die sich für die Gewinnung von Solarenergie eignen. Die
602 Verfahren für Genehmigung und Errichtung von Solaranlagen und
603 Kleinwindanlagen wollen wir unter Abwägung von Anwohner- und
604 Naturschutzinteressen soweit wie möglich entbürokratisieren.

605 **Biomasse verantwortungsvoll nutzen**

606 Wir wollen die energetische Verwertung von Biomasse auf Kraft-Wärme-
607 Kopplung und auf Reststoffe (also Biomasse, die anderweitig nicht

608 verwertbar ist) ausrichten. Biomasse darf nur durch nachhaltige
609 Anbaumethoden gewonnen werden – großflächige Monokulturen oder den
610 Einsatz gentechnisch veränderter Organismen als Mittel der
611 Biomassegewinnung lehnen wir ab.
612 Biomassenutzung und Biogaserzeugung im ländlichen Raum müssen in die
613 landwirtschaftlichen Prozesse eingebunden bleiben. Der Anbau von Mais
614 und Raps darf nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelerzeugung stehen.
615 Deshalb sind auch Subventionen für die Biogasgewinnung aus
616 Energiepflanzen maßvoll zu gestalten, damit die Pacht- und Kaufpreise
617 für landwirtschaftliche Flächen nicht explodieren.

618 **Für einen intelligenten Netzausbau**

619 Wir wollen intelligente Stromnetze („Smart Grids“) statt reiner
620 Verteilnetze. Diese können den Stromfluss dahin lenken, wo er
621 besonders benötigt wird und Schwankungen bei der Erzeugung durch
622 erneuerbare Energien so ausgleichen. Smart Grids ermöglichen
623 dezentrale Einspeisung und Speicherung und können Anreize bieten, die
624 Nachfrage im Verteilnetz effizient anzupassen.
625 Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Landesplan „Stromnetz
626 Sachsen 2020“. Wir wollen Erdkabel als Regelalternative zu
627 Freileitungen fördern. In Natura-2000- und Naturschutzgebieten sowie
628 in Nationalparks sollen vor dem Verlegen von Erdkabeln oder
629 Freileitungen Alternativen- und Verträglichkeitsprüfungen erfolgen.
630 Neue Stromtrassen sollten nach Möglichkeit mit anderen linienhaften
631 Infrastruktureinrichtungen (z.B. Straßen, Schienen etc.) gebündelt
632 werden. Bei Hochspannungsfreileitungen und Mittelspannungsmasten ist
633 der Vogelschutz entsprechend sicherzustellen.
634 Das Erfassen, Schaffen und Bereitstellen von Speichermöglichkeiten für
635 Strom und Wärme ist als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge zu
636 definieren. Sachsen muss sich auf Bundesebene für eine faire
637 Kostenverteilung beim innerdeutschen Netzausbau einsetzen.

638 **Energiespeicher aufbauen**

639 Das Energieversorgungssystem der Zukunft unterscheidet sich erheblich
640 von der bisherigen Praxis: Die Erzeugungsmarktstruktur wird mit einer
641 steigenden Zahl von Kraftwerken dezentraler. Immer häufiger wird es
642 Tageszeiten geben, in denen mehr Strom als benötigt aus erneuerbaren
643 Energien produziert wird. Wir brauchen daher einen Mix aus dezentralen
644 und zentralen Stromspeichern sowie Entwicklung und Einsatz neuer
645 Speichertechnologien. Pilotprojekte für aussichtsreiche
646 Speichertechnologien müssen unterstützt werden. Gas-, Strom- und
647 Wärmenetze sind intelligent zu einem stabilen Gesamtsystem mit
648 Speichermöglichkeiten zu verzahnen.

649 **Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umstellen**

650 Voraussetzung für die Umstellung auf erneuerbare Quellen ist eine
651 intelligente Vernetzung der bestehenden Infrastruktur. Fernwärmenetze

652 und das Gasnetz bieten erhebliche Speicheroptionen für die Aufnahme
653 überschüssiger Energiemengen aus Wind und Sonne. Stromgeführte
654 Gaskraftwerke mit Kraftwärmekopplung können in Zeiten geringer Sonnen-
655 und Windleistung einspringen. Diese zentralen Strukturen müssen durch
656 dezentrale Erzeugungsanlagen ergänzt werden. Solarthermie,
657 Wärmepumpen, Brennstoffzellen, Biogas usw. können sowohl autark in
658 Gebäuden als auch netzgekoppelt einen großen Beitrag an Wärmeenergie
659 bereitstellen.

660 **Energiewende von unten**

661 Die Energiewende schafft Unabhängigkeit: Privathaushalte, Kommunen und
662 regionale Stadtwerke werden wieder selbst zu Energieproduzenten und
663 dadurch unabhängiger von Konzernen und Preisturbulenzen der
664 Rohstoffbörsen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Vorkämpfer für eine
665 dezentrale Energieversorgung in Gemeinde- und BürgerInnenhand. Wir
666 wollen vorrangig den Bau dezentraler Anlagen für den regionalen oder
667 Eigenbedarf fördern. Der Freistaat soll Städte und Gemeinden bei der
668 Re-Kommunalisierung der Energieversorgung, Gründung eigener Stadtwerke
669 oder regionaler Energiedienstleistungsunternehmen unterstützen - aber
670 auch Bürgerkraftwerke, Bürger-Energiegenossenschaften und die
671 Finanzierung energetischer Sanierung über Beteiligungsmodelle.
672 Die Energiewende braucht die Akzeptanz der BürgerInnen. Deshalb wollen
673 wir sie genauso wie Gemeinden im Planungsrecht und bei
674 Genehmigungsverfahren bereits in der Phase der Bedarfsfeststellung
675 rechtzeitig beteiligen. Standortalternativen sind immer zu prüfen und
676 die berechtigten Belange von Anwohnerinnen und Anwohnern zu
677 berücksichtigen. In Konflikten muss das Land die Moderation zwischen
678 Energieanlagenbetreibern, Behörden und Anwohnern organisieren. Wir
679 unterstützen regionale Energiekonzepte im Zuge der 100-Prozent-
680 Erneuerbare-Energie-Regionen.

681 **Energiearmut verhindern**

682 Wir setzen uns dafür ein, dass für alle Menschen in Sachsen das
683 energetische Existenzminimum gewährleistet ist. Niemand soll in
684 Sachsen frieren müssen oder von der Stromversorgung abgeklemmt werden.
685 Energiesparberatung für Einkommensschwache muss in Sachsen fester
686 Bestandteil des sozialen Angebotes werden.
687 Wir werben bei den Versorgern dafür, Vorkassezähler anzubringen statt
688 Strom oder Gas zu sperren. So steigen Kostentransparenz und
689 Kostenbewusstsein. Eine Sperre gefährdet unmittelbar menschenwürdiges
690 Dasein.

691 **Effizient Energie sparen**

692 Die billigste und umweltfreundlichste Energie ist die, die nicht
693 verbraucht wird. Deshalb müssen Energieeffizienz und Energiesparen
694 endlich Schwerpunkte der sächsischen Energiepolitik werden. Wir wollen
695 mit einem Landesplan zur Ressourcen- und Energieeffizienz vor allem

696 die sächsischen Unternehmen von steigenden Preisen für knapper
697 werdende Rohstoffe und fossile Energieträger entlasten. In den
698 operationellen Programmen zwischen Freistaat und EU, im Landeshaushalt
699 und in Förderrichtlinien wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen
700 für die ökologische Modernisierung der sächsischen Wirtschaft
701 schaffen. Unternehmen sollen für nachhaltiges und
702 ressourceneffizientes Wirtschaften sensibilisiert werden. Wir wollen
703 Innovationen für ein wirtschaftlich tragfähiges Wärmerecyclingsystem
704 ermöglichen und in Pilotprojekten erproben.

705 **Energetische Gebäudesanierung: Öffentliche Hand als Vorbild**

706 Der energetischen Sanierung von Gebäuden des Freistaates muss ein
707 weitaus höherer Stellenwert als bisher eingeräumt werden. Dazu ist ein
708 „Aktionsplan Sanierung“ aufzulegen, mit dem der Gebäudebestand des
709 Freistaates in den nächsten 20 bis 25 Jahren auf einen ambitionierten
710 energetischen Standard gebracht werden soll. Wenn wir heute die Mittel
711 für energetische Sanierung von Landesgebäuden erhöhen, sparen wir auf
712 lange Sicht Energiekosten ein. Im Rahmen der Städtebauförderung sind
713 quartiersbezogene Lösungen zur Energieversorgung in die Regelförderung
714 einzubeziehen. Bei Sanierung und Neubau kommunaler Gebäude sind
715 vorbildliche energetische Standards wie z. B. das Passivhaus besonders
716 zu fördern. Auch Weiterbildung und verbesserte
717 NutzerInnenkommunikation bedürfen der Förderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
718 in Sachsen unterstützen die unabhängige Energieberatung von
719 BürgerInnen und kleinen und mittelständischen Unternehmen.

720 **Private energetische Sanierungen unterstützen**

721 Wir wollen ein Zuschussprogramm für die schnelle energetische
722 Gebäudesanierung von Mietwohnungen. So wollen wir Investitionen in
723 erneuerbare Energien, Fernwärme, Einsparttechnologien und Dämmung
724 ermöglichen, ohne dass die Warmmiete steigt. Dabei soll sich die Höhe
725 von Zuschüssen am im Einzelfall vermiedenen Kohlendioxid ausstoß
726 orientieren. Durch die energetische Sanierung von 30 Prozent des
727 Mietwohnungsbestands (ca. 400.000 Wohnungen) in den nächsten zehn
728 Jahren wollen wir den Ausstoß von jährlich 350.000 Tonnen
729 klimaschädlichem Kohlendioxid vermeiden. Wir wollen innovative
730 Instrumente wie die Refinanzierung von Investitionen aus den dadurch
731 eingesparten Energiekosten und die dafür notwendigen
732 Ausfallbürgschaften der Sächsischen Aufbaubank für Kommunen,
733 Stadtwerke und Wohnungsgesellschaften ermöglichen. Zudem wollen wir
734 Anreize bei der Sanierung von Wohnungen mit einkommensschwachen
735 MieterInnen setzen.

736 **Forschung für die Energiewende**

737 Bundesweite Energieforschungsprogramme können in Sachsen viel stärker
738 genutzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass sich Hochschulen in
739 Sachsen mit Forschungseinrichtungen und angeschlossenen Unternehmen zu

740 einem „Energieforschungscluster Sachsen“ zusammenschließen, um die
741 verschiedenen Kompetenzen für eine bessere bundesweite und
742 internationale Sichtbarkeit zu bündeln und zu koordinieren. Wir wollen
743 die in den Ingenieurfächern vorhandenen Potenziale nutzen, um Sachsen
744 bis 2020 zu einem führenden Forschungs- und Ausbildungsstandort für
745 erneuerbare Energien, Energieeffizienz sowie Speicher- und
746 Netztechnologien zu entwickeln.
747 Kernenergie und Kohleverstromung werden bei der Energieversorgung von
748 morgen keine Rolle mehr spielen. Die dafür bislang eingesetzten
749 öffentlichen Forschungsförderungsmittel wollen wir zukünftig sicher für
750 die Energieforschung von erneuerbaren Energien, Energieeinsparung und
751 -effizienz, Stromnetzmanagement und Speichertechnologien einsetzen.

752 **Verbindlicher Braunkohleausstieg bis 2030**

753 Der Atomausstieg darf nicht zur Renaissance der Braunkohle führen,
754 denn eine klimaverträgliche Energieversorgung ist nur ohne
755 Braunkohleverstromung möglich. Sie ist als Brückentechnologie
756 ungeeignet, weil sie die durch Umbau der Energieversorgung
757 schrittweise zu erreichenden Klimaziele sofort wieder zunichte macht.
758 Mit uns wird es keine neuen Braunkohlekraftwerke geben. Wir fordern
759 einen Stopp der Erweiterungen bzw. Weiterführung der Tagebaue
760 Schleenhain, Welzow, Nochten und Reichwalde. Auch die CSS-Technologie
761 (die Abscheidung und unterirdische Lagerung von Kohlendioxid) lehnen
762 wir ab, sie ist für den Klimaschutz völlig ungeeignet.
763 Der Freistaat Sachsen braucht ein verbindliches
764 Braunkohleausstiegskonzept: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die
765 Rücknahme zugelassener Tagebauflächen, soweit dies rechtlich
766 entschädigungslos möglich ist. Wir wollen das Bergrecht novellieren,
767 um umfassende demokratische Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten
768 herzustellen, Anwohnerinnen, Anwohner und Umwelt besser zu schützen.
769 Die Laufzeiten der vorhandenen Kohlekraftwerke wollen wir bis
770 spätestens 2030 begrenzen und alle direkten und indirekten
771 Subventionen für die Braunkohleindustrie wollen wir schnellstmöglich
772 abschaffen. Das gilt auch für ihre bestehenden Privilegien im
773 Emissionshandel, bei der Erhebung von Feldes- und Förderabgaben bei
774 Wasserentnahmeentgelten.

775 **Sachsens Beitrag zum Atomausstieg**

776 Die GRÜNEN wollen den Ausstieg aus der Atomenergie so schnell wie
777 möglich verwirklichen. Auch in der sächsischen Energiepolitik muss es
778 entsprechende Konsequenzen geben. Atomkraft soll endlich keine Option
779 mehr im Energieprogramm der Staatsregierung für Sachsen sein.
780 Öffentliche Einrichtungen sollen keinen Atomstrom mehr nutzen.
781 Gegenüber unseren tschechischen Nachbarn werden wir uns dafür
782 einsetzen, dass in Temelin keine neuen Reaktoren gebaut und dass die
783 beiden bestehenden Reaktoren einer gründlichen internationalen
784 Sicherheitsprüfung unterzogen werden. Außerdem wollen wir uns für mehr

785 grenzüberschreitende BürgerInnenbeteiligung bei der Planung und
786 Genehmigung von neuen Atomanlagen einsetzen.
787 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern ein sicheres
788 Entsorgungskonzept für den hochgefährlichen Atommüll des
789 Forschungsreaktors Dresden-Rossendorf. Ein Transport dieses Mülls in
790 die unsichere Wiederaufbereitungsanlage Majak (Russland) ist dabei
791 keine Option.
792 Wir befürworten die ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager
793 in ganz Deutschland nach wissenschaftlichen Kriterien und mit dem
794 Ziel, die bestmögliche Sicherheit zu gewährleisten.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Bergbau nachhaltig und naturgerecht gestalten

799 Antragstext

800 Wir lehnen neuen Bergbau in Sachsen nicht grundsätzlich ab, aber wir
801 wollen verhindern, dass die Lagerstätten rücksichtslos zu Lasten von
802 Mensch und Umwelt ausgebeutet werden. Die bergbauliche Gewinnung
803 mineralischer Rohstoffe muss in Übereinstimmung mit dem Natur- und
804 Landschaftsschutz erfolgen. Auch unter dem Druck wirtschaftlicher
805 Nutzungsinteressen sind Schutzgebiete wie Fauna-Flora-Habitate und
806 Vogelschutzgebiete (Natura 2000) in ihrer ökologischen Qualität zu
807 erhalten und vor erheblichen Beeinträchtigungen zu schützen. Der Abbau
808 von Bodenschätzen in unmittelbarer Nähe von Siedlungen bedarf
809 besonderer Berücksichtigung der Interessen der Anwohnerinnen und
810 Anwohner und ist nur dann zulässig, wenn deren Beeinträchtigung
811 minimal ist.
812 Wir wollen schonenden Bergbau mit effizienter Nutzung der Rohstoffe
813 durch Gewinnungstechnologien nach dem höchsten Stand der Technik, mit
814 minimaler Flächeninanspruchnahme und weitgehend ohne neue Halden.
815 Taubes Gestein soll wieder unter Tage verbracht werden. Für
816 Abbauvorhaben sind Verkehrskonzepte zu erstellen, die alle
817 Möglichkeiten ausschöpfen, den Materialtransport über die Schiene
818 durchzuführen.
819 Mit einer Förderabgabe von mindestens zehn Prozent des Rohstoffwertes,
820 die alle bergbaulich geförderten Rohstoffe der Bauindustrie wie Kies
821 und Gesteine, aber auch Braunkohle und Erze umfasst, sowie einer
822 Gebühr für die Wasserentnahme soll sichergestellt werden, dass keine
823 versteckte und indirekte Subventionierung des Bergbaus stattfindet.
824 Die so erzielten Einnahmen sollen zweckgebunden in einen öffentlich-
825 rechtlichen Fonds überführt werden. Aus den Überschüssen des Fonds

826 sollen Forschungs- und Anwendungsprojekte im Bereich
827 Rohstoffeffizienz, -recycling, Substitution sowie Kreislaufwirtschaft
828 gefördert werden. Dieser Fonds soll die „Ewigkeitskosten“ nach dem
829 Ende der bergbaulichen Tätigkeit finanzieren. Bei Bergbauvorhaben sind
830 grundsätzlich rückzahlbare Sicherheitsleistungen zu erbringen, die
831 mindestens den Aufwendungen zur Herstellung des Geländes nach dem Ende
832 des Abbaus entsprechen und von der Bergbehörde verwaltet werden.
833 Von neuem Bergbau soll Sachsen größtmöglich selbst profitieren. .
834 Sachsen soll nicht nur Rohstofflieferant sein, auch Verarbeitung und
835 Veredelung soll im eigenen Land realisiert werden. Auf diesem Weg
836 lassen sich die besten Effekte für die Volkswirtschaft und den
837 Arbeitsmarkt erzielen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Unterwegs in Sachsen: Stadtentwicklung,
Infrastruktur und Mobilität in Stadt und Land

839 Antragstext

840 GRÜNE Verkehrspolitik heißt Mobilität für alle

841 Die sächsischen GRÜNEN wollen Mobilität für alle: praktisch,
842 zuverlässig, stadtverträglich, barrierefrei und bezahlbar. Das setzt
843 eine Abkehr von der aufs Auto konzentrierten Verkehrspolitik der
844 vergangenen Jahre voraus. Sachsen hat inzwischen ein hervorragendes
845 Straßennetz für den überörtlichen Verkehr. Die Straßendichte liegt
846 weit über dem Bundesdurchschnitt. Neubauten binden Geld, das
847 inzwischen dringend für den Erhalt des bestehenden Straßennetzes
848 benötigt wird. Völlig ausgeblendet werden derzeit die Folgekosten für
849 die Instandhaltung und für Ersatzinvestitionen. Der Erhalt von Straßen
850 muss endlich vor Aus- und Neubau gehen.
851 Angesichts von Lärm-, Klima- und Luftbelastungen, eines hohen Energie-
852 und Flächenverbrauchs durch den Autoverkehr wollen wir eine
853 Verkehrswende einläuten und den Umweltverbund mit Rad-, Fuß- und
854 öffentlichen Verkehr gezielt stärken. Die ständigen Tariferhöhungen
855 beim Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sind Folge der
856 verheerenden Verkehrspolitik des FDP-geführten
857 Wirtschaftsministeriums. Die Kürzungen der CDU/FDP-Koalition beim
858 öffentlichen Verkehr wollen wir zurücknehmen. Deswegen stehen wir zur
859 Zweckbindung der Regionalisierungs- und Entflechtungsmittel im
860 Verkehrsbereich und führen diese nicht dem allgemeinen Haushalt zu.
861 Mobilität heißt für uns GRÜNE auch soziale Integration.
862 Geringverdienende, Asylsuchende und Menschen, die auf Arbeitslosengeld
863 II angewiesen sind, können sich Mobilität zunehmend nicht mehr in
864 ausreichendem Maß leisten. Öffentliche Mobilitätsangebote sind aber

865 zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben
866 für alle Menschen notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen möchten
867 daher ein Mobilitätsticket einführen, das die Erfüllung der
868 Grundbedürfnisse an Mobilität sicherstellt.

869 **Sachsentak 21**

870 Als Teil eines deutschlandweit notwendigen integralen Taktfahrplans
871 wollen wir einen landesweiten integralen Taktfahrplan „Sachsentak 21“
872 realisieren und mit den Nachbarländern verzahnen. Kern eines solchen
873 Sachsentakts sind mindestens im Stundentak verkehrende Züge,
874 Fahrplanverdichtungen auf nachfragestarken Strecken, verbesserte
875 Direktverbindungen sowie garantierte Anschlüsse mit kurzen
876 Aufenthaltszeiten in den Umsteigeknoten. Dabei wollen wir eine
877 kundenfreundliche ÖPNV-Anbindung sowohl in den städtischen
878 Verdichtungsgebieten als auch im ländlichen Raum Sachsens
879 sicherstellen. Mit dieser Qualitätssteigerung wollen wir die Zahl der
880 Fahrgäste von Bus und Bahn in den nächsten zehn Jahren verdoppeln.
881 In einem ersten Schritt wollen wir einen einheitlichen sachsenweiten
882 Tarif einführen, der nicht nur in Nahverkehrszügen, sondern von Tür
883 zur Tür, also auch in Straßenbahnen, Bussen und auf Fähren gilt. Die
884 Planung der Infrastruktur muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden:
885 Heute werden viel zu oft isolierte Einzelprestigeobjekte gebaut und
886 erst danach der Fahrplan gemacht. Wir treten für eine vorausschauende
887 Infrastrukturpolitik ein, die zuerst eine sachsenweite
888 Fahrplanoptimierung konzipiert. Danach soll passgenau die
889 Infrastruktur entwickelt werden. Schwerpunkt eines solchen
890 netzorientierten Ausbaus sind dabei für uns z.Bsp. die Wiederanbindung
891 Südwestsachsens an den Fernverkehr, die Elektrifizierung der Strecke
892 Dresden-Görlitz, die durchgehende Elektrifizierung der Sachsen-
893 Franken-Magistrale sowie der Ausbau der Strecke Görlitz-Cottbus.
894 Zur Durchsetzung der Fahrgastinteressen und für guten Service im
895 Bahnangebot wollen wir eine sachsenweite unabhängige Beschwerdestelle
896 für den Bahnverkehr einrichten.

897 **Neue Wege für den öffentlichen Personennahverkehr im ländlichen Raum**

898 Wir unterstützen angesichts der demografischen Entwicklung neue
899 Lösungen, um das ÖPNV-Angebot zu vertretbaren Kosten leistungsfähig
900 und ökologisch gestalten zu können. In sich entleerenden Regionen
901 stärken wir sinnvolle Alternativen zum klassischen Linienverkehr mit
902 großen Fahrzeugen und starrer Linienbindung. Dies können z. B.
903 stündliche Taktbusse zwischen Bahnhöfen und Orten ohne Bahnanbindung,
904 Anrufbusse mit durch die Fahrgäste bestimmter Abfahrtszeit und
905 Strecke, Kombibusse mit Personen- und Güterbeförderung oder auch
906 Bürgerbusmodelle und Anrufsammeltaxis sein.

907 **Fuß- und Radverkehr in Sachsen fördern**

908 Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes

909 anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und
910 ein Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und
911 Lebensqualität. Wir wollen den Anteil der in Sachsen mit dem Fahrrad
912 zurückgelegten Wege bis zum Jahr 2025 auf 20 Prozent verdoppeln. Dafür
913 wollen wir jährlich 15 Millionen Euro zur Radverkehrsförderung zu
914 Lasten des Straßenneubaus in den Haushalt einstellen. Unser
915 mittelfristiges Ziel sind bis 2020 jährliche Investitionen von zehn
916 Euro pro Kopf in Sachsen für den Fahrradverkehr. Unser Ziel ist dabei
917 die Entwicklung eines echten sächsischen Radwegenetzes, in dem
918 touristische Routen mit Radwegen an Bundes- und Staatsstraßen
919 verknüpft sind.

920 **Carsharing - das organisierte professionelle Autoteilen unterstützen**

921 Sinnvoller als ständig ein eigenes Auto bereit zu halten, kann es
922 sein, Carsharing-Angebote zu nutzen. Carsharing-Anbieter sollen
923 öffentliche Straßen als Stellplätze verwenden können. Darüber hinaus
924 wollen wir den Landesbehörden und nachgeordneten Einrichtungen des
925 Freistaates - soweit möglich - die Nutzung von Carsharing-Angeboten
926 ermöglichen und die normalen Dienstfahrzeuge schrittweise auf
927 Carsharing-Angebote und beste verfügbare Technik umstellen.
928 Der Umstieg von Behörden trägt auch zur Etablierung von Carsharing-
929 Angeboten im ländlichen Raum bei.

930 **Aktionsprogramm gegen Lärm und für Verkehrssicherheit**

931 Für einen besseren Schutz der Bevölkerung vor Lärm wollen wir einen
932 flächendeckenden Lärmaktionsplan mit ernsthafter
933 BürgerInnenbeteiligung. Für besonders laute Bahnabschnitte und
934 Staatsstraßen brauchen wir Schallschutzmaßnahmen und ein
935 Nachtflugverbot an Flughafenstandorten zwischen 22 und 6 Uhr. Wir
936 setzen uns auch aus Lärmgründen für die Einführung eines generellen
937 Tempolimits von 120 km/h auf sächsischen Autobahnen sowie von 100 km/h
938 auf stadtnahen Abschnitten ein. Tempo 30 soll innerorts
939 Regelgeschwindigkeit werden. Die Ausweisung von Abschnitten mit Tempo
940 50 soll durch Festlegung der Kommunen weiter möglich sein. Niedrigere
941 Geschwindigkeiten innerhalb von Ortschaften verbessern die Sicherheit
942 von FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen und schützen Kinder, ältere
943 und behinderte Menschen.

944 **Barrierefreie Mobilität ermöglichen**

945 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für eine Politik, die allen
946 Menschen Mobilität ermöglicht. Insbesondere für Menschen mit
947 Behinderungen sind Verkehrswege konsequent barrierefrei zu gestalten.
948 Wir wollen, dass auch an kleineren Stationen bedarfsgerechte Lösungen
949 zum barrierefreien Zugang gefunden werden und damit das
950 Behindertengleichstellungsgesetz entgegen der bisherigen sächsischen
951 Praxis umgesetzt wird.

952 **Mehr Güterverkehr auf die Schiene verlagern**

953 Wir setzen uns für eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die
954 Schiene ein und unterstützen deshalb die Einrichtung von
955 Umschlagsanlagen für den kombinierten Verkehr. Wir wollen eine
956 Informationsplattform zum Schienengüterverkehr für die sächsischen
957 Wirtschaftsunternehmen etablieren. Den Einsatz von Gigalinern lehnen
958 wir aufgrund des steigenden Unfallrisikos im Straßenverkehr sowie der
959 hohen Folgekosten ab.

960 **Gesundes Wohnen und Bauen**

961 Ökologisches, gesundes und bezahlbares Bauen und Wohnen sind unser
962 Leitbild. Der Einsatz von natürlichen und nachwachsenden Baustoff, von
963 Recyclingbaumaterial und von schadstoffarmen Stoffen hilft, den
964 Ressourcenverbrauch zu reduzieren, Umweltproblemen vorzubeugen und
965 eine gesunde Lebenswelt zu erhalten. Wir setzen uns deshalb dafür ein,
966 dass schädliche Baustoffe nicht mehr verwendet werden dürfen. Wir
967 setzen dabei auf Verbraucherinformation, Vorbildfunktion und gezielte
968 Förderung. Ähnlich dem Ökosiegel für landwirtschaftliche Produkte aus
969 Sachsen wollen wir ein Ökosiegel für Bauprodukte einführen.

970 **Wohnangebote an den Bedürfnissen orientieren**

971 Die Lebensqualität in den Wohnungen und Wohngebieten soll entsprechend
972 der Bedürfnisse aller Altersgruppen verbessert werden.
973 Barrierefreiheit und teilbare Wohnräume sind für junge Familien wie
974 für alte Menschen wichtig. Kinderfreundliche Freiraumgestaltung muss
975 zur Fördervoraussetzung werden. Modellprojekte für autofreies Wohnen
976 werden wir besonders unterstützen. Dafür wollen wir den Zwang zum
977 Schaffen von Stellplätzen bzw. zur Zahlung einer Stellplatzabgabe
978 abschaffen. Wohnungen müssen bezahlbar sein. Dabei geht es uns auch um
979 preiswerte kleinere Wohnungen für ältere Menschen, die ihre
980 selbstständige Lebensführung sichern, und zugleich um Wohnformen, die
981 das Zusammenleben verschiedener Altersgruppen ermöglichen. Wohnformen,
982 die das Leben von Personen mit besonderem Hilfs- und Betreuungsbedarf
983 erleichtern, sind in Abstimmung mit anderen Förderprogrammen
984 auszubauen. Der Freistaat muss die Kommunen dabei unterstützen,
985 Strategien gegen soziale Trennung in den Stadtvierteln zu entwickeln.

986 **Nachhaltige Stadtentwicklung fördern**

987 In Sachsen Städten überlagern sich Probleme, die nur mit komplexen,
988 integrierten Handlungskonzepten zu lösen sind. Integrierte,
989 nachhaltige Stadtentwicklung heißt neben der architektonischen
990 Gestaltung und Wohnungsbau auch Jobs im Quartier, Einrichtungen für
991 Bildung und Freizeit, qualitativ hochwertige städtische Freiräume,
992 Naturschutz, Angebote für Jung und Alt.
993 Die städtischen Schrumpfungsprozesse in Sachsen eröffnen Möglichkeiten
994 für einen nachhaltigen ökologischen Stadtumbau. Die Stadt der kurzen
995 Wege ist unser Ziel. Notwendig ist eine angemessene Dichte verknüpft

996 mit möglichst viel Stadtgrün. GRÜNE Stadtentwicklungspolitik will die
997 Kommunen in die Lage versetzen, den demografischen Wandel zu
998 bewältigen und den Flächenverbrauch zu reduzieren. Innenstädte wollen
999 wir stärken. Dort, wo Rückbau notwendig wird, sollte er geordnet an
1000 den Rändern der Städte erfolgen - das gilt auch für Infrastrukturen
1001 wie Straßen und Leitungen. Durch ein Landesprogramm „Steuerung
1002 Stadtentwicklung“ wollen wir sächsische Klein- und Mittelstädte im
1003 Bereich Städtebauförderung beraten. Wir treten dafür ein, dass der
1004 Freistaat den Kommunen mehr Entscheidungshoheit beim Einsatz von
1005 Fördermitteln für nachhaltige Stadtentwicklung überträgt.
1006 Es gilt, das bereits vorhandene Wissen über die Möglichkeiten von
1007 Selbstnutzungsinitiativen von Brachflächen, alternative Konzepte der
1008 Zwischen- und Umnutzung (beispielsweise so genannte Wächterhäuser)
1009 bekannt zu machen und Beratung zu fördern. Wir unterstützen
1010 Baugemeinschaften als wertvollen Beitrag für qualitativ hochwertiges
1011 Bauen und eine Aufwertung des sozialen Umfelds. Denkmalpflege ist eine
1012 Form nachhaltigen Bauens, weil bestehende Substanz weitergenutzt und
1013 der Siedlungsraum nicht ausgeweitet wird. Dennoch kommt es ständig zu
1014 weiteren Verlusten unseres historischen Erbes. Insbesondere die Gruppe
1015 der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Gutshäuser und
1016 ländliche Bauten befinden sich in einem bedrohlichen Zustand. Um die
1017 sächsische Denkmallandschaft zu erhalten, unterstützen wir die
1018 Vernetzung und Einrichtung von Denkmaldatenbanken für potenzielle
1019 Investoren. Engagierte private Denkmaleigentümer wollen wir stärker
1020 finanziell fördern, das Sächsische Denkmalschutzgesetz gegen die
1021 fortgesetzten Angriffe von CDU und FDP in seiner Qualität erhalten.
1022 Wir müssen weg von der planlosen Förderung von Einkaufszentren auf der
1023 „Grünen Wiese“, dafür vielmehr den Einzelhandel in den historischen
1024 Einkaufslagen, in den Magistralen und Ortszentren stärken. So werden
1025 die Wege auch für Menschen kurz gehalten, die weniger mobil sind, und
1026 die Existenz heimischer kleiner Einzelhändler gesichert. Vor allem
1027 aber wird Verkehr, insbesondere Autoverkehr, vermieden. Bei allen
1028 Maßnahmen der Stadtentwicklung fordern wir eine breite, frühzeitige
1029 und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung.

1030 **Soziale Stadtentwicklung vorantreiben**

1031 Das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ zur Sanierung und
1032 Entwicklung von Stadtteilen muss weitergeführt werden. Ziel ist Armut
1033 und Arbeitslosigkeit insbesondere in sozialen Brennpunkten zu
1034 bekämpfen. Ein eigenes Landesprogramm „Steuerung Quartiermanagement“
1035 soll sächsische Quartiermanagements erhalten, qualifizieren und
1036 Akzente in der regionalen Wirtschaftsentwicklung setzen. Kern des
1037 Programms soll die Akquise, Beratung und Vernetzung privater
1038 InvestorInnen in den schwierigen Stadtteillagen, die Koordination von
1039 Beschäftigungsinitiativen, die Mobilisierung von BewohnerInnen,
1040 Bewohnern und die Organisation von Bürgerbeteiligung sein.

1041 **Internetzugang für alle**

1042 Der Zugang zu schnellem Internet ist eine Voraussetzung für
1043 gesellschaftliche Teilhabe und für die Wettbewerbsfähigkeit von
1044 Unternehmen. Wie bei der Post- oder Stromversorgung soll daher jede
1045 Bürgerin und jeder Bürger einen rechtlichen Anspruch auf einen
1046 Breitbandanschluss haben. Förderprogramme müssen eine echte
1047 Grundversorgung herstellen und dürfen die ländlichen Räume nicht
1048 benachteiligen. Dabei kann ein funkbasierter Internetzugang nur eine
1049 Zwischenlösung sein. Angesichts zu erwartender erhöhter Anforderungen
1050 an die Kapazitäten und unter der Maßgabe, Netzneutralität zu
1051 erreichen, liegt es in der Verantwortung des Freistaates, den
1052 Breitbandausbau zu fördern. Dazu gehört eine bessere Unterstützung von
1053 Kooperationen zwischen kommunalen Versorgungsunternehmen und
1054 Telekommunikationsunternehmen, das Verfügbarmachen von Daten über
1055 bereits vorhandene Infrastruktur und erfolgreiche Tiefbauarbeiten sowie
1056 langfristige Finanzierungsmöglichkeiten zu zinsgünstigen Konditionen.
1057 Wir unterstützen offene W-LAN-Netze. Rechtliche Unsicherheiten und
1058 organisatorische Hürden für das digitale Engagement von Bürgerinnen
1059 und Bürgern sollen abgebaut werden. Wir unterstützen insbesondere die
1060 Freifunk-Initiative als bürgerschaftliches Engagement bei
1061 Bereitstellung und Aufbau von Internetzugängen - gerade auch im
1062 ländlichen Raum.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: GRÜNE Haushaltspolitik: zukunftsfähig,
nachhaltig und gerecht

1069 Antragstext

1070 In Zukunftsfähigkeit investieren

1071 Wir wollen, dass künftig langfristige Auswirkungen bei Investitionen
1072 mitgedacht werden. Das bedeutet, dass vor Investitionsentscheidungen
1073 immer geprüft wird, welche finanziellen, wirtschaftlichen,
1074 ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Langzeitfolgen die
1075 jeweilige Investition hat. Beispielsweise sollten bei Investitionen in
1076 den Straßenbau Unterhaltskosten oder ökologische und gesundheitliche
1077 Folgekosten berücksichtigt werden.

1078 Nicht nur klassische Investitionen stärken Sachsens
1079 Zukunftsperspektive. Ausgaben für die Einstellung und Weiterbildung
1080 von ErzieherInnen, LehrerInnen oder Ausgaben für die Forschung sollten
1081 nicht länger als konsumtiv klassifiziert und deswegen
1082 Straßenbauinvestitionen nachgeordnet werden. Die Zukunftsfähigkeit
1083 unseres Landes gründet sich nicht allein auf Beton. Vielmehr brauchen
1084 wir viele schlaue Köpfe. Deshalb soll auch geprüft werden, welchen
1085 Beitrag Investitionen zu Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit,
1086 zur Barrierefreiheit und zur Gleichstellung von Frauen und Männern
1087 leisten.

1088 Schulden begrenzen

1089 Kurzfristigen positiven Effekten, die durch Schulden „erkauft“ werden,
1090 steht die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand in
1091 der Zukunft gegenüber. Wenn dem Staat die langfristige
1092 Handlungsfähigkeit genommen wird, dann ist das unsozial, insbesondere
1093 gegenüber kommenden Generationen. Wir wollen auch in Zukunft

1094 Steuergeld lieber für Kitas, Schulen, Hochschulen oder soziale
1095 Einrichtungen ausgeben statt für Zinsen, die die Banken kassieren.
1096 Deshalb haben wir die Einführung einer Schuldenbremse in die
1097 sächsische Verfassung unterstützt.
1098 Sachsen ist immer noch weit von einer finanziellen Eigenständigkeit
1099 entfernt. Deshalb sind wir immer noch auf den Solidarpakt II
1100 angewiesen, der aber 2019 ausläuft. Wir unterstützen das Ziel, die
1101 finanzielle Eigenständigkeit Sachsens anzustreben. Wir machen aber
1102 auch keine unrealistischen Versprechungen und wollen, dass Sachsen bei
1103 der Gestaltung des Länderfinanzausgleichs in den kommenden Jahren gut
1104 verhandelt. Das bedeutet auch, dass wir nicht nur durch
1105 Haushaltsdisziplin glänzen dürfen, sondern dass wir empfangenes Geld
1106 in sinnvolle Investitionsprojekte stecken.

1107 **Mehr Demokratie bei der Haushaltsplanung**

1108 Der Haushalt des Freistaates wird nur alle zwei Jahre in Form eines
1109 Doppelhaushaltes beschlossen. Doppelhaushalte führen regelmäßig zu
1110 Nachtragshaushalten. Das schränkt die Möglichkeiten des Landtages, die
1111 Haushaltsführung des Landes effizient zu steuern und zu kontrollieren,
1112 ein. Aktuelle Entwicklungen können so nicht genügend berücksichtigt
1113 werden. Deshalb fordern wir eine jährliche Haushaltsaufstellung.
1114 Damit das Parlament und die Ministerien, aber auch die Öffentlichkeit
1115 einen Haushaltsplan besser beurteilen können, ist dieser um eine
1116 Kosten-Leistungs-Rechnung zu ergänzen. So kann klarer bestimmt werden,
1117 welche Wirkungen mit welchen Ausgaben erzielt werden sollen.
1118 Wir wollen mehr BürgerInnenbeteiligung bei der Haushaltsaufstellung
1119 auf Landesebene ermöglichen. BürgerInnen sollen die Möglichkeit
1120 erhalten, Vorschläge zum Haushalt zu machen und Stellung zum Haushalt
1121 zu beziehen.

1122 **Die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern**

1123 Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz sorgt dafür, dass der Freistaat und
1124 seine Kommunen finanzpolitisch „in einem Boot“ sitzen. Wir setzen uns
1125 dafür ein, dass sich der Freistaat aus dieser fairen Partnerschaft
1126 nicht herausmogelt, indem er außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs
1127 de facto kürzt. So hat der Freistaat beispielsweise die Kita-
1128 Finanzierung in Höhe von 1.875 Euro pro Kind und Jahr seit 2005 nicht
1129 mehr erhöht und lässt die Kommunen auf den Kostensteigerungen der
1130 letzten neun Jahre sitzen. Wir halten dies für falsch und wollen den
1131 bewährten partnerschaftlichen Geist des kommunalen Finanzausgleichs
1132 bewahren.

1133 **Steuerehrlichkeit**

1134 Die staatlichen Einnahmen werden nicht nur durch auskömmliche
1135 Steuersätze abgesichert, sondern sind auch von der Steuerehrlichkeit
1136 abhängig. Steuern, die nicht gezahlt werden, weil Vermögen ins Ausland
1137 geschafft wird oder weil einige Großunternehmen eine aggressive

1138 Steuervermeidungspolitik betreiben, fehlen für Zukunftsinvestitionen.
1139 Deshalb wollen wir konsequent gegen Steuerhinterziehung und
1140 Steuerstraftaten vorgehen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Die Natur in ihrer Vielfalt erhalten

1142 **Antragstext**

1143 Natur, Umwelt und Tiere zu schützen ist um ihrer selbst willen und um
1144 die Grundlagen menschlicher Existenz zu erhalten, dringend geboten.
1145 Ohne intakte Ökosysteme, ohne des Erhalts der Biodiversität, ohne des
1146 Schutzes von Boden, Luft und Wasser können wir das Versprechen an
1147 unsere Kinder und Kindeskinde nicht einlösen, ihnen gesunde
1148 Lebensgrundlagen zu hinterlassen. Ökosysteme müssen sich in ihrer
1149 Vielfalt regenerieren und erhalten können. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1150 sind Natur- und Umweltschutz daher zentrale Felder unseres politischen
1151 Handelns. Eine Landnutzung, die im Einklang mit den
1152 Selbsterneuerungskräften der Natur steht, sichert nicht nur
1153 Lebensräume für vom Aussterben bedrohte Arten, sondern auch Arbeit,
1154 Einkommen und Lebensqualität der BewohnerInnen ländlicher Räume.
1155 Doch die Roten Listen der vom Aussterben bedrohten Arten werden in
1156 Sachsen immer länger. Hauptursache ist der Verlust ihrer Lebensräume
1157 und damit auch unserer natürlichen Lebensgrundlagen durch massiven
1158 Flächenverbrauch sowie die intensive Landwirtschaft mit
1159 Nährstoffverlusten und Pestizidverwendung, der naturferne Ausbau
1160 unserer Gewässer und der zunehmende ökonomische Druck auf die
1161 Bewirtschaftung unserer Wälder. Der vom Menschen verursachte
1162 Klimawandel, wiederkehrende Versuche auf unseren Feldern Gentechnik
1163 einzuführen und die Vielfalt von Umweltgiften führen zu unabsehbaren
1164 Risiken. Notwendig sind umfassende Lösungen, die die Vielfalt des
1165 Lebens dauerhaft schützen und unser wertvolles Naturerbe bewahren.

1166 **Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes und Stärkung der**
1167 **Schutzgebiete**

1168 Eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederherstellung günstiger
1169 Lebensbedingungen heimischer Tier- und Pflanzenarten ist die
1170 Herstellung eines landesweiten Biotopverbundes auf mindestens 10
1171 Prozent der Landesfläche. Wir wollen aus bestehenden Schutz- und
1172 Wildnisgebieten, Kulturlandschaften und neuen Verbindungsflächen ein
1173 System zusammenhängender Lebensräume schaffen. Barrieren in den
1174 Wanderkorridoren von Tieren wollen wir mithilfe von mehr Grünbrücken,
1175 Amphibiantunneln und ungestörten Vogelzugstrecken beseitigen. Weitere
1176 Landschaftszerschneidungen sollen lediglich in Ausnahmefällen möglich
1177 sein.

1178 Den Naturschutzbehörden wollen wir ein höheres Budget für praktische
1179 Maßnahmen zur Verfügung stellen. Wichtige Naturschutzprojekte bedürfen
1180 einer dauerhaften Finanzierung.

1181 In Sachsen existieren ein Nationalpark, drei Naturparks sowie ein
1182 umfangreiches Netz aus Schutzgebieten. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein,
1183 dass die Schutzgebietsverwaltungen in den Großschutzgebieten nicht
1184 abgebaut, sondern aufgestockt werden. Wir wollen die Ausweisung
1185 weiterer Großschutzgebiete vorantreiben. Dies betrifft insbesondere
1186 die Ausdehnung des Biosphärenreservats "Flusslandschaft Elbe", die
1187 Erweiterung des Nationalparks Sächsische Schweiz und die Einrichtung
1188 eines deutsch tschechischen Biosphärenreservats "Ost-Erzgebirge".

1189 **Artenvielfalt in der Kulturlandschaft**

1190 Ein engmaschiger Biotopverbund lässt sich durch eine
1191 abwechslungsreiche und vielfältige Landnutzung erreichen. Deshalb
1192 wollen wir den Trend zur Zentralisierung der Landwirtschaft umkehren
1193 sowie die bäuerliche Landwirtschaft und den ökologischen Landbau
1194 stärken. Umweltgerechter Ackerbau und eine naturschutzverträgliche
1195 Bewirtschaftung artenreicher Wiesen und Weiden verdienen gezielte
1196 finanzielle Förderung. Alle landwirtschaftlichen Nutzflächen brauchen
1197 einen Mindestanteil an Grünland. Landschaftspflegeeinrichtungen wollen
1198 wir mit einer finanziellen Mindestausstattung versehen.
1199 Grünlandbiotope sind durch Maßnahmen der Naturschutzbehörden zu
1200 sichern. Bodenbrüter wollen wir gesetzlich schützen.

1201 **Naturgemäße Forstwirtschaft und natürliche Waldentwicklung fördern**

1202 Der Begriff der Nachhaltigkeit wurde vor 300 Jahren in Bezug auf die
1203 Forstwirtschaft in Sachsen geprägt. Die sächsische Gegenwart wird
1204 dieser Tradition nicht mehr gerecht. Die Forstwirtschaft des
1205 Freistaates setzt zunehmend auf Rationalisierung - mit immer größeren
1206 Maschinen, immer größeren Revieren und mehr Kahlschlägen. BÜNDNIS
1207 90/DIE GRÜNEN stehen für eine nachhaltige Forstwirtschaft. Wir wollen
1208 ein Netz von naturnahen nutzungsfreien Wäldern und Waldreservaten mit
1209 Altholzbeständen entwickeln. Der Waldumbau zu struktur- und
1210 artenreichen Mischwäldern ist unvermindert weiterzuführen. Im
1211 Privatwald soll der Waldumbau unkompliziert und flexibel gefördert
1212 werden.

1213 Neben den naturgemäß bewirtschafteten Forsten muss auch der Anteil der
1214 Waldflächen, in denen natürliche Prozesse ungestört ablaufen können,
1215 mittelfristig im Staatswald auf 10 % erhöht werden. Der Sachsenforst
1216 soll künftig nach den internationalen Kriterien für
1217 verantwortungsvolle Waldwirtschaft des Forest Stewardship Council
1218 (FSC) bewirtschaftet werden.

1219 **Stadtgrün und Artenschutz am Bau**

1220 Wir kämpfen für die Verbesserung des Klimas in den Städten durch
1221 Grünbereiche, wie Wälder, Parks, Wiesen, Kleingärten, Flussläufe und
1222 Straßenbäume. Gemeinschaftsgärten und Grünflächen auf brachliegenden
1223 städtischen Flächen verdienen öffentliche Förderung.
1224 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen für den Erhalt historischer
1225 Gebäudesubstanz. Wir wollen ausreichende Fördergelder zu attraktiven,
1226 unkomplizierten und flexiblen Bedingungen für Artenschutzmaßnahmen
1227 verfügbar machen.
1228 Bäume und Hecken, insbesondere große Altbäume, reinigen Atemluft,
1229 schützen vor Lärm, spenden Schatten und liefern Sauerstoff. BÜNDNIS
1230 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die kommunale Selbstverwaltung beim
1231 Baumschutz wieder herstellen. Die Städte und Gemeinden sollen die
1232 Bäume grundsätzlich über eigene Baumschutzsatzungen schützen. Da die
1233 Salzeinträge durch den Winterdienst zur Versalzung der
1234 Oberflächenwässer beitragen und die Straßenbäume schädigen, fordern
1235 wir die Reduktion des Tausalzeinsatzes und den Einsatz von
1236 Alternativen.

1237 **Vollzug gesetzlicher Vorschriften - Naturschutzrecht nicht als 1238 nachrangig behandeln**

1239 Der Schutz der biologischen Vielfalt wird durch rechtliche
1240 Instrumentarium allein noch nicht gewährleistet. Zur Umsetzung sind
1241 handlungsfähige Behörden erforderlich. Doch vor allem die
1242 Naturschutzbehörden wurden in den letzten Jahren so oft umstrukturiert
1243 und ihr Personalbestand abgebaut, dass ihre Wirksamkeit weit hinter
1244 den Erfordernissen eines funktionierenden Naturschutzes zurückbleibt.
1245 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Freistaat
1246 Sachsen seinen Verpflichtungen für qualifizierte und finanziell
1247 ausreichend ausgestattete Naturschutzbehörden wieder nachkommt. Dazu
1248 gehören auch Mittel für den Ankauf von Flächen, die besonders große
1249 Naturschutzbedeutung haben.

1250 **Naturschutzakteure stärken**

1251 Das zivilgesellschaftliche Engagement von Naturschutzvereinen ist
1252 heute die wichtigste Form des praktischen Naturschutzes. Doch immer
1253 neue Hürden zwingen die Vereine zu immer höherem bürokratischen
1254 Aufwand. Die Rechte der Naturschutzverbände wurden weiter beschnitten.
1255 Oft sehen sich für Naturschutz Engagierte sogar dem Vorwurf
1256 ausgesetzt, gemeinwohlgefährdende Verhinderer zu sein. Zudem ist der

1257 ehrenamtliche Naturschutz in Sachsen von einer Überalterung betroffen.
1258 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die bürokratischen Hürden für
1259 NaturschützerInnen senken und der Nachwuchsgewinnung zum Erfolg
1260 verhelfen, indem wir politische Rahmenbedingungen und das Auftreten
1261 von Behörden so verändern, dass Naturschutz als ein positiver Beitrag
1262 zum Gemeinwohl anerkannt wird und nicht als nebensächliches Hobby oder
1263 gar als Querulanz. Wir setzen uns für einen verstärkten und
1264 transparenten Informationsfluss zwischen Behörden und
1265 NaturschützerInnen sowie der Öffentlichkeit ein. Wir sind Partner der
1266 Naturschutzvereine.
1267 Für Kontrollaufgaben und Arterfassungen, Öffentlichkeitsarbeit und
1268 Umweltbildung sowie spezielle praktische Naturschutzmaßnahmen brauchen
1269 wir Naturschutzwarte. Auf allen Verwaltungsebenen sollen zudem wieder
1270 Naturschutzbeiräte eingeführt werden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Wir bewahren und schützen unsere Umwelt

1273 **Antragstext**

1274 **Boden schützen, Flächenverbrauch stoppen, DDR-Altlasten weiter**
1275 **sanieren**

1276 Böden dienen nicht nur zur Produktion von Lebensmitteln, sondern sind
1277 Speicher und Filter für Wasser, Nährstoffe und auch Kohlendioxid. Der
1278 Boden schützt so auch unsere Atmosphäre und ist gleichzeitig
1279 vielfältiger Lebensraum. Dennoch wird er durch Versiegelung,
1280 Flächenverbrauch, Erosion und Verschmutzung in immer größerem Maße
1281 gefährdet und zerstört.

1282 Dem – trotz schrumpfender Bevölkerungszahl – ständig steigenden
1283 Flächenverbrauch Einhalt zu gebieten, gehört zu den wichtigsten
1284 ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre.

1285 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den fortschreitenden Verbrauch von
1286 Flächen für neue Bebauung von vorn herein begrenzen. Über handelbare
1287 Flächenzertifikate ermöglichen wir Kommunen, die mehr Flächen
1288 benötigen, diese von Kommunen zu kaufen, die diese nicht benötigen.
1289 Neuversiegelungen sollen nur noch genehmigt werden, wenn jeweils eine
1290 gleich große Fläche in gleichartiger Umgebung entsiegelt wird.

1291 Ausgleichsmaßnahmen sollen aber nicht zu Lasten wertvoller
1292 Ackerstandorte gehen. Für uns steht die Qualität im Vordergrund, nicht
1293 die Masse der Maßnahmen. Um den Flächenverbrauch zu begrenzen, setzen
1294 wir zudem auf das Primat der Entwicklung der Innenstädte gegenüber den
1295 Randlagen.

1296 Unsere Böden werden durch DDR-Altlasten von ehemaligen Industrie-,
1297 Gewerbe- und Militärgeländen sowie Abfalldeponien belastet. Wir setzen
1298 uns weiter für eine zügige und konsequente Sanierung der
1299 Altlastenflächen ein. Sachsen muss sich im Bund für bessere

1300 Rechtsgrundlagen beim Bodenschutz stark machen. Bislang blockiert die
1301 Bundesregierung die Verabschiedung der europäischen
1302 Bodenschutzrichtlinie und ein nationales Bodenschutzgesetz.

1303 **Lärmschutz**

1304 Lärm kann krank machen. Deshalb wollen wir die Menschen vor zu großer
1305 Lärmbelastung schützen.
1306 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen, dass die Lärmkartierung und -
1307 aktionsplanung im Rahmen der EU-Richtlinien vollständig und
1308 insbesondere an den großen Verkehrsstrassen auch über die Landesgrenzen
1309 hinaus abgestimmt vorgenommen wird. Wir unterstützen Städte, die
1310 lärmindernde Maßnahmen wie innerstädtische Tempolimits in
1311 Wohngebieten durchführen, indem wir die gesetzlichen Möglichkeiten
1312 dazu schaffen. Wir wollen mit einem Landesprogramm passive
1313 Schallschutzmaßnahmen für besonders laute Bahnabschnitte und
1314 Staatsstraßen fördern und nachträgliche Lärmschutzmaßnahmen unabhängig
1315 von Neu- und Umbauten beschleunigen.
1316 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen bekennen sich ohne Wenn und Aber zum
1317 Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr.

1318 **Luftreinhaltung und Feinstaubminderung**

1319 Der Straßenverkehr, insbesondere der Schwerlastverkehr ist ein
1320 Hauptverursacher der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid und
1321 Feinstaub. Die Umsetzung der EU-Feinstaubrichtlinie wurde bislang,
1322 trotz der enormen gesundheitlichen Risiken, nicht konsequent verfolgt.
1323 Wir wollen flächendeckend wirkungsvolle Aktions- und
1324 Luftreinhaltepläne, und mit technischen als auch nichttechnischen
1325 Maßnahmen, wie der Verminderung des Schwerlastverkehrs auf der Straße,
1326 dazu beitragen, dass die EU Grenzwerte eingehalten werden. Erstellung
1327 und Umsetzung sollen fachlich begleitet und finanziell gefördert
1328 werden. Die Individualklagerechte der Betroffenen wollen wir stärken .

1329 **Elektrosmog reduzieren**

1330 **Müll- und Abfallpolitik**

1331 Oberste Priorität hat für uns die Müllvermeidung. Durch
1332 Rohstoffeffizienz, Verbrauchsreduktion, Recycling und Förderung
1333 langlebiger, intelligent konzipierter und wiederverwendbarer Produkte
1334 wollen wir die Grundlagen für eine künftige Wirtschafts- und
1335 Produktionsweise schaffen, bei der weitestgehend kein Abfall mehr
1336 entsteht und in der die notwendigen Materialien und Wertstoffe immer
1337 besser Kreisläufen geführt werden. Wir stehen für eine konsequente
1338 Kontrolle von Abfallanlagen und Mülldeponien. Deponien, die nicht den
1339 Standards der Abfallablagerversordnung entsprechen und das
1340 Grundwasser gefährden, müssen geschlossen werden. Wir wollen eine
1341 verstärkte staatliche Fach- und Rechtsaufsicht aller abfallrechtlich
1342 relevanten Aktivitäten und eine bessere Kontrolle der sächsischen

1343 Deponien auf sachgemäße Sanierung und Betreuung. Wir fordern die
1344 lückenlose Aufklärung der Mängel in der Abfallüberwachung. Müllimporte
1345 nach Sachsen lehnen wir ab. Wir setzen uns für die Rechte der Kommunen
1346 ein, die Abfallentsorgung und -verwertung nachhaltig, wirtschaftlich
1347 optimal und bürgernah zu organisieren.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Respektvoller Umgang mit dem Leben der Tiere

1350 **Antragstext**

1351 Wir treten für einen respektvollen und ethisch verantwortbaren Umgang
1352 mit Tieren als unseren Mitgeschöpfen ein. Wir wollen die Achtung der
1353 Rechte von Tieren - seien es Versuchstiere, Zirkustiere, Zootiere,
1354 Haustiere, Heimtiere, Wildtiere - in angemessener Weise durchsetzen.
1355 Die Arbeit der Tierheime, Tierauffangstationen und Gnadenhöfe wollen
1356 wir stabil unterstützen. Wir sprechen uns für eine solidarische
1357 Finanzierung der Tierheime über die Kommunen bzw. Landkreise aus.
1358 Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Zirkusbetriebe darauf
1359 orientieren, nicht mehr mit Wildtieren zu arbeiten. Moderner Zirkus
1360 ist auch ohne Wildtiere in der Manege attraktiv.
1361 Wir streben eine tierversuchsfreie Lehre und Forschung und den
1362 möglichst vollständigen Ersatz der Tierversuche durch alternative
1363 Versuchsanordnungen an.

1364 **Jagd**

1365 Grüne Jagdpolitik zielt auf die nachhaltige Hege und Pflege des Waldes
1366 und der darin wild lebenden Tiere ab. Alle einheimischen Wildtierarten
1367 wollen wir in geeigneten Lebensräumen erhalten bzw. ihre
1368 Wiederansiedlung fördern. Deshalb ist konsequente Bestandsregulierung
1369 des Schalen- und des Schwarzwilds ebenso Bestandteil GRÜNER
1370 Jagdpolitik wie Schonzeiten und der Schutz von bedrohten Tierarten,
1371 die nicht bejagt werden dürfen. Die Liste der jagdbaren Tierarten im
1372 Jagdgesetz wollen wir entsprechend eng begrenzen. Alle dann nicht mehr
1373 gelisteten Tierarten sollten ausschließlich dem Naturschutzgesetz
1374 unterliegen. Wir lehnen die jagdrechtliche Einordnung des Wolfes
1375 grundsätzlich ab. Der Wolf gehörte lange Zeit zu den in Sachsen

1376 heimischen Tieren, wanderte selbstständig wieder in seine
1377 ursprüngliche Heimat ein und bedarf des besonderen Schutzes.
1378 Die systematische Beobachtung der Wildbestände wollen wir
1379 vorantreiben. Zudem wollen wir die vollständige Umstellung auf
1380 bleifreie Munition für die Jagd und die Abkehr von der Trophäenjagd
1381 erreichen. Wir wollen eine praxisorientiertere und professionellere
1382 Jagdausbildung ermöglichen. Neben einer wildbiologischen
1383 Fachausbildung muss die Waffenhandhabung Hauptmerkmal jeder
1384 Jagdausbildung werden.

1385 **Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände**

1386 Wir wollen auch in Sachsen das Verbandsklagerecht für
1387 Tierschutzverbände einführen. Tierschutz ist grundgesetzlich
1388 garantiertes Staatsziel. Die tierschutzrechtliche Verbandsklage ist
1389 für uns GRÜNE das effektivste Mittel zur Verwirklichung dieses
1390 Staatsziels . Sie stellt sicher, dass Planfeststellungen und
1391 Genehmigungen auf den Prüfstand unabhängiger Gerichte gestellt werden
1392 können, wenn die Verletzung tierschutzrechtlicher Vorschriften zu
1393 befürchten ist. Sie bewirkt außerdem, dass Entscheidungen der
1394 Veterinärbehörden über ihr Einschreiten nicht nur aus der Sicht der
1395 Tierhalter und -nutzer, sondern auch aus der Sicht der Belange des
1396 Tierschutzes gerichtlich überprüfbar werden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

1398 Antragstext

1399 Ackerböden sind lebendige Ökosysteme, in denen eine Vielfalt von
1400 Organismen zusammen wirkt. Nur so kann sich der Boden selbst erneuern,
1401 nur so ist ein gesundes Wachstum von Pflanzen möglich. Nachhaltig und
1402 langfristig verantwortbar ist daher nur der ökologische Landbau, weil
1403 nur er die Lebensfähigkeit des Bodens für die Zukunft sichert und auf
1404 Dauer ausreichend gesunde Nahrungsmittel erzeugen kann. In Sachsen
1405 werden derzeit nur vier Prozent der landwirtschaftlichen Fläche
1406 ökologisch bewirtschaftet. Während die sächsischen VerbraucherInnen
1407 immer mehr Bio-Produkte kaufen, kann deren Nachfrage bisher bei weitem
1408 nicht durch die regionale Produktion gedeckt werden. Mehr ökologisch
1409 bewirtschaftete Flächen sind sowohl durch Umstellen vorhandener
1410 Landwirtschaftsunternehmen auf ökologischen Landbau als auch durch
1411 Neugründung ökologisch wirtschaftender Betriebe möglich.
1412 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die bäuerliche, ökologische
1413 Landwirtschaft unterstützen und fördern. Einseitig auf
1414 Leistungsmerkmale überzüchtete, genetisch besonders
1415 krankheitsanfällige Kulturpflanzensorten und Nutztierassen sind von
1416 synthetischen Düngern, Antibiotika und dem Einsatz von Pestiziden
1417 abhängig. Das Ziel „Klasse statt Masse“ muss bei der Züchtung und
1418 Auswahl der Sorten und Rassen ansetzen.
1419 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen ermutigen zum Naturschutz in der
1420 Landwirtschaft. Wir wollen ein landesfinanziertes Naturschutz-
1421 Förderprogramm installieren, mit dem Maßnahmen flexibel,
1422 unbürokratisch und ohne Vorfinanzierung umgesetzt werden können. Wir
1423 wollen alle über die gegebenen EU-Kontrollen hinausgehenden
1424 zusätzlichen sächsischen bürokratischen Schikanen abschaffen.

1425 Wir fordern verbandsunabhängige, qualifizierte Beratungsangebote für
1426 Fragen der ökologischen Erzeugung, Verarbeitung und Produktvermarktung
1427 für sächsische Betriebe. Das kann z. B. mithilfe der Errichtung eines
1428 Kompetenzzentrums Ökolandbau Sachsen geschehen.

1429 **Raus aus der Gentechnik!**

1430 Der Anbau genmanipulierter Kulturpflanzen ist mit unkalkulierbaren
1431 Risiken verbunden. Deshalb lehnen die meisten Menschen in Sachsen
1432 deren Anbau ab. Agro-Gentechnik befördert weltweit Monokulturen und
1433 gefährdet Umwelt, Arbeitsplätze und die gentechnikfreie Produktion.
1434 Sie bedroht die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen, sich für
1435 gentechnikfreie und ökologische Lebensmittel entscheiden zu können.
1436 Haupteinfallstor für die Agro-Gentechnik sind gentechnisch veränderte
1437 Futtermittel. Agro-Gentechnik macht LandwirtInnen noch abhängiger von
1438 wenigen weltweit agierenden Konzernen.
1439 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine agrogentechnikfreie Land- und
1440 Lebensmittelwirtschaft in Sachsen. Wir wollen, dass der Anbau
1441 genmanipulierter Pflanzen in Sachsen dauerhaft ausgeschlossen bleibt
1442 und lehnen daher auch jegliche Züchtung genmanipulierter Pflanzen ab.
1443 Wir setzen uns darüber hinaus für eine transparente Kennzeichnung
1444 gentechnischer Veränderungen bei in den Handel kommenden Produkten
1445 ein, auch bei Fleisch, Milch und Käse von Tieren, die mit gentechnisch
1446 veränderten Erzeugnissen gefüttert wurden. Den Anbau einheimischer
1447 Eiweißfutterpflanzen, wie der Ackerbohne und Futtererbse wollen wir
1448 wiederbeleben. Wir unterstützen Initiativen für gentechnikfreie
1449 Regionen und Kommunen. Sachsen soll dem Netzwerk gentechnikfreier
1450 Regionen beitreten.

1451 **Pestizideinsätze reduzieren**

1452 Der hohe Pestizideinsatz in der Landwirtschaft ist eine der
1453 Hauptursachen für den Rückgang der biologischen Vielfalt in der
1454 Agrarlandschaft. Agrochemikalien gefährden viele Arten, sie bedrohen
1455 alleine in Sachsen 13 Biototypen. Langzeitfolgen können dabei noch
1456 gar nicht abgeschätzt werden. Angesichts der Tatsache, dass heute über
1457 40 Prozent der Ackerflächen mindestens einmal im Jahr mit, auch für
1458 den Menschen gefährlichen, Totalherbiziden (Unkrautbekämpfungsmittel)
1459 behandelt werden, fordern wir den größtmöglichen Verzicht auf
1460 Pestizide. Wir wollen erreichen, dass in der sächsischen
1461 Landwirtschaft nur noch Agrochemikalien eingesetzt werden, deren
1462 Unbedenklichkeit, auch für Arten und Lebensräume, zweifelsfrei
1463 nachgewiesen ist.

1464 **Schluss mit der industriellen Massentierhaltung!**

1465 Tiere sollten stets unter art- und verhaltensgerechten Bedingungen
1466 gehalten werden. Industrieartige Großställe, in denen Legehennen,
1467 Masttiere und -geflügel, aber auch Milchkühe auf engstem Raum gehalten
1468 werden, können art- und verhaltensgerechter Tierhaltung in keiner

1469 Weise gerecht werden. Gerade weil die Landwirtschaft staatlich
1470 subventioniert ist, fordern immer mehr Menschen tiergerechte und
1471 umweltverträgliche Bedingungen ein. Aufgrund der erhöhten Belastung
1472 durch Transporte, Gerüche, Staub und Keime an den Standorten solcher
1473 Großanlagen regt sich zudem der wachsende Widerstand durch
1474 AnwohnerInnen. Es wachsen die Bedenken, dass die Tierfabriken das
1475 Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigen und die ländlichen Räume als
1476 Erholungs- und Tourismusgebiete infrage stellen. Sachsen hat aber
1477 ausgerechnet die Errichtung neuer Massentieranlagen durch z. T.
1478 branchenfremde Investoren mit öffentlichen Fördermitteln massiv
1479 unterstützt. Oft sind diese Anlagen zudem nicht in die einheimische
1480 Landwirtschaft integriert.

1481 Wir sächsischen GRÜNEN wollen die pauschale Förderung der
1482 Massentierhaltung durch eine nachhaltige, an ökologischen und
1483 tierschutzgerechten Kriterien orientierte Förderung ablösen.
1484 Das Abgabeverbot von Antibiotika zu bloßen Wachstumszwecken muss
1485 besser kontrolliert werden. Tiere sollen nur dann mit Medikamenten
1486 behandelt werden, wenn sie krank sind. Ein Kontrollmechanismus, um den
1487 restriktiven Antibiotikaeinsatz sicherzustellen ist z. B. die
1488 Stärkung der Amtsveterinäre durch entsprechende der Aus- und
1489 Weiterbildung.

1490 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern, dass Richtlinien für eine
1491 Mindestzeitspanne der Mast aufgestellt werden, die sich an den
1492 natürlichen Wachstumszeiten der jeweiligen Arten orientieren. Die
1493 künstliche Verkürzung der Aufzucht bzw. Mastdauer durch Qualzucht oder
1494 einseitige Fütterung mit Kraftfutter muss beendet werden. Nachhaltige
1495 Landwirtschaft bedeutet auch, dass die Lebensleistung von Nutztieren
1496 Vorrang vor der Jahresleistung haben muss. Das heißt, dass Zuchtformen
1497 und Haltungssysteme zu bevorzugen sind, die zwar eine geringere
1498 Jahresleistung haben, bei denen aber Legehennen länger als ein Jahr
1499 legen und Milchkühe länger als drei Jahre gemolken werden können.

1500 Tierquälerische Praktiken wie die Schwanzamputation bei Schweinen, das
1501 Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Töten männlicher Eintagsküken
1502 müssen beendet werden. Bei Schlachtung und Transport der Tiere muss
1503 der Tierschutz konsequent eingehalten werden. Wir wollen auch
1504 erreichen, dass die Transportzeiten der Tiere minimiert werden. In
1505 großen, zentral verorteten Schlachthöfen besteht darüber hinaus immer
1506 die Gefahr, dass sich gefährliche Keime ausbreiten.

1507 Unterhalb der Schwelle zum Ökolandbau sollen für konventionelle
1508 Tierzuchtbetriebe unterschiedliche Stufen der Haltung definiert und
1509 bei den Erzeugnissen leicht erkennbar angegeben werden. Bei Hühnereiern
1510 ist dies seit Jahren der Fall. Ein erster Schritt sind die
1511 Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes. Damit werden auch
1512 konventionelle Züchter angeregt, ihre Tiere unter möglichst guten
1513 Bedingungen zu halten.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Mit dem Wasser leben

1516 Antragstext

1517 **Natürliche Bach- und Flusslandschaften wiederherstellen und schützen**
1518 Auen sind einzigartige Lebensräume. In Sachsen gibt es diese
1519 natürlichen Flussauenlandschaften kaum noch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
1520 wollen ein umfassendes und konsequent umzusetzendes
1521 Deichrückverlegungsprogramm und breite Pufferzonen zwischen
1522 landwirtschaftlich genutzten Flächen und Auwäldern bzw. Gewässerufern
1523 schaffen. Die Bodenbearbeitung soll nur noch bodenschonend, mit einem
1524 weitgehenden Verzicht auf Schwarzbrache erfolgen.
1525 Quellen und Bachoberläufe können durch Rückbau landwirtschaftlicher
1526 Drainagesysteme renaturiert werden. Den Gebirgsbächen wollen wir mehr
1527 Raum geben. Wasserkraftausbau muss im Einklang mit Naturschutz stehen,
1528 indem Mindestmengen an Wasser im ursprünglichen Flussverlauf und
1529 funktionstüchtige Fischtreppen gewährleistet werden. Naturnahe
1530 Ufergehölze sind als stabilisierende Elemente zu erhalten.
1531 Auch wenn sich die Qualität der Gewässer in Sachsen in den letzten
1532 zwei Jahrzehnten erheblich verbessert hat, führen Abwässer immer noch
1533 zu erheblichen Schäden. In den Gebirgsbächen beeinträchtigt die
1534 Versauerung viele Organismen erheblich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
1535 die EU-Wasserrahmenrichtlinie durch konsequent umsetzen. Durch ein
1536 landesweites Renaturierungsprogramm wollen wir die chemischen
1537 Belastungsquellen reduzieren und eine gute Gewässerqualität in Sachsen
1538 erreichen.

1539 **Für einen effizienten und ökologischen Hochwasserschutz**
1540 Die vergangenen Jahre zeigten eine klimabedingte Häufung von
1541 Extremwetterereignissen, insbesondere von regionalen Starkregenfällen

1542 und Hochwasser. Mauern und Dämme immer nur höher zu bauen, hilft nicht
1543 weiter. Zu schnell abfließende Niederschläge tragen zu gefährlich
1544 hohen Wasserständen flussabwärts bei. Wir wollen eine Neuausrichtung
1545 hin zu Hochwasserschutz auf der gesamten Fläche und einer Anpassung
1546 der menschlichen Nutzung von Bach- und Flussauen. Um
1547 Hochwassergefahren wirksam zu verringern, muss den Flüssen mehr Raum
1548 gegeben werden. Die Obere bzw. Mittlere Elbe hat bis heute bereits 76
1549 Prozent ihrer Überschwemmungsflächen verloren. Mit gravierenden
1550 Folgen: Die Fließgeschwindigkeit erhöht sich, die Hochwasserscheitel
1551 fallen höher aus und treten eher ein.
1552 Trotzdem hat Sachsen aus der Hochwasserkatastrophe des Jahres 2002 die
1553 falschen Lehren gezogen. Das hat uns das Hochwasser im Sommer 2013
1554 dramatisch vor Augen geführt. Im Gegensatz zu 2002 waren nach den
1555 starken Niederschlägen die fehlende Speicherfähigkeit der Böden und
1556 die vielen verrohrten und denaturierten Kleingewässer mit eine Ursache
1557 dafür, dass dieses Sommerhochwasser erneut eine Katastrophe auslöste.
1558 In Sachsen findet derzeit weder Retentionsraumausgleich statt, noch
1559 werden ausreichend neue Rückhalteflächen geschaffen. Umgesetzt werden
1560 vorrangig technische Maßnahmen wie der Deich- und Mauerbau.
1561 Schwerpunkt aller künftigen Maßnahmen muss der ökologische
1562 Hochwasserschutz werden, alle Maßnahmen des technischen
1563 Hochwasserschutzes sind mit dem ökologischem Gesamtgefüge abzustimmen.
1564 Die Wiederherstellung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens des
1565 Bodens ist auf den Eigentumsflächen des Freistaates und durch
1566 Flächentausch zu beschleunigen. Im Sächsischen Wassergesetz wollen wir
1567 Vorkaufsrechte für Freistaat und Kommunen zum Schaffen von
1568 Überschwemmungsflächen und zur Umsetzung von Deichrückverlegungen
1569 wieder einführen. In hochwassergefährdeten Gebieten soll das Baurecht
1570 geändert werden, um neue Wohn- und Gewerbegebiete dort grundsätzlich
1571 auszuschließen.
1572 Der Freistaat muss Maßnahmen zur dezentralen ortsnahe Versickerung
1573 und Regenwasserrückhaltung auf den Grundstücken fördern. Städtische
1574 Auen sind als naturbelassene Erholungsgebiete, als Frischluftschneisen
1575 und als Überschwemmungsflächen zu nutzen. Kommunen und Privatpersonen
1576 müssen bei der Verlagerung von Wohn- und Gewerbenutzung aus mehrfach
1577 überfluteten Bereichen und beim Rückbau von Infrastruktur in besonders
1578 gefährdeten Gebieten unterstützt werden.

1579 **„Braune Spree“: Belastungen durch Bergbaufolgen begegnen**

1580 Der Braunkohlebergbau soll schnellstmöglich Wasserentnahmegeld
1581 entrichten, seine Dauerbefreiung davon ist abzuschaffen. Die daraus
1582 resultierenden Einnahmen in Höhe von jährlich ca. 1,6 Millionen Euro
1583 sollen für die Verbesserung der durch den Braunkohlebergbau
1584 geschädigten Gewässer verwendet werden. Bergbaubetreiber wollen wir
1585 verpflichten, auskömmliche Rücklagen für die Behebung von
1586 Umweltschäden zu bilden. Grund- und Oberflächenwasser aus Tagebauen
1587 sollen nur in gereinigtem Zustand in die Vorfluter eingeleitet werden.
1588 Wir fordern die sofortige Planung, Finanzierung und Errichtung von

1589 Reinigungsanlagen für die Spreezuflüsse und schnellstmögliche
1590 Maßnahmen zur deutlichen Verringerung von Eisenockereinträgen aus
1591 stillgelegten Tagebauen sowie Sulfateinträgen aus den in Betrieb
1592 befindlichen Tagebauen. Die Maßgaben nach dem Bundesberggesetz für den
1593 Betrieb und die Sanierung von Tagebauen müssen eingehalten, die
1594 bestehenden Betriebspläne überprüft, möglicherweise geändert und
1595 ergänzt werden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Teilhabe für alle: Sozialpolitik in Vielfalt

1600 **Antragstext**

1601 Zentrales Ziel GRÜNER Politik ist es, das Recht auf Selbstbestimmung
1602 und Teilhabe jedes Menschen mit und ohne Behinderungen zu ermöglichen
1603 und zu stärken. Unsere Sozial- und unsere Innenpolitik gehen von
1604 demselben freiheitlichen Grundverständnis aus. Deshalb denken wir die
1605 soziale und die „innere“ Sicherheit, wie auch die Verwirklichung
1606 individueller Rechte in der Sozial- und in der Innenpolitik zusammen.

1607 **Sozialpolitik in Vielfalt**

1608 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine gerechte und gleichberechtigte
1609 Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur, gesundheitlicher Versorgung,
1610 Einkommen, Mobilität und soziokulturellem Leben in der Gesellschaft.
1611 Damit eine Gesellschaft in Vielfalt möglich ist, müssen die
1612 Infrastruktur und die Rahmenbedingungen für jeden Menschen
1613 bereitgestellt werden. Sozialpolitik muss insgesamt neu gedacht und
1614 ausgerichtet werden. Prävention setzt auf den Erhalt und Ausbau von
1615 Fähigkeiten.

1616 **Soziale Leistungen nachhaltig gestalten und Sozialräume stärken**

1617 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine nachhaltig effiziente und
1618 transparente Sozialpolitik. Das Ziel GRÜNER Sozialpolitik ist ein
1619 inklusives Gemeinwesen. Inklusion bedeutet, dass allen Menschen
1620 unabhängig von ihrem jeweiligen sozialen Status, der Herkunft, einer
1621 Behinderung oder des Alters die volle und gleichberechtigte Teilhabe
1622 ermöglicht wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir eine
1623 sozialräumliche Planung ermöglichen, die stärker von den Kommunen

1624 selbst gestaltet wird. Soziale Hilfen finden im Moment parallel
1625 zueinander statt und sind nur wenig aufeinander abgestimmt. Besser
1626 wären Hilfen aus einer Hand. Diese Planung muss an den lokalen
1627 Bedingungen ausgerichtet werden. Sämtliche Richtlinien des Landes
1628 müssen daraufhin überprüft werden, ob sie der Zielstellung einer
1629 inklusiven Gesellschaft entgegenstehen oder nicht.

1630 **Inklusives Gemeinwesen voranbringen**

1631 Wir wollen als wesentliches Element der sozialräumlichen Planung
1632 lokale Gemeinwezentren einrichten. Dafür können die bereits
1633 vorhandenen Strukturen von gut erreichbaren Stadtteilzentren,
1634 Gesundheitszentren, Familienzentren, Kitas, Mehrgenerationenhäusern
1635 oder Einrichtungen der Behinderten - und Jugendhilfe erhalten und
1636 weiterentwickelt werden. So kann gerade für den ländlichen Raum ein
1637 leichter, barrierefreier Zugang zu Hilfsangeboten sowie die Einbindung
1638 in lokale Netzwerke ermöglicht werden.
1639 Ein inklusives Gemeinwesen bedarf eines gleichberechtigten Lebens im
1640 Quartier, eigenverantwortlichen Handelns und gesellschaftlicher
1641 Solidarität und bietet im Gegenzug Angebote für Grundbedürfnisse wie
1642 gute Ausbildungsmöglichkeiten, Zugang zu existenzsichernder Arbeit,
1643 öffentliche Daseinsvorsorge und ausreichende materielle Ressourcen
1644 sowie soziale und räumliche Mobilität. Der Freistaat Sachsen steht in
1645 der Pflicht, den Fachaustausch und die Entwicklung von
1646 Qualitätsstandards für die Arbeit der Gemeinwezentren fachlich zu
1647 begleiten und zu gestalten. Dazu muss eine hauptamtliche Koordination
1648 eingerichtet werden. Diese Förderung ist Gemeinschaftsaufgabe von
1649 Kommunen und Land.

1650 **Ehrenamt aufwerten**

1651 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Aufwertung des Ehrenamtes durch eine
1652 unkomplizierte und ausreichende Aufwandsentschädigung in Kombination
1653 mit hochwertigen und kostenlosen Bildungsangeboten. Immer mehr
1654 Menschen sind heute auf der Suche nach einer eigenständigen und
1655 gesellschaftlich anerkannten Rolle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
1656 Möglichkeiten einer wirkungsvollen Mitsprache und Mitwirkung schaffen
1657 - sowohl zur Gestaltung der eigenen Lebensphase als auch bei
1658 Aufgabenstellungen gegenüber anderen Generationen. Gerade
1659 ehrenamtliche Strukturen für ältere Menschen müssen gestärkt werden.

1660 **Freiwillige Feuerwehr stärken**

1661 Wir treten für genügend Unterstützung der freiwilligen Feuerwehren
1662 durch den Freistaat Sachsen ein und fordern, dass perspektivisch zur
1663 Ergänzung der freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum
1664 Unterstützungsmöglichkeiten durch Technik bzw. Personal geschaffen
1665 werden. Das muss in enger Abstimmung mit Rettungsdiensten und
1666 Katastrophenschutz geschehen.

1667 **Einmischung erwünscht!**

1668 Ein gutes Zusammenleben in der vom demografischen Wandel bestimmten
1669 Gesellschaft kann nur gelingen, wenn sich Bürger über ihre
1670 persönlichen Interessen hinaus für das Gemeinwohl engagieren. Land und
1671 Kommunen sollen die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit
1672 öffentlichen Vorhaben verbessern, indem sie die Betroffenen
1673 rechtzeitig zu echter Mitwirkung in Entscheidungsprozesse einladen, z.
1674 B. mit BürgerInnenkonferenzen. Beim bürgerschaftlichen Engagement sind
1675 die Grenzen zwischen Selbsthilfegruppen, Bürgerinitiativen, Ehrenamts-
1676 , Freiwilligen- und Bürgerarbeit fließend. Die Einrichtung bzw. die
1677 Stärkung von Freiwilligenzentren in Städten und Gemeinden soll das
1678 besser ermöglichen.

1679 **Eigene Rechte für Kinder und Jugendliche!**

1680 Kinder haben eigene Rechte, diese sind in der UN-
1681 Kinderrechtskonvention festgehalten, die auch von der Bundesrepublik
1682 Deutschland unterschrieben worden ist: Rechte auf Schutz, auf
1683 Förderung ihrer Entwicklung sowie auf Beteiligung. BÜNDNIS 90/DIE
1684 GRÜNEN wollen die Kinderrechte auch in die sächsische Verfassung
1685 aufnehmen. Junge Menschen können damit in ihrer Stellung gestärkt und
1686 als TrägerInnen von Rechten und Rechtsansprüchen wahrgenommen werden.
1687 Was für deutsche Minderjährige gilt, muss auch für nichtdeutsche
1688 Unter-18-Jährige gelten. Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligung
1689 durch Kinder- und Jugendparlamente oder Kinderbüros auf kommunaler
1690 Ebene stärken.

1691 **Kinder stärken**

1692 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz. Der
1693 wirksamste Schutz ist Selbstvertrauen und die Gewissheit, Hilfe zu
1694 bekommen, wann immer sie benötigt wird. Dafür bedarf es in Stadt und
1695 Land einer Infrastruktur, die für alle Kinder und Jugendlichen offen
1696 und erreichbar ist - also des Zugangs zu Krippe, Kita und Hort genauso
1697 wie der Erreichbarkeit von offenen Jugendhäusern, Kultureinrichtungen
1698 und Sportstätten.

1699 **Beteiligung und Beschwerde als Grundrecht**

1700 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung und Beschwerde
1701 bei allen Entscheidungen, die ihr Leben unmittelbar berühren. Die
1702 eigenen Interessen wahrzunehmen und zu äußern, muss genauso gelernt
1703 werden wie die Auseinandersetzung mit den Interessen Anderer. In einer
1704 lebendigen Demokratie brauchen wir Kinder und Jugendliche, die
1705 Vertrauen in sich und ihre Einflussmöglichkeiten haben, Konflikten
1706 nicht aus dem Weg gehen und in der Lage sind, Lösungen zu finden.
1707 Dieser Prozess muss begleitet werden. Kommunen, Landkreise und
1708 öffentliche und freie Träger sollen dazu auf eine landesweite
1709 Servicestelle, Kinder und Jugendliche auf Ansprechpartner vor Ort
1710 zurückgreifen können. Ziel ist es, die Interessen von Kindern und

1711 Jugendlichen umfassend bei allen öffentlichen Maßnahmen zu
1712 berücksichtigen. Um dies verbindlich durchsetzen zu können, sind
1713 Änderungen der Verfassung, der Gemeinde- und Landkreisordnung sowie
1714 der gesetzlichen Grundlagen für Kindertagesstätten und Schulen
1715 notwendig.

1716 **Eltern stärken, Kinder schützen**

1717 Die Kompetenzen von Eltern zu stärken, ist der beste Weg um Kinder
1718 wirksam vor Vernachlässigung und Missbrauch zu schützen. Um Eltern die
1719 Fähigkeiten zu vermitteln, die es ihnen ermöglichen, den Alltag mit
1720 Kindern und Krisensituationen zu bewältigen, setzen sich BÜNDNIS
1721 90/DIE GRÜNEN in Sachsen für ein sicher finanziertes, wohnortnahes
1722 Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten öffentlicher und
1723 freier Träger und für regionale Netzwerke für Frühe Hilfen und
1724 Kinderschutz ein, die allen Eltern offen stehen. Die fachliche
1725 Begleitung dieser Prozesse und das Sensibilisieren für schwierige
1726 Aspekte dabei, wie die Sicherung des Datenschutzes, ist durch die
1727 oberste Landesjugendbehörde sicherzustellen.

1728 **Verlässliche Angebote für alle Kinder und Jugendlichen in Sachsen**

1729 Sehr verheerend waren 2010 die vielen drastischen Kürzungen im Bereich
1730 der Jugendhilfe um rund ein Drittel. Zukunftsweisende Arbeit mit und
1731 für junge Menschen braucht Investitionen in gut ausgebildetes
1732 Personal. Fachkräfte und Ehrenamtliche, die sich für das Wohl und die
1733 Entwicklung der jungen Menschen in Sachsen einsetzen, müssen gute
1734 Arbeitsbedingungen vorfinden. Dazu zählen auskömmliche, tarifgebundene
1735 Löhne und langfristige Perspektiven. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
1736 setzen sich dafür ein, dass die Professionalität in der Arbeit mit
1737 Kindern und Jugendlichen nicht kurzfristigen Einsparungen geopfert
1738 wird. Eine verlässliche Jugendhilfeplanung auf kommunaler, Landkreis-
1739 und Landesebene ist dafür die Voraussetzung. Bedürfnisse von Familien,
1740 Kindern und Jugendlichen zu erfassen und diese in Leistungen zu
1741 übersetzen, ist eine gesetzliche Aufgabe, die momentan je nach Region
1742 unzureichend gehandhabt wird. Es bedarf einer landesweiten Steuerung
1743 und der Formulierung von Mindeststandards.

1744 Auf der Ebene von Bundesgesetzen wird Kindern und Jugendlichen ein
1745 Anspruch auf Erholung zugebilligt. Dieses sinnvolle Element der
1746 Jugendarbeit muss in Sachsen weiterhin so gefördert werden, dass
1747 Erholungsmaßnahmen bzw. Ferienlager allen Kindern und Familien
1748 offenstehen.

1749 Auf der Ebene von Bundesgesetzen wird Kindern und Jugendlichen ein
1750 Anspruch auf Erholung zugebilligt. Dieses sinnvolle Element der
1751 Jugendarbeit muss in Sachsen weiterhin so gefördert werden, dass
1752 Erholungsmaßnahmen bzw. Ferienlager allen Kindern und Familien
1753 offenstehen.

1754 **Die Welt zu Besuch, die Welt besuchen**

1755 Die Begegnungen von Kindern und Jugendlichen mit Gleichaltrigen aus
1756 aller Welt sind in den letzten Jahren massiv zurückgegangen. Das liegt
1757 sicher nicht an mangelnder Lust junger Menschen, die Welt zu
1758 entdecken. Die Staatsregierung unterstützt diese Maßnahmen nur, wenn
1759 EU oder Bund es nicht tun. Diesen Nachweis müssen Initiativen und
1760 Vereine bringen, bevor sie Landesgeld erhalten können. Dies ist ein
1761 unverhältnismäßiger Aufwand. Deshalb fordern wir einen Neuanfang bei
1762 der internationalen Jugendarbeit in Sachsen. Der Jugendaustausch mit
1763 anderen Ländern und Kulturen hilft fremdenfeindlichen Gedanken
1764 entgegenzutreten. Sachsen bietet mit seiner geografischen Lage beste
1765 Möglichkeiten für grenzübergreifende Kontakte.

1766 **Politik für alle Generationen**

1767 Wir stehen für eine Generationenpolitik, die die Bedürfnisse von
1768 Kindern, Jugendlichen und Familien ebenso einbezieht wie die der
1769 älteren Menschen sowie der Menschen mit Behinderungen. Leitbild von
1770 BÜNDNIS 90/DEN GRÜNEN ist die soziale und generationengerechte Stadt
1771 und Gemeinde. Deshalb sind wir für die Fortführung und
1772 Weiterentwicklung des Programms „Soziale Stadt“, um bezahlbaren
1773 Wohnraum und eine gezielte Wohnraumförderung für einkommensschwache
1774 Familien zu gewährleisten und benachteiligte Stadtteile zu attraktiven
1775 Lebensorten zu entwickeln. Bei der Gestaltung der durch den Rückbau
1776 von Wohnraum entstandenen Flächen sollen die BewohnerInnen mit
1777 einbezogen werden.

1778 **Familien sind stark**

1779 Familienpolitik kann Familien stärken, wenn sie lebenslaufbegleitende
1780 Beratungsstrukturen vorhält, die Eltern bei Bedarf nutzen können. Dies
1781 fängt mit der Schwangerschaftskonfliktberatung und den
1782 Familienhebammen an und reicht über Elternschulen,
1783 Erziehungskompetenztraining, Familienbildung und -erholung bis zur
1784 Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung. BÜNDNIS 90/DIE
1785 GRÜNEN setzen sich für entsprechende Beratungsstrukturen und Netzwerke
1786 ein. Außerdem engagieren wir uns für die Weiterentwicklung von
1787 Kindertagesstätten zu Familienzentren mit umfassenden
1788 Unterstützungsangeboten für Familien.
1789 Familienpolitik darf sich nicht darauf beschränken, das
1790 Betreuungssystem an die veränderten Anforderungen von Beruf und
1791 Familie anzupassen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Verbesserung
1792 der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Elternteile und
1793 Familienkonstellationen, z. B. durch bedarfsgerechte Kita-Plätze,
1794 familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Erhöhung des Anreizes für
1795 Teilzeitarbeit für Väter im öffentlichen Dienst und in der
1796 Privatwirtschaft, ; durch gezielte Beratung beim Wiedereinstieg und
1797 durch flankierende Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.
1798 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich für eine breite Akzeptanz von
1799 vielfältigen Familienformen: Ob traditionelle Klein- oder

1800 Großfamilien, Ein-Eltern-Familien, Patchworkfamilien oder
1801 Regenbogenfamilien. Kinder und ihre sozialen Eltern, also ihre nicht
1802 leiblichen Eltern, wollen wir rechtlich stärken.

1803 **Selbstbestimmung und Barrierefreiheit in Sachsen umsetzen**

1804 Menschen mit Behinderungen stoßen in Sachsen immer noch auf zu viele
1805 Barrieren. Wir wollen eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft,
1806 die ihre Mitglieder so akzeptiert, wie sie sind, und die finanziellen
1807 und politischen Rahmenbedingungen schafft, die allen ein
1808 selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und gleichberechtigtes Zusammenleben
1809 ermöglichen - ganz gleich, ob beim Wohnen, bei der Arbeit, in der
1810 Bildung, im Bereich der Gesundheit oder in anderen Lebensbereichen.
1811 Dieses Ziel soll in jeder kommunalen Planung, Stadtgestaltung und beim
1812 Bauen sowie bei Dienstleistungen wie Behördenauskünften und
1813 Informationen des Freistaates berücksichtigt werden. Wir wollen
1814 Menschen mit Behinderungen stärker in diese Prozesse einbinden. Denn
1815 sie wissen genau, was sie zur Teilhabe brauchen und wie
1816 Barrierefreiheit ausgestaltet werden soll. Dazu gehören das Erstellen
1817 und Bereithalten von Informationsmaterialien und Behördenunterlagen in
1818 Brailleschrift und Leichter Sprache genauso wie die barrierefreie
1819 Teilhabe bei Wahlen und Bürgerentscheiden. Gerade in den Kommunen sind
1820 hierfür - mit der geeigneten Förderung durch den Freistaat -
1821 entsprechende organisatorische und bauliche Veränderungen vorzunehmen.
1822 Wir setzen uns dafür ein, dass politische Interessenvertretungen und -
1823 verbände behinderter Menschen finanziell gestärkt werden.

1824 **Gute Pflege gewährleisten**

1825 Die Pflege von alten Menschen, Kranken und Menschen mit Behinderungen
1826 stellt eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen der
1827 kommenden Jahre dar. Es bedarf struktureller Änderungen in diesem
1828 Bereich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich insbesondere für
1829 die Verbesserung der lokal organisierten häuslichen Versorgung ein.
1830 Pflegenden Angehörige brauchen mehr Unterstützung. Wir setzen uns
1831 deshalb für eine Pflegebegleitung ein.
1832 Das Pflegesystem ist dramatisch unterfinanziert. Durch Kürzungen und
1833 Streichungen, mangelhafte Unterstützung bei der Aus-, Fort- und
1834 Weiterbildung sowie ein ausuferndes Kontrollsystem, das Pflegekräfte
1835 mit unnötigen Verwaltungstätigkeiten belastet, wird eine qualitativ
1836 hochwertige und verlässliche Pflege geradezu verhindert. Wir wollen
1837 diesen unhaltbaren Zustand beenden. Auf Bundesebene treten wir für eine
1838 gesicherte Finanzierung der Pflege durch eine Bürgerversicherung ein.
1839 Auf der Landesebene setzen wir uns für eine Koordinierungsstelle ein,
1840 die es Pflegebedürftigen und Angehörigen ermöglicht, die für ihre
1841 konkrete Situation am besten geeignete Angebote zu finden und zu
1842 nutzen.
1843 Durch die Bildung von Pflegekammern sollen die Selbstständigkeit und
1844 die Mitbestimmung des Berufsstandes sichergestellt werden. So wollen

1845 wir die berufsfachliche Kontrolle und Selbstverwaltung anstelle
1846 fachfremder Überwachung der Mittelverwendung ermöglichen. Auch die
1847 Aus-, Fort- und Weiterbildung muss innerhalb des Berufsstandes
1848 stattfinden und darf nicht in der Zuständigkeit externer Behörden
1849 verbleiben. Die Pflegekammern sollen mit anderen beruflichen
1850 Organisationen zusammenarbeiten und gemeinsam als Stimme des Faches in
1851 der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, um deren Anliegen zu
1852 kommunizieren. Wir wollen auf Landesebene die Bildung einer
1853 Sächsischen Pflegekammer erreichen.
1854 Dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung auch im Bereich der Altenpflege
1855 dringend reformiert werden muss, zeigt sich allein anhand des
1856 eklatanten Mangels an Fachkräften und HelferInnen. Der Ausbau von
1857 akademischen und nicht-akademischen Ausbildungsmöglichkeiten für
1858 Pflegefach- und -hilfskräfte muss durch eine Finanzierung der Pflege,
1859 die eine erforderliche tarifliche Bezahlung ermöglicht, begleitet
1860 werden. Eine einheitliche Finanzierung der Ausbildung, die sich nicht
1861 an der Leistungsfähigkeit der ausbildenden Betriebe orientiert,
1862 sondern die gleiche Ausbildungsqualität aller garantiert, muss
1863 sichergestellt werden. Inhaltlich sollten die Aspekte der Kultur- und
1864 Geschlechtersensibilität stärker berücksichtigt werden. Darüber hinaus
1865 setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, verstärkt Menschen mit
1866 Migrationserfahrung für Pflegeberufe zu gewinnen.
1867 Durch die Förderung von sozialräumlichen Strukturen soll auch die
1868 Begleitung von alten, kranken und behinderten Menschen ganz wesentlich
1869 verbessert werden. In Sozialraumzentren mit angeschlossenen
1870 Pflegestützpunkten soll die kulturelle, sportliche und geistige
1871 Beschäftigung von Menschen in der Gemeinschaft
1872 generationenübergreifend gewährleistet werden. Dort kann
1873 trägerübergreifende Beratung durch verschiedene Unterstützungsangebote
1874 ergänzt werden.
1875 „Gießkannenpolitik“ wird im Sozialraum nicht stattfinden. Eine für die
1876 BürgerInnen nachvollziehbare Verantwortlichkeit für die Versorgung,
1877 die Zusammenarbeit von Pflege- und Reha-Einrichtungen sowie geeignete
1878 Beratungs- und Fallmanagement-Strukturen müssen etabliert werden.
1879 Bereits bestehende funktionierende Strukturen dürfen nicht einfach
1880 durch realitätsferne allgemeingültige Strukturreformen aufgehoben
1881 werden.

1882 **Hospizarbeit unterstützen**

1883 BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN in Sachsen wollen eine höhere anteilige
1884 Förderung durch das Land für die ambulanten Hospizdienste. Darüber
1885 hinaus wollen wir ein neues Konzept zur Hospiz- und Palliativarbeit im
1886 Freistaat Sachsen. Darin sollen die aktuelle und künftige
1887 Ausgestaltung der Bildungsarbeit in der Palliativ- und Hospizarbeit
1888 und Strategien zur besseren Vernetzung und Gewinnung ehrenamtlicher
1889 MitarbeiterInnen entwickelt werden.

1890 **Suchtkrankenhilfe und Prävention stärken**

1891 Im Bereich der ambulanten Suchtkrankenhilfe wird ständig gekürzt. Ein
1892 Fachkraftschlüssel, der Fachempfehlungen entspricht, ist immer noch
1893 nicht erreicht. Diese Einsparungen bei der Suchtprävention ziehen
1894 erhebliche Folgekosten für das Gesundheitssystem nach sich. Nicht
1895 zuletzt die ansteigenden Zahlen von Delikten im Zusammenhang mit
1896 Betäubungsmittelmissbrauch unterstreichen die dringende Notwendigkeit
1897 eines Landessuchthilfeplanes. Seit 2009 steigt die Zahl der Crystal-
1898 KonsumentInnen als Hilfesuchende in den Suchtberatungsstellen in
1899 Sachsen drastisch an. Betroffen sind über die Hälfte aller
1900 Suchtberatungsstellen in Sachsen. Das sächsische Suchthilfesystem ist
1901 damit überlastet. Zudem werden die bestehenden Hilfsangebote den
1902 Bedürfnissen der Crystal-KonsumentInnen nicht gerecht, da diese
1903 schwerer in der Suchtberatung zu erreichen sind als andere
1904 Abhängigkeitskranke. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die
1905 Suchtprävention stärken und eine Suchtberatungsstruktur in Sachsen
1906 aufbauen, die mithilfe eines Landessuchthilfeplans kontinuierlich
1907 gesteuert wird.

1908 **Rettungsdienste in Sachsen stärken - Ökonomisierung der Notfallmedizin**
1909 **verhindern**

1910 Die ungenügende Verzahnung ambulanter mit stationärer medizinischer
1911 Versorgung führt gerade in Sachsen mit einer im Schnitt besonders
1912 alten Bevölkerung zu Versorgungsproblemen und unnötigen Belastungen
1913 der Rettungsdienste. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine
1914 kontinuierliche Evaluation der Versorgungs- und Einsatzsituation der
1915 Feuerwehr, des Katastrophenschutzes sowie der Rettungsdienste.
1916 Wir sprechen uns für eine gemeinsame Einsatzsteuerung von
1917 Rettungsdienst und kassenärztlichem Bereitschaftsdienst in einer
1918 Leitstelle aus, um die bestmögliche Versorgung der PatientInnen unter
1919 Vermeidung unnötiger Rettungseinsätze zu erhalten.
1920 Die Versorgung mit Krankentransporten und Rettungsdienst soll mit
1921 klaren Qualitäts- und Fachkräftestandard landesweit so geregelt
1922 werden, dass Niveauunterschiede in einzelnen Regionen ausgeschlossen
1923 werden. Ebenfalls ausgeschlossen werden sollen Lohndumping und solche
1924 Arbeitsverhältnisse, die perspektivisch zu einem Abwandern der hier in
1925 Sachsen ausgebildeten und dringend benötigten Fachkräfte führen.
1926 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Sachsen lehnen die durch CDU und FDP betriebene
1927 Ökonomisierung der Medizin - und damit auch der präklinischen
1928 Notfallversorgung konsequent ab. Mit Notfällen darf kein Profit
1929 erwirtschaftet werden. Notfallversorgung eine die Kernaufgabe
1930 öffentlicher Daseinsfürsorge. Wir setzen uns darum für eine
1931 Abschaffung der Ausschreibungspflicht ab. Das bewährte System der
1932 öffentlichen Konzessionierung von örtlich aktiven Hilfsorganisationen
1933 und die damit verbundene Verknüpfung von hauptamtlichen und
1934 ehrenamtlichen Strukturen, muss wiederhergestellt werden.
1935 Für eine Minimierung des weiteren Kostenanstiegs im Rettungswesen gibt
1936 es drei Stellschrauben: die Versorgungsstrukturen, die Finanzierung

1937 und das Anforderungsverhalten der PatientInnen. Die Novelle des
1938 Sächsischen Gesetzes über den Brandschutz, Rettungsdienst und
1939 Katastrophenschutz von 2005 bietet mit der immer noch nicht
1940 verwirklichten integrierten Leitstellenstruktur einen guten
1941 Ansatzpunkt, der endlich umgesetzt werden muss. Die Kassen, die 2004
1942 den Sicherstellungsauftrag für das Rettungswesen übernommen haben,
1943 sollten ein Mitspracherecht bei den Entscheidungen haben.
1944 Nicht besetzte Notarzt-Dienste sind besonders im ländlichen Raum ein
1945 großes Problem, da Rettungsassistenten, und perspektivisch
1946 Notfallsanitäter, im System der prähospitalen Notfallversorgung nur
1947 einige wenige ärztliche Maßnahmen im Rahmen der Notkompetenz
1948 übernehmen dürfen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb im Freistaat
1949 Sachsen ein Konzept wie die notärztliche Versorgung in Stadt und auf
1950 dem Land langfristig sichergestellt werden kann. Die gesetzlich
1951 vorgeschriebene Hilfsfrist von 12 Minuten muss unangetastet bleiben.

1952 **Organisierte Einrichtungen der Ersten Hilfe fördern**

1953 First Responder oder Helfer vor Ort sind ehrenamtliche Teams von
1954 Feuerwehren oder Hilfsorganisationen. Sie werden bei Notfällen
1955 parallel zum Rettungsdienst alarmiert und leisten am Einsatzort
1956 organisiert Erste Hilfe bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes. In
1957 vielen Bundesländern, wie Bayern, Baden-Württemberg oder Hessen,
1958 gehören solche Teams von Feuerwehr oder Hilfsorganisationen seit
1959 Jahrzehnten zum Alltag. Sie leisten damit insbesondere im ländlichen
1960 Raum einen sehr wertvollen Beitrag zur präklinischen
1961 Notfallversorgung. In Sachsen arbeiten derzeit ungefähr zehn dieser
1962 ehrenamtlichen Teams. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern, dass
1963 der Freistaat eine gesetzliche Grundlage für die Arbeit dieser Helfer
1964 vor Ort erarbeitet. Analog zum Bayerisches Rettungsdienstgesetz
1965 (BayRDG) soll der Begriff der „Organisierten Ersten Hilfe“ im
1966 Sächsischen Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzgesetz
1967 fixiert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen den Ausbau
1968 dieses Systems im Freistaat Sachsen fördern und Feuerwehren sowie
1969 Hilfsorganisationen den Aufbau solcher Einheiten erleichtern.

1970 **Hygiene und öffentlichen Gesundheitsdienst fördern**

1971 Mit dem Inkrafttreten des Infektionsschutzgesetzes wurden die
1972 krankenhaushygienischen Anforderungen erhöht und der Geltungsbereich
1973 für infektionshygienische Maßnahmen auf den ambulanten Sektor sowie
1974 Pflegeeinrichtungen ausgeweitet. Dies ist zu begrüßen, doch in Sachsen
1975 gibt es bereits jetzt viel zu wenig Ärzte für Hygiene- und
1976 Umweltmedizin. Aufgrund des Abbaus der Hygieneinstitute an den meisten
1977 Universitäten ist zugleich die Ausbildung der MedizinstudentInnen auf
1978 dem Gebiet der Krankenhaushygiene nicht optimal. Damit die Sächsische
1979 Landesärztekammer ausreichend KrankenhaushygienikerInnen qualifizieren
1980 kann, müssen seitens des Freistaates auch die Rahmenbedingungen, wie
1981 Hygieneinstitute für die Ausbildung sowie die Ermächtigung der

1982 Universitäten zur Weiterbildung, geschaffen werden.
1983 Der öffentliche Gesundheitsdienst muss gestärkt werden. Die Stellen
1984 müssen tariflich attraktiver für Ärztinnen und Ärzte werden, sonst
1985 haben die Kommunen und Landkreise keine Möglichkeit mehr, ihren
1986 Personalbedarf an Ärzten zu decken.

1987 **Korruption im Gesundheitswesen verhindern**

1988 Die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Versicherten in Sachsen büßt
1989 jedes Jahr schätzungsweise eine Viertelmillion Euro aufgrund von
1990 Korruption im Gesundheitswesen ein. Die tatsächliche Höhe des durch
1991 Manipulation und Betrug verursachten Schadens im Gesundheitswesen ist
1992 nicht bekannt. Die Gebührenordnungen, Leistungskataloge und
1993 Zuweisungspauschalen im Gesundheitsbereich sind hochkomplex,
1994 dementsprechend breit ist das mögliche Spektrum von Manipulation und
1995 Betrug. Die einschlägigen Ermittlungsverfahren dauern zu lange. Zur
1996 Bekämpfung von Vermögensstraftaten und Korruption im Gesundheitswesen
1997 fordern wir deshalb die Einrichtung einer speziellen Ermittlungsgruppe
1998 bei einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Sachsen.

1999 **Krankenhausfinanzierung sichern**

2000 Über die Einzelförderung, auf Grundlage der Krankenhausplanung und der
2001 zwischen Land und Kassen abgestimmten Investitionsprogramme, sind in
2002 den letzten 15 Jahren in Sachsen nahezu vollständig sanierte,
2003 leistungsfähige, modern und wirtschaftlich arbeitende
2004 Krankenhausbetriebe entstanden. Weil der größte Teil der Investitionen
2005 in Krankenhäuser als Einzelförderung ausgereicht wurde, blieb die
2006 Pauschalförderung, bei der es letztlich um den Substanzerhalt, die
2007 Wiederbeschaffung und Anpassung an den laufenden Fortschritt ging, in
2008 diesem Zeitraum nahezu konstant bei circa 35 bis 38 Millionen Euro pro
2009 Jahr. Bei den Investitionen im Rahmen der Pauschalförderung handelt es
2010 sich immer weniger um reine Baumaßnahmen. Das bedeutet, dass nach
2011 Abschluss der Einzelförderung die Pauschalförderung absehbar deutlich
2012 aufgestockt werden muss.

2013 **Psychiatrie**

2014 Wir plädieren dafür, das System der ambulanten und stationären
2015 psychiatrischen Versorgung im Freistaat Sachsen hinsichtlich seiner
2016 Vereinbarkeit mit der UN-Behindertenrechtskonvention zu überprüfen und
2017 entsprechend fortzuentwickeln. Wir wollen einen transparenten und
2018 partizipativen Arbeitsprozess organisieren, in dem die Interessen und
2019 Erfahrungen aller an der psychiatrischen Versorgung Beteiligten und
2020 von ihr Betroffenen Berücksichtigung finden. Ambulante
2021 Unterstützungssysteme sind auszubauen, sozialpsychiatrische Dienste
2022 wollen wir stärken. Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten wie
2023 Krisenbegleitungsangebote und Einrichtungen der Krisenintervention
2024 außerhalb des Gesundheitswesens sollen finanziell, personell und
2025 strukturell gefördert und wohnortnah zur Verfügung gestellt werden.

2026 Durch die bevorstehende Einführung des neuen Entgeltsystems für
2027 Psychiatrie und Psychomatik (PEPP) im stationären Bereich droht
2028 weiterer Personalabbau und der Bedarf an ambulanten
2029 Betreuungsangeboten wird steigen. Bereits heute sind die
2030 Versorgungsstrukturen für ambulante und stationäre Einrichtungen für
2031 Menschen mit psychischen Erkrankungen sehr mangelhaft ausgebaut. In
2032 allen Regionen Sachsens bedarf es wohnortnaher und niederschwelliger
2033 Angeboten.
2034 Wir Grünen fordern die Einführung einer Behandlungsvereinbarung für
2035 Menschen mit psychischen Erkrankungen. Betroffene haben so die
2036 Möglichkeit im Zustand voller Einwilligungsfähigkeit ihre
2037 Selbstbestimmtheit zu wahren.
2038 Wir Grünen fordern die Einführung einer Behandlungsvereinbarung für
2039 Menschen mit psychischen Erkrankungen. Betroffene haben so die
2040 Möglichkeit im Zustand voller Einwilligungsfähigkeit ihre
2041 Selbstbestimmtheit zu wahren.

2042 **Selbstbestimmtes und barrierefreies Leben und Wohnen für alle**

2043 Zu einem selbstbestimmten Leben für ältere Menschen und Menschen mit
2044 Behinderungen gehört auch das Recht auf ein Leben in der Gemeinschaft
2045 in den eigenen vier Wänden. Dafür notwendige Hilfemaßnahmen müssen am
2046 individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Für uns gilt die Maxime
2047 „ambulant vor stationär“. Deshalb wollen wir ambulante
2048 Wohngemeinschaften für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen
2049 und Unterstützungs- und Pflegebedarf fördern. Dies setzt ein Angebot
2050 ambulanter und inklusiver Wohnformen, Unterstützung zum eigenständigen
2051 Wohnen und selbstbestimmten Leben und die Förderung von persönlicher
2052 Assistenz voraus, ergänzt durch Beratungs- und Unterstützungsangebote
2053 für Erwachsene, die wegen ihrer Behinderung noch bei ihren Eltern
2054 leben. Menschen mit Behinderungen sind ExpertInnen in ihren eigenen
2055 Angelegenheiten, deswegen unterstützen wir eine Wohn- und
2056 Lebensberatung von behinderten Menschen für behinderte Menschen.
2057 Vor allem im ländlichen Raum wächst die Zahl alleinstehender
2058 Seniorinnen und Senioren. Beim Umbau der Städte und Dörfer wird
2059 altersgerechtes und bezahlbares Wohnen zur immer größeren
2060 Herausforderung. Anpassungen von Wohnungen und die dezentrale
2061 Bereitstellung von Dienstleistungen und Nachbarschaftshilfe
2062 unterstützen ältere Menschen in ihrer bisherigen Wohnumwelt. Unser
2063 Einsatz für attraktive Innenstädte, gut ausgebaute Radwege sowie ein
2064 verbessertes Angebot an Bussen und Bahnen berücksichtigt gerade auch
2065 die Interessen älterer Menschen.

2066 **Sport in Vielfalt**

2067 Die Förderung des Breitensports ist der Schwerpunkt GRÜNER
2068 Landessportpolitik. So gilt es insbesondere, Angebote im ländlichen
2069 Raum sicherzustellen. Auch in die Sportpolitik müssen Generationen-,
2070 Geschlechter- und Kultursensibilität Einzug halten. Zu berücksichtigen

2071 sind auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen: Auch im
2072 Sport bedarf es barrierefreier Angebote. Der Bau und die Gestaltung
2073 von Sportstätten und die Ausrichtung der Sportförderung können der
2074 Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht werden. Die künftige
2075 Landesregierung soll Möglichkeiten finden, auch solche Sportangebote
2076 zu fördern, die nicht innerhalb der klassischen Vereins- und
2077 Verbandsstrukturen, sondern durch freie Gruppen und lokale Initiativen
2078 organisiert werden.

2079 **Fanprojekte nicht alleine lassen**

2080 Wir wollen auch weiterhin die Fußballfan-Arbeit fördern. Eine
2081 einseitige Wahrnehmung von Fans durch die Innenpolitik, aber auch
2082 durch die überregionalen Verbände als Sicherheitsrisiko ist
2083 kontraproduktiv. Wir fordern den Dialog mit Fans statt Bevormundung.
2084 Durch die Arbeit von Fanprojekten wird die Gewaltbereitschaft in den
2085 Stadien reduziert und die Sicherheit gesteigert. So wird
2086 sichergestellt, dass Fußball in Sachsen ein positives Erlebnis für
2087 alle wird. Wir schätzen Fan-Arbeit darüber hinaus als
2088 zivilgesellschaftliches Engagement, das rassistische und andere
2089 menschenfeindliche Einstellungen zurückdrängt und somit einen großen
2090 Dienst an unserer Demokratie darstellt.

2091 **Verbraucherschutz stärken**

2092 Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet durch zahlreiche Skandale
2093 und Offenlegungen von Verbrauchertäuschungen. Wir fordern, dass die
2094 Zugabe von Inhaltsstoffen auf Verpackungen und in
2095 Produktbeschreibungen klar benannt wird. Wir brauchen eine stärkere
2096 Kontrolldichte bei Lebensmitteln und dafür mehr
2097 LebensmittelkontrolleurInnen. Die gentechnische Veränderung von
2098 Pflanzen und Tieren lehnen wir grundsätzlich ab.
2099 Wir wollen gesundes Essen an Kitas und Schulen, ein breites
2100 vegetarisches Angebot und die Steigerung des Anteils regionaler,
2101 saisonal und biologisch produzierter Lebensmittel. Wir fordern
2102 umfassende Transparenz des Essenanbieters über die Zubereitungsformen
2103 und Inhalte der Nahrungsmittel. Nur so wissen Eltern und Kinder was
2104 auf den Tisch kommt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Einrichtung von
2105 Vollküchen mit qualifiziertem Personal in den Einrichtungen und
2106 Kochunterricht für Kinder fördern.
2107 Die VerbraucherInnen wollen wissen, woher Ihre Produkte kommen, wie
2108 lange sie diese verwenden können und was mit den Inhaltsstoffen
2109 passiert, wenn diese entsorgt werden. Dafür bedarf es geeigneter
2110 Beratungsangebote. Notwendig sind aber auch mehr und strengere
2111 Kontrollen und die öffentliche Benennung von Verstößen gegen
2112 Verbraucherinteressen und der verantwortlichen Hersteller und
2113 Anbieter. Dazu bedarf es einer verbesserten Zusammenarbeit des
2114 Freistaates mit dem Bund und einer guten personellen und materiellen
2115 Ausstattung sächsischer Kontrollstellen und Verbraucherzentralen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: **Selbstbestimmtes Leben braucht Freiheit und Sicherheit**

2121 Antragstext

2122 **Für eine bürger- und menschenrechtsorientierte Sicherheitspolitik**

2123 Im Mittelpunkt der Sicherheitspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen
2124 der Schutz und die Sicherung der Bürger- und Menschenrechte. Eine
2125 einseitig auf Repression ausgelegte Sicherheitspolitik lehnen wir ab.
2126 Deshalb wollen wir die bürgerrechtsfeindlichen Maßnahmen der schwarz-
2127 gelben Koalition, wie die Verschärfung des Polizeigesetzes, die
2128 Einschränkung der Versammlungsfreiheit und den ungehemmten Einsatz von
2129 Überwachungstechnologien rückgängig machen. Sicherheit braucht
2130 Freiheit! Das Vertrauen in die Institutionen des Staates kann nur
2131 durch eine transparente und nachvollziehbare Arbeit von Polizei und
2132 Sicherheitsbehörden und der notfalls möglichen gerichtlichen
2133 Überprüfung ihres Handelns gestärkt werden.

2134 **Für eine bürgernahe Polizei**

2135 Für gute und bürgernahe Polizeiarbeit bedarf es weniger teurer
2136 technischer Hilfsmittel, sondern vielmehr kompetenter und gut
2137 geschulter Polizeibediensteter in ausreichender Zahl. Der gegenwärtig
2138 stattfindende Personalabbau bei der Polizei in Sachsen führt zu
2139 weniger Bürgernähe und erhöht den Altersdurchschnitt der Beamten
2140 drastisch. Ein lediglich an der Bevölkerungsentwicklung orientierter
2141 linearer Stellenabbau ist nicht sinnvoll, vielmehr brauchen wir
2142 Einstellungen junger Menschen in den Polizeidienst.
2143 Im Mittelpunkt guter und angemessener Polizeiarbeit steht für uns
2144 zudem eine hochwertige und an die aktuellen Anforderungen angepasste
2145 und gut finanzierte Ausbildung. Um dies zu gewährleisten, muss die

2146 Unabhängigkeit und ausreichende personelle Ausstattung der Hochschule
2147 der Sächsischen Polizei erhalten bleiben und die dort stattfindende
2148 anwendungsbezogene Forschung gestärkt werden. Um eine breite und an
2149 den Grundrechten orientierte Polizeiausbildung zu fördern, wollen wir
2150 die Kooperation bei der Polizeiausbildung mit den Universitäten in
2151 Sachsen stärken und zukünftig Teile der Polizeiausbildung dort
2152 vornehmen lassen. Sehr wichtig für eine fachkundige Ermittlungsarbeit
2153 ist eine stärkere Sensibilisierung der Polizeiangehörigen für
2154 Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
2155 Dies muss bei der Ausbildung besser berücksichtigt werden.
2156 Der tägliche Einsatz von Polizistinnen und Polizisten ist oft mit
2157 großen körperlichen wie auch seelischen Belastungen verbunden. BÜNDNIS
2158 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für mehr medizinische Begleitung von
2159 Polizeibediensteten in schwierigen und stressigen Einsatzlagen ein
2160 sowie für den Ausbau des polizeipsychologischen Dienstes. Eine
2161 Betriebsklimastudie bei der sächsischen Polizei kann dabei
2162 Arbeitszufriedenheit, Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen
2163 zielgerichtet untersuchen, um physische wie psychische Belastungen zu
2164 identifizieren und Verbesserungsvorschläge für die alltägliche Arbeit
2165 der Polizistinnen und Polizisten zu erarbeiten.
2166 Eine gut aufgestellte Polizei spiegelt den Querschnitt der Bevölkerung
2167 wider und ist in ihr fest verankert. Wir brauchen auch in Sachsen
2168 beispielsweise mehr Polizeibedienstete mit Migrationshintergrund, da
2169 diese im Regelfall besser mit dem sozialen Umfeld und den
2170 Lebensumständen von Migrantinnen und Migranten vertraut sind.

2171 **Mehr Bürgernähe durch Transparenz**

2172 Nicht alle Polizistinnen und Polizisten sind davor gefeit, im Einsatz
2173 gegen das Verhältnismäßigkeitsgebot zu verstoßen oder sogar Straftaten
2174 im Dienst zu begehen. Wenn falsch verstandene Staatsräson oder
2175 polizeiinterner Corpsgeist die Aufklärung solcher Vergehen verhindern,
2176 schwindet das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zwangsläufig.
2177 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine deutliche Verbesserung der
2178 Möglichkeiten der Aufklärung von Straftaten und Vergehen im Amt. Zur
2179 Aufklärung von Anzeigen gegen Polizeibedienstete sind unabhängige
2180 Strukturen notwendig, die einerseits den Betroffenen eine realistische
2181 Chance geben, von Polizistinnen und Polizisten begangene Straftaten
2182 aufklären zu lassen, die andererseits aber auch Polizeibedienstete vor
2183 ungerechtfertigten Anzeigen schützen können. Wir setzen uns für die
2184 Einsetzung einer durch den Landtag zu wählenden unabhängigen
2185 Polizeikommission mit weitreichenden Akteneinsichts- und
2186 Befragungsrechten ein, die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und
2187 aus Polizeikreisen nachgeht und etwaige Missstände aus eigenständiger
2188 Initiative untersuchen kann. Darüber hinaus wollen wir die internen
2189 Ermittlungsstrukturen der Polizei ausbauen und eine effiziente Interne
2190 Ermittlung beim Landeskriminalamt etablieren.
2191 Auch die Einführung einer individuellen Kennzeichnungspflicht für
2192 Polizeibedienstete, die explizit auch für geschlossene Einheiten gilt,

2193 soll die Verfolgung dienstlicher Vergehen erleichtern. Die Aufklärung
2194 von Straftaten durch einzelne Polizeibedienstete beugt einem möglichen
2195 Generalverdacht gegen ganze Einsatzgruppen vor. Die Evaluation der
2196 Kennzeichnungspflicht in Berlin zeigt, dass die Befürchtung, dass
2197 diese zu einer „Anzeigenflut“ oder gar zu Bedrohungen gegen
2198 PolizeibeamtInnen führen könnte, unbegründet ist.

2199 **Gegen Gewalt handeln**

2200 PolizeibeamtInnen müssen regelmäßig im angemessenen Umgang mit
2201 Gewaltopfern geschult werden. Um Misshandlungen von Frauen und Mädchen
2202 besser und früher zu erkennen, sind Angehörige der Gesundheitsberufe
2203 entsprechend auszubilden und zu sensibilisieren. Auch das Thema Männer
2204 als Opfer von Gewalt erfordert eine gesellschaftliche Debatte und mehr
2205 Forschung.

2206 Polizistinnen und Polizisten müssen für verschiedene Formen von
2207 Gewalt, die gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit - wie
2208 Fremdenfeindlichkeit, Homo- und Trans*phobie oder
2209 Behindertenfeindlichkeit - entspringt, sensibilisiert und zu einem
2210 vorurteilsfreien Umgang mit den Opfern befähigt werden.

2211 **Effiziente Polizeiarbeit statt Privatisierung der Polizei**

2212 Sachsen braucht eine systematische Untersuchung der gegenwärtigen
2213 Polizeiaufgaben. Damit soll geklärt werden, welche Aufgaben die
2214 Polizei in Sachsen erfüllen muss. Diese Diskussion darf jedoch nicht
2215 dazu führen, dass Kernaufgaben der Polizei an ehrenamtliche,
2216 aufgerüstete Polizeibehörden oder private Dienste delegiert werden.
2217 Bei der personellen Ausstattung der Polizei müssen die Fläche des
2218 Landes und die besonderen Strukturen einiger Landkreise stärker
2219 berücksichtigt werden. Die GRÜNEN in Sachsen setzen sich daher für die
2220 Einführung gesetzlich festgelegter Interventionszeiten auch bei der
2221 Polizei ein, wie sie beim Rettungsdienst längst gegeben sind.
2222 Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren tschechischen und polnischen
2223 Nachbarn bei der Polizei verbessern. Sächsische Polizeibedienstete
2224 sollen Weiterbildungsmöglichkeiten zum Erwerb von
2225 Fremdsprachenkenntnissen und von interkultureller Kompetenz wahrnehmen
2226 können. Kooperationen mit autoritären Regimen lehnen wir ab. Wir
2227 fordern, dass jeder Einsatz sächsischer Polizisten im Ausland durch
2228 den Landtag genehmigt werden muss.

2229 **Bürgerrechte achten und vor Eingriffen schützen**

2230 In den letzten Jahren ist es zu einer stetigen Ausweitung der
2231 verdachtsunabhängigen und nachrichtendienstlichen Maßnahmen und damit
2232 zu einer Zunahme der Eingriffe in die Grundrechte der Bürgerinnen und
2233 Bürger gekommen - auch sächsische Landesbehörden hatten und haben
2234 daran einen erheblichen Anteil. Die massiven Eingriffe in die
2235 Grundrechte bringen kaum einen praktischen Nutzen, legen jedoch die
2236 Axt an die Wurzeln des Rechtsstaates und führen zu einem Gefühl des

2237 überwacht werdens. Insbesondere die polizeiliche Überwachung von
2238 Kommunikation und Computersystemen bedarf enger rechtlicher und
2239 grundrechtskonformer Grenzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
2240 kritisieren die stetige Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und
2241 wollen die Grundrechtseingriffe beschränken. Wir fordern die
2242 Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung im Freistaat hinsichtlich ihrer
2243 Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit analog zur entsprechenden
2244 Evaluation auf Bundesebene. Wir wehren uns gegen weitere Eingriffe in
2245 die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Wir lehnen daher die
2246 erweiterte Bestandsdatenabfrage im Polizeirecht und für den
2247 Verfassungsschutz ab. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von der
2248 Großen Koalition auf Bundesebene geplante Vorratsdatenspeicherung
2249 durch Sachsen im Bundesrat blockiert wird.
2250 Die eingesetzten Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung müssen überprüfbar
2251 und nachvollziehbar sein und dürfen nicht unverhältnismäßig in die
2252 Grundrechte des Einzelnen eingreifen. Wir kritisieren in diesem
2253 Zusammenhang das Verschwimmen der Grenze zwischen Polizeirecht und
2254 Strafprozessrecht in Sachsen und die damit verbundene Verlagerung
2255 schwerer Grundrechtseingriffe in den Bereich der Gefahrenabwehr. Wir
2256 setzen uns für eine Abschaffung der KFZ-Kennzeichenerfassung ein.
2257 Der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegen Grundrechtseingriffe
2258 muss gestärkt werden. Wir wollen deshalb die
2259 Benachrichtigungspflichten nach entsprechenden Maßnahmen ausweiten.
2260 Zukünftig müssen betroffene nach Beendigung einer Maßnahme umgehend
2261 über diese informiert werden. Dieses Recht darf auch nicht durch weite
2262 Ausnahmeregelungen, zum Beispiel zugunsten des Verfassungsschutzes,
2263 ausgehöhlt werden.

2264 Wir verkennen nicht, dass die Kriminalitätsbekämpfung im digitalen
2265 Zeitalter vor neuen Herausforderungen steht. Eine gute Ausbildung und
2266 angemessene Ausrüstung sind
2267 aber zweckmäßiger als übermäßige Eingriffe in die Grundrechte der
2268 Bürgerinnen und Bürger. Nicht alles, was technisch möglich ist, sollte
2269 in der Polizei zum Einsatz kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
2270 setzen sich dafür ein, dass Waffen wie Elektroschockpistolen oder
2271 Pfefferspraygeschosse nicht mehr als Zwangsmittel eingesetzt werden
2272 dürfen.

2273 **Staatliche Datensammelwut beenden ...**

2274 Derzeit sind mehr als 7 Millionen Personendatensätze bei der
2275 sächsischen Polizei im integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO)
2276 gespeichert: Tendenz steigend! Nicht nur die Polizei sondern auch die
2277 Ordnungsämter haben Zugriff auf dieses System, das der
2278 parlamentarischen Kontrolle entzogen ist. Ähnliches gilt auch für alle
2279 andere polizeiliche Datenbanken, wie die Fahndungsdatei PASS oder die
2280 so genannte „Gewalttäterdatei Sport“. Wir setzen uns für die
2281 Einführung gesetzlicher Verfahrensrechte für die von

2282 Datenspeicherungen Betroffenen ein. Sie müssen grundsätzlich über die
2283 Speicherung unterrichtet werden und die Möglichkeit erhalten, diese
2284 rechtlich überprüfen zu lassen. Darüber hinaus bedarf es klarer und
2285 verbindlicher Regelungen hinsichtlich der Gründe für Speicherungen und
2286 der Speicherdauer für Daten.

2287 **...wie auch die Datensammelwut von Unternehmen**

2288 Daten werden aber auch von Unternehmen immer ungehemmter gesammelt.
2289 Dieser Trend kann zurückgedrängt werden: Meldeämter in Sachsen, die
2290 Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung und andere Stellen
2291 des Freistaates müssen durch Landesgesetz dazu verpflichtet werden,
2292 die Einwilligung der Betroffenen einzuholen, wenn Daten von
2293 Bürgerinnen und Bürgern Dritten zur Verfügung gestellt werden sollen.
2294 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Stärkung des Sächsischen
2295 Datenschutzbeauftragten ein, um insbesondere unabhängige und
2296 effiziente Kontrollen gewährleisten zu können.

2297 **Grundrechte im digitalen Zeitalter schützen**

2298 Die Überwachung von Kommunikation im Internet durch
2299 Sicherheitsbehörden und die Verarbeitung personenbezogener Daten -
2300 auch durch große privatwirtschaftliche Unternehmen - hat sich in den
2301 letzten Jahren als eine internationale Herausforderung für den Schutz
2302 der informationellen Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger
2303 erwiesen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch auf Landesebene dafür
2304 sorgen, dass der Datenschutz gewahrt wird. Wir sprechen uns dafür aus,
2305 dass in der sächsische Landesverfassung das Grundrecht auf
2306 informationelle Selbstbestimmung um seine digitale Dimension erweitert
2307 wird und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis um das Recht auf
2308 eine unbeobachtete Kommunikation im Internet erweitert wird.

2309 **Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben**

2310 Wir lehnen den Trend zur zunehmenden Videoüberwachung öffentlicher
2311 Räume ab. Straftaten werden durch Videoüberwachung nicht verhindert,
2312 sondern bestenfalls an andere Orte verdrängt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in
2313 Sachsen lehnen ebenso verdachtsunabhängige Personenkontrollen in
2314 ganzen Stadtteilen ab. Konstruierte abstrakte Gefahrenszenarien dürfen
2315 nicht dazu ausreichen, in die Freiheitsrechte der einzelnen
2316 Bürgerinnen und Bürger einzugreifen. Entsprechend lehnen wir
2317 Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen ab.

2318 **Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen**

2319 Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist eines der wichtigsten
2320 Grundrechte, die uns unsere Verfassung garantiert. Deshalb lehnen wir
2321 das Versammlungsgesetz der schwarz-gelben Regierung, mit dem die
2322 Möglichkeit eines Verbots von Versammlungen an bestimmten Tagen und
2323 Orten geschaffen wurde, weiterhin ab. Dieses Gesetz ist ein
2324 Einfallstor für die willkürliche Einschränkung des Versammlungsrechts

2325 und mit großer Wahrscheinlichkeit verfassungswidrig.
2326 Wir wollen ein Umdenken bei den Polizeieinsätzen bei Versammlungen
2327 erreichen: Jeder Polizeieinsatz bei Versammlungen soll dem Grundsatz
2328 der Deeskalation folgen. Demonstrationen sind keine Störung der
2329 öffentlichen Ordnung, sondern ein Merkmal einer lebendigen Demokratie.
2330 Wir lehnen polizeiliche Einsatztaktiken ab, die auf die Unterbindung
2331 des Versammlungsrechtes gerichtet sind und selbst gegenüber kleinsten
2332 Versammlungen Drohkulissen aufbauen. Die anlasslose Videoüberwachung
2333 wollen wir im Schutzbereich der Versammlungsfreiheit verbieten.
2334 Massive Grundrechtseingriffe wie das massenhafte Abfragen von
2335 Funkzellendaten, großräumige Aufenthaltsverbote und umfangreiche
2336 Personenfeststellungen bei Versammlungen oder in deren Vorfeld lehnen
2337 wir ab. Grundsätzlich müssen Maßnahmen unterbleiben, deren Zweck
2338 darauf gerichtet ist, Menschen von der Teilnahme an einer friedlichen
2339 Versammlung abzuschrecken.
2340 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für die weitestgehende
2341 Streichung der Straftatbestimmungen im Sächsischen Versammlungsgesetz
2342 ein. Straftaten bei Versammlungen sind in der Regel bereits
2343 hinreichend durch das Strafgesetzbuch abgedeckt und sollten auch nach
2344 diesem geahndet werden. Insbesondere friedliche Platzbesetzungen
2345 müssen entkriminalisiert werden und dürfen bestenfalls noch als
2346 Ordnungswidrigkeiten geahndet werden.

2347 **Landesamt für Verfassungsschutz auflösen**

2348 Das Sächsische Landesamt für Verfassungsschutz hat bei der Aufdeckung
2349 extrem rechter und rechtsterroristischer Strukturen in den letzten
2350 Jahren fundamental versagt und seine angebliche Funktion als
2351 Frühwarnsystem keineswegs erfüllt. Die Ursachen dafür reichen von
2352 unqualifiziertem Personal über eine unklare Bestimmung darüber, was
2353 als „verfassungsfeindlich“ zu gelten hat, bis hin zur politisch
2354 motivierten Beeinflussung der Beobachtungspraxis. Auch die fatale
2355 Neigung des Verfassungsschutzes, vorhandenes Wissen als Eigentum der
2356 Behörde zu betrachten und nicht im notwendigen Maße mit anderen
2357 Strafverfolgungsbehörden zu teilen, hat einen wesentlichen Anteil
2358 daran, dass die Mörderbande „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)
2359 fast 14 Jahre lang in Sachsen untertauchen konnte. BÜNDNIS 90/DIE
2360 GRÜNEN in Sachsen halten das Modell eines Geheimdienstes, der nicht
2361 ausschließlich für die Abwehr konkreter Gefahren wie Terrorismus
2362 zuständig ist, sondern auch für die Erfassung abstrakter Bestrebungen
2363 gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung für überholt. Das
2364 Versagen im Fall NSU war nicht der erste große Skandal des Sächsischen
2365 Verfassungsschutzes – diese Behörde hat bewiesen, dass sie nicht
2366 reformierbar ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich deshalb
2367 für die Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz in seiner
2368 gegenwärtigen Struktur ein. Wir sprechen uns für einen Neuanfang in
2369 zwei voneinander unabhängigen Strukturen aus. Eine Forschungsstelle
2370 für Demokratie soll künftig eine wissenschaftliche und fundierte
2371 Auseinandersetzung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen

2372 Tendenzen in Sachsen ermöglichen und die aus der Analyse solcher
2373 Tendenzen gewonnen Erkenntnisse der Öffentlichkeit und den
2374 Ermittlungsbehörden zur Verfügung stellen. Sie muss von der
2375 Staatsregierung unabhängig sein, um einer exekutiven Einflussnahme auf
2376 die Problembenennung antidemokratischer Erscheinungen
2377 entgegenzutreten.
2378 An die Stelle des alten Landesamtes für Verfassungsschutz soll eine
2379 neue Behörde zur Abwehr terroristischer Bedrohungen gesetzt werden.
2380 Deren Aufgabenstellung soll eng auf die Abwehr konkreter Gefährdungen
2381 durch terroristische Bestrebungen und Spionage begrenzt sein. Diese
2382 Behörde muss einer strengen parlamentarischen Kontrolle unterworfen
2383 sein. Deshalb muss der Parlamentarischen Kontrollkommission eine
2384 ausreichende Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden und eine
2385 breite Beteiligung der Landtagsfraktionen sichergestellt werden.
2386 Darüber hinaus muss das Deutungsmonopol des Verfassungsschutzes über
2387 die Frage wer "gut" und wer "böse" ist gebrochen werden.
2388 Wir fordern das Ende des Einsatzes von V-Leuten. Insbesondere in der
2389 rechten Szene haben sich diese nicht als wichtige Quellen, sondern
2390 vielmehr als staatlich finanzierte Geldgeber für Nazistrukturen
2391 erwiesen. Diese Alimentierung demokratiefeindlicher Strukturen aus
2392 Steuermitteln muss ein Ende haben!
2393 Wir wollen unabhängig der Struktur der Verfassungsschutzes die Polizei
2394 gegenüber dem Verfassungsschutz stärken. Vielfach wurden und werden
2395 polizeiliche Ermittlungen bei begangenen Straftaten durch den
2396 Verfassungsschutz, zum Beispiel zu Zwecke des Quellenschutzes,
2397 unterbunden. Wir fordern, dass der Verfassungsschutz die
2398 Strafverfolgung durch die Polizei nicht mehr behindern darf und
2399 entsprechende Straftaten der Polizei zu melden hat. Die Strafverfolgung
2400 muss Vorrang vor den Beobachtungsbestrebungen der Verfassungsschutzes
2401 haben.

2402 **Respekt für die Vielfalt zu lieben**

2403 Mit einem sächsischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt wollen
2404 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorurteilen und Ängsten, aber auch
2405 Diskriminierung und Gewalt gegenüber gleichgeschlechtlich liebenden,
2406 trans* und intergeschlechtlichen Menschen entgegenwirken. Dabei sollen
2407 ausdrücklich auch unterschiedliche Bedürfnisse in Bezug auf
2408 Geschlecht, Alter, Einwanderungshintergrund, Behinderung oder etwa
2409 Religion Beachtung finden. Wir sprechen uns für eine kontinuierliche
2410 Förderung (im Sinne der Planungssicherheit) der Organisationen zur
2411 Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle,
2412 Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI) aus. Bei der
2413 Erarbeitung des Aktionsplans sind die Organisationen aus dem LSBTTI-
2414 Bereich einzubeziehen. Wir wollen ehrenamtliche LSBTTI-Projekte
2415 fördern und ausreichende Beratungsangebote für alle Altersgruppen
2416 ermöglichen. Dies gilt vor allem auch für die ländlichen Räume.
2417 Das Thema Sexualaufklärung muss im Lehrplan modernisiert werden. An
2418 den Schulen soll fächerübergreifend die Vielfalt sexueller

2419 Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten thematisiert werden.
2420 Im Unterricht sollen offen und ehrlich die verschiedenen
2421 Wirklichkeiten von „Familie“ angesprochen und so das Entstehen von
2422 Vorurteilen verhindert werden.
2423 Bei der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen, LehrerInnen,
2424 SozialpädagogInnen und PflegerInnen sind auch die besonderen
2425 Bedürfnisse, die aus unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und
2426 Identitäten erwachsen, zu vermitteln. Wir sprechen uns für die
2427 Unterstützung von Forschungen zu sexueller Vielfalt aus. Aufklärung
2428 setzt voraus, zu wissen, wo Diskriminierung und Ausgrenzung
2429 stattfinden. Deshalb setzen wir uns für eine Förderung der Forschung
2430 zur gegenwärtigen Situation von LSBTTI in Sachsen ein.
2431 Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung von
2432 Lebenspartnerschaften in Sachsen erreichen und die letzten
2433 diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen, Verordnungen und
2434 Verwaltungsvorschriften tilgen. Wir wollen die volle rechtliche
2435 Gleichstellung von Lebenspartnerschaften in Sachsen mit der Ehe
2436 erreichen und die letzten diskriminierenden Praktiken aus Gesetzen,
2437 Verordnungen und Verwaltungsvorschriften tilgen. Die Anpassung soll
2438 dabei rückwirkend bis zur Eonführung der eingetragenen
2439 Lebenspartnerschaft gelten. Wir machen uns dafür stark, dass die
2440 sächsische Landesverfassung Gleichheit vor dem Gesetz und Schutz für
2441 Familie zukünftig unabhängig von der sexuellen Orientierung und der
2442 Geschlechtsidentität garantiert. Wir setzen uns dafür ein,
2443 Regenbogenfamilien und ihre Kinder rechtlich zu stärken und dazu
2444 Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen zu entwickeln, die ihren
2445 Bedürfnissen entsprechen.
2446 So genannte Therapien, in denen Homosexualität angeblich "geheilt"
2447 werden kann, gefährden Menschen. Deshalb lehnen wir diese entschieden
2448 ab. Mit uns wird es keine staatliche Unterstützung dafür geben.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Eine moderne Zuwanderungs- und Integrationspolitik

2454 **Antragstext**

2455 GRÜNE Migrations- und Integrationspolitik steht für den Abbau von
2456 politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung von Menschen mit
2457 Migrationshintergrund. Diese umfassende Aufgabe prägt unser
2458 politisches Handeln. Zuwanderung ist eine Bereicherung. Menschen, die
2459 zu uns kommen – aus welchem Grund auch immer – dürfen nicht aus der
2460 Gesellschaft ausgegrenzt werden. Der Erwerb der deutschen Sprache muss
2461 für alle ermöglicht werden. Integrationspolitik verstehen wir nicht
2462 als Anpassungszwang. Wir fördern die Entfaltung mitgebrachter
2463 Traditionen, Sprachen und Kulturen.

2464 **Gemeinsam Vielfalt gestalten**

2465 Für uns GRÜNE sind Menschenrechte nicht teilbar. Diskriminierung und
2466 Rassismus akzeptieren wir weder im Alltag noch im politischen Raum.
2467 Jeder Mensch – egal welcher Hautfarbe, Herkunft, Religion, welchen
2468 Geschlechtes oder welcher sexuellen Orientierung bzw. Identität – hat
2469 die gleichen Chancen verdient sich und seine Potentiale zu
2470 verwirklichen. Jeder Mensch hat das Recht, am gesellschaftlichen Leben
2471 und der Gestaltung des Gemeinwesens teilzuhaben.
2472 Wir wollen gemeinsam mit VertreterInnen hier lebender Migrantinnen und
2473 Migranten, das unzureichende, stark hierarchisierende und vor allem
2474 Asylsuchende und Geduldete ausgrenzende sächsische Zuwanderungs- und
2475 Integrationskonzept überarbeiten. Wir wollen ein Umdenken in der
2476 Bildungspolitik ebenso erreichen wie Maßnahmen zur spezifischen
2477 Förderung der Sprachkompetenz, mehr Fachpersonal mit
2478 Migrationshintergrund in öffentlichen Einrichtungen, öffentlichem

2479 Dienst, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und des
2480 Gesundheitswesens und die Einführung des kommunalen Wahlrechts für
2481 alle, die dauerhaft hier leben.
2482 Wir GRÜNEN engagieren uns für vereinfachte Einbürgerungsverfahren. Das
2483 bedeutet in Sachsen den Verzicht auf die bisher üblichen zusätzlichen
2484 „Anwendungshinweise“ und sonstigen Verwaltungsvorschriften zum
2485 Staatsangehörigkeitsgesetz, welche die Einbürgerung im Vergleich zu
2486 den Anwendungshinweisen des Bundesministeriums des Innern erschweren.
2487 Wir setzen uns dafür ein, dass AsylbewerberInnen einer Erwerbsarbeit
2488 nachgehen dürfen, unabhängig davon, ob sie Fachkräfte sind oder nicht.
2489 Wir wollen, wo dies inhaltlich sinnvoll ist, bestehende
2490 landesrechtlich geregelte Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
2491 durch das Element der Interkulturellen Kompetenz ergänzen und um den
2492 Aspekt der Sensibilisierung gegenüber jeglicher Form von
2493 Diskriminierung erweitern.

2494 **MigrantInnen sollen mitbestimmen können**

2495 Derzeit gibt es auf allen Ebenen noch viele Barrieren, die einer
2496 gleichberechtigten Teilhabe aller am Gemeinwesen entgegenstehen. Es
2497 bedarf einer Reihe von Maßnahmen, um diese abzubauen. Dafür sind
2498 geeignete Instrumente, z. B. Integrations- und Zuwanderungspläne,
2499 Förderprogramme, aber auch Institutionen auf den entsprechenden Ebenen
2500 zu entwickeln. Sie sollten aber so verstanden werden und angelegt
2501 sein, dass sie sich selbst langfristig überflüssig machen. Dies
2502 betrifft unter anderem Ausländer- und Integrationsbeiräte oder -
2503 beauftragte.
2504 Die Stärkung der Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten
2505 soll staatlich und zivilgesellschaftlich gefördert und anerkannt
2506 werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für eine
2507 Landesförderung politischer Bildungsinitiativen von und für
2508 MigrantInnen unabhängig von deren Aufenthaltsstatus ein. Ebenso wollen
2509 wir die Arbeit integrationspolitisch und interkulturell arbeitender
2510 Vereine und Migrantenselbstorganisationen finanziell unterstützen. In
2511 förderpolitische Entscheidungen wollen wir MigrantInnenvertretungen
2512 einbeziehen.
2513 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Sächsische Gemeindeordnung
2514 und die Sächsische Landkreisordnung dahingehend ändern, dass die
2515 demokratische Beteiligung von MigrantInnen gewährleistet wird.
2516 MigrantInnenbeiräte sollen in Gemeinden ab einer bestimmten
2517 Gemeindegröße bzw. in allen Landkreisen verpflichtend eingerichtet
2518 werden, wobei die MigrantInnenvertreterInnen direkt gewählt werden
2519 sollen. Der Status dieser Beiräte soll an den Status der nach
2520 Bundesrecht gebildeten Jugendhilfeausschüsse angelehnt sein. Sie
2521 sollen ein Selbstbefassungsrecht haben, Beschlüsse fassen können und
2522 grundsätzlich öffentlich tagen. Wir GRÜNEN wollen die Bildung eines
2523 LandesmigrantInnenbeirates auf der Basis von Wahlen als beratendes
2524 Gremium für den Sächsischen Landtag ermöglichen. Zudem soll in allen
2525 Landkreisen und kreisfreien Städten die Stelle der/des Ausländer- und

2526 Integrationsbeauftragten hauptamtlich und unabhängig eingerichtet
2527 werden. Bei der Besetzung der Stelle muss die politische Vertretung
2528 der Migrantinnen und Migranten (oder alternativ Vereine und Verbände)
2529 ein aktives Mitspracherecht haben. Zudem sind diese Stellen mit
2530 ausreichenden Haushaltsmitteln zu versehen.
2531 Wir GRÜNEN setzen uns zudem dafür ein, dass endlich alle
2532 Ausländerinnen und Ausländer, die ihren ständigen Wohnsitz in
2533 Deutschland haben, auch wenn sie nicht Angehörige/r eines EU-Staates
2534 sind, zumindest auf kommunaler Ebene wählbar und wahlberechtigt sind.

2535 **Asyl ist Menschenrecht**

2536 Asyl- und Flüchtlingspolitik muss Flüchtlinge als eigenständige und
2537 selbstverantwortliche Menschen, die ihr Leben selbst gestalten wollen
2538 und das Recht auf eine freie Entfaltung in diesem Land haben,
2539 wahrnehmen und in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie muss
2540 Schutz, Betreuung, Unterstützung und die Rahmenbedingungen für ein
2541 menschenwürdiges Leben schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
2542 fordern die Aufhebung der „Residenzpflicht“, also des Verbots, die
2543 Gemeinde, in der man lebt, zu verlassen.
2544 Wir setzen uns dafür ein, die meist gegen den Willen der Betroffenen
2545 erfolgende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften auf maximal
2546 sechs Monate zu beschränken. Die schnelle dezentrale Unterbringung
2547 soll immer angestrebt werden, wenn es die Lebenssituation der
2548 Asylbewerber zulässt. Den Aufenthalt in den Gemeinschaftsunterkünften
2549 wollen wir humaner gestalten. Dies beinhaltet die Begrenzung auf
2550 maximal fünfzig BewohnerInnen pro Unterkunft, die Schaffung
2551 wohnungsähnlicher Einrichtungen, die Förderung entsprechender sozialer
2552 Betreuung und Begleitung, den Zugang zu Integrations-/Sprachkursen und
2553 eine kostenlosen Rechtsberatung sowie eine am Bedarf orientierte
2554 medizinische Versorgung. Den Kommunen werden wir die dafür nötigen
2555 finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.
2556 Besondere Sensibilität erfordern minderjährige Flüchtlinge. Die UN-
2557 Kinderrechtskonvention gilt auch und gerade für minderjährige
2558 Flüchtlinge. Das heißt, Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern nach
2559 Sachsen kommen, erhalten bereits vor Asylantragstellung einen Vormund.
2560 Wir wollen die nötige Clearing-Einrichtung mit ausreichenden
2561 Kapazitäten schaffen und das Clearingverfahren einheitlich - am
2562 Kindeswohl orientiert - gestalten. Bei der Altersfestsetzung wird
2563 künftig den Angaben der Jugendlichen, ggf. unter Vorlage von
2564 Dokumenten oder Zeugenaussagen, Glauben geschenkt. Methoden wie das
2565 Handwurzelröntgen zur Altersfeststellung gehören abgeschafft.
2566 Abschiebehaft ist generell als Mittel zur Sicherung der Ausreise
2567 abzuschaffen. Die traumatisierenden Auswirkungen auf die betroffene
2568 Person und gegebenenfalls ihre Angehörigen entziehen diesem Mittel
2569 jegliche Rechtfertigung. Grundsätzlich darf es keine Abschiebungen in
2570 Krisenstaaten mehr geben. Wir fordern faire Asylverfahren und den
2571 Ausbau von Programmen für die Neuansiedlung von in ihrer Heimat
2572 dauerhaft gefährdeten Flüchtlingen auch in Sachsen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: GRÜNE Frauenpolitik: gleiche Anerkennung,
gleiche Sicherheit, gleiche Chancen

2574 Antragstext

2575 Die Wirtschaft wird weiblich

2576 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich dafür ein, dass Männer
2577 und Frauen gleich bezahlt werden. Lohneinbußen sind häufig durch
2578 Kindererziehungszeiten bedingt. Deswegen ist eine bessere
2579 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein strategisch wichtiges Ziel.
2580 Unternehmen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen, Arbeitsplatzteilung
2581 Betriebskindergärten und anderen familienfreundlichen, die
2582 Gleichberechtigung voranbringende Maßnahmen sollen besonders gefördert
2583 werden. Frauen und Männer, die nach Auszeiten wieder ins Berufsleben
2584 einsteigen wollen, sollen durch Beratung und Weiterbildung unterstützt
2585 werden. Die Weichen für berufliche Laufbahnen werden durch die Wahl
2586 der Ausbildung oder des Studienfachs gestellt. Mädchen entscheiden
2587 sich häufiger für Dienstleistungsberufe mit geringeren Aufstiegs- und
2588 Karrierechancen, obwohl ihnen mit besseren Schulabschlüssen alle Wege
2589 offen stehen. Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten und in
2590 Schulen haben großen Einfluss auf geschlechtsspezifische Rollenmuster.
2591 Wir wollen Rollenklischees aufbrechen und Jungen und Mädchen das ganze
2592 Spektrum an möglichen Berufen und Wissenschaften
2593 nahebringen. Wir wollen einen Girls- und Boys-Day für alle
2594 Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse, um früh und kontinuierlich
2595 für vielfältige Berufswahlmöglichkeiten zu werben. Die Beratung zur
2596 Profilwahl in den 7. Klassen soll geschlechtersensibel gestaltet
2597 werden. Programme zur Berufswahl in den mathematischen,
2598 naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen für Mädchen
2599 wollen wir stärken. Frauen sind gute Unternehmerinnen, sie scheitern

2600 seltener bei Existenzgründungen als Männer. Trotzdem wagen immer noch
2601 relativ wenige Frauen den Schritt in die Eigenständigkeit. Deshalb ist
2602 mehr Unterstützung bei Existenzgründungen nötig. Wir wollen die
2603 Rahmenbedingungen, Verfahren und Förderinstrumente so gestalten, dass
2604 sie auch für den vor allem von Frauen bevorzugten
2605 Dienstleistungsbereich attraktiv sind. Gleichstellungsmaßnahmen nicht
2606 nur zu fördern, sondern auch öffentlich zu machen hat positive
2607 Auswirkungen auf die Zahl weiblicher Existenzgründungen und trägt dazu
2608 bei, ein aktives GründerInnengeschehen in Sachsen langfristig zu
2609 sichern.

2610 **Frauen nach oben in Wirtschaft und Wissenschaft**

2611 Wir wollen erreichen, dass Frauen und Männer gleiche Aufstiegschancen
2612 haben, indem wir uns z. B. für eine Frauenquote in Führungspositionen
2613 und für mehr Frauen in Aufsichtsratspositionen sächsischer Unternehmen
2614 mit Landesbeteiligung einsetzen. Wir wollen durch flächendeckende
2615 Bildungsberatung mehr Mädchen und Frauen zu Karrieren ermutigen und
2616 dafür auch bessere und bedarfsgerechte Kinderbetreuung ausbauen.
2617 Spezielle Weiterbildungsangebote für Wiedereinsteigerinnen wollen wir
2618 fördern. Den Frauenanteil an wissenschaftlichen Führungspositionen
2619 wollen wir im Rahmen verbindlicher Zielstellungen durch geeignete
2620 Unterstützungs- und Anreizmaßnahmen auf allen Qualifikationsebenen
2621 steigern.

2622 **Die geschlechtergerechte Demokratie in Sachsen verwirklichen**

2623 Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in allen
2624 Lebensbereichen ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Grundanliegen. Konkret
2625 bedeutet dies zumeist, der Benachteiligung von Frauen
2626 entgegenzuwirken. Ein erster Schritt dazu ist die Rücknahme der
2627 Kürzungen, die die schwarz-gelbe Regierung bei Netzwerken und
2628 Beratungsangeboten für Frauen und Mädchen vorgenommen hat. Die
2629 sächsischen GRÜNEN wollen die Infrastruktur für Frauen- und
2630 Mädchenarbeit erhalten und ausbauen.
2631 Wir wollen eine geschlechtergerechte Besetzung der öffentlich-
2632 rechtlichen Landesgremien und der Aufsichts- und Beiräte bei den im
2633 Landesbesitz befindlichen Unternehmen erreichen. Deshalb wollen wir
2634 eine Frauenquote von 40 Prozent verbindlich machen. Das langfristige
2635 Ziel sind 50 Prozent Frauen in Leitungsfunktionen. Im öffentlichen
2636 Dienst muss die Verbesserung der beruflichen Chancen von Frauen aktiv
2637 gefördert werden. Die Bedürfnisse von Frauen sind bei der
2638 Nachwuchsförderung, bei der Planung von Weiterbildungsmaßnahmen und
2639 bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen besonders zu
2640 berücksichtigen.
2641 Wir setzen uns für eine umfassende Verbreitung einer
2642 geschlechtergerechten Sprache ein und wollen entsprechende
2643 verbindliche Standards für den Verwaltungsschriftverkehr und alle
2644 Publikationen und Mitteilungen des Freistaates festlegen.

2645 **Für eine bürgerinnennahe Polizei**

2646 Wir setzen uns dafür ein, dass der Frauenanteil bei der Polizei erhöht
2647 und insbesondere auch in Führungspositionen ausgebaut wird. Dafür
2648 bedarf es spezieller Weiterbildungsangebote und Mentoringprogramme für
2649 Frauen.

2650 **Gewaltschutz dient der Selbstbestimmung**

2651 Wir wollen die Schutz- und Unterstützungseinrichtungen für Opfer
2652 häuslicher Gewalt als Institutionen der Gefahrenabwehr einstufen und
2653 fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen per Gesetz regeln, dass die
2654 Finanzierung barrierefrei zugänglicher Schutz- und Betreuungsangebote
2655 zur kommunalen Pflichtaufgabe wird und der Freistaat Städte und
2656 Gemeinden entsprechend fördert. Zur Bekämpfung von Frauenhandel und
2657 Zwangsprostitution wollen wir einen umfassenden Schutz und ein
2658 dauerhaftes Bleiberecht für Zeuginnen und Opfer. Die Finanzierung von
2659 Schutzräumen für betroffene Frauen und Kinder muss sichergestellt
2660 werden.

2661 **Selbstbestimmung ohne Barrieren**

2662 Um die Belange von Frauen mit Behinderungen in den politischen
2663 Prozessen stärker einbinden zu können, bedarf es einer starken
2664 politischen Interessenvertretung. Wir wollen ein landesweites Netzwerk
2665 für behinderte Frauen und Mädchen ermöglichen. Wir fordern die
2666 Erarbeitung einer entsprechenden Landesstatistik und geeignete
2667 Maßnahmen wie eine geschlechtersensible Pflegeassistenz sowie
2668 barrierefreie Anlaufstellen vor Ort, an die sich behinderte Frauen und
2669 Mädchen in Krisenfällen wenden können und wo sie lernen können, sich
2670 gegen Übergriffe zu wehren. Wir setzen uns für eine Öffnung der
2671 Frauenhäuser für Frauen mit Behinderungen ein. Derzeit sind in Sachsen
2672 nur wenige Frauenhäuser barrierefrei, so dass gerade Frauen mit
2673 Behinderungen oft dieser nötige Zufluchtsort verwehrt bleibt.

2674 **Geschlechtergerecht Haushalten**

2675 Mit dem Konzept des Gender-Budgeting wird eine geschlechtergerechte
2676 Haushaltsplanung angestrebt. Dabei werden staatliche Ausgaben auf ihre
2677 Wirkung auf die Geschlechterverhältnisse hin analysiert. Ermittelten
2678 Benachteiligungen kann dann gezielt entgegengesteuert werden. BÜNDNIS
2679 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Prinzipien des Gender-Budgeting
2680 bei der Aufstellung des Landeshaushaltes berücksichtigen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Den demokratischen Aufbruch in Sachsen wagen

2683 Antragstext

2684 Sachsen braucht einen demokratischen Neuanfang. Nach mehr als zwei
2685 Jahrzehnten CDU-Dominanz in Sachsen ist das politische System des
2686 Freistaates weitgehend erstarrt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
2687 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern den demokratischen Aufbruch
2688 gestalten. Demokratie ist für uns nichts „Fertiges“, was einmal
2689 gegeben und nicht mehr veränderbar ist, sondern ein Prozess, der neue
2690 Entwicklungen ermöglicht. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung der
2691 Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie für den Ausbau der
2692 unmittelbaren Beteiligungs- und Entscheidungsrechte ein. Direkte
2693 Demokratie und parlamentarische Demokratie betrachten wir nicht als
2694 Widerspruch. Deshalb stehen wir nicht nur für den Ausbau
2695 direktdemokratischer Verfahren, sondern auch für die Stärkung der
2696 Parlamente auf Landes- und kommunaler Ebene. Nach wie vor hat Sachsen
2697 ein Neonazi-Problem. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen an der
2698 Seite derjenigen, die sich gegen Rechtsextremismus und
2699 menschenfeindliche Einstellungen engagieren.

2700 **Informationsfreiheit und Transparenz: Voraussetzung für Beteiligung**
2701 Frei zugängliche Informationen sind eine wesentliche Voraussetzung für
2702 mehr Beteiligung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich daher
2703 dafür ein, dass die Informationsfreiheit in der Sächsischen
2704 Landesverfassung verankert wird. Wir fordern ein sächsisches
2705 Informationsfreiheitsgesetz, das den Bürgerinnen und Bürgern
2706 ermöglicht, umfassend Informationen aus der Verwaltung zu erhalten und
2707 zu verwenden. Damit sollen die bisherigen Informationsansprüche, wie

2708 sie zum Beispiel aus dem Umweltinformationsgesetz resultieren,
2709 ausgebaut und verbessert werden. Die Möglichkeit der Einsicht in Akten
2710 soll immer gegeben sein, wenn diese nicht ausdrücklich dem
2711 Geheimschutz oder dem Schutz persönlicher Daten unterliegen. Die
2712 Verweigerung einer Informationserteilung soll gerichtlich überprüfbar
2713 sein. Wir wollen, dass die Entscheidung über den Informationsanspruch
2714 und den Informationszugang grundsätzlich kostenfrei erfolgt und die
2715 Verwaltung Auslagen, zum Beispiel für Kopien, nur in angemessener
2716 Weise geltend machen darf. Außerdem wollen wir, dass Informationen
2717 aktiv durch staatliche Institutionen der Öffentlichkeit zugänglich
2718 gemacht werden - z. B. über geeignete Internetportale.

2719 **Mehr Beteiligung in der Kommune durch Bürgerbeteiligungssatzungen**

2720 Nirgendwo erleben die Menschen die Auswirkungen von Politik so
2721 unmittelbar wie in ihrer Kommune. Gerade hier ist eine große
2722 Bereitschaft vorhanden, sich einzubringen und das eigene Lebensumfeld
2723 mitzugestalten. Deshalb brauchen wir auf kommunaler Ebene eine
2724 Stärkung der Bürgerbeteiligung und das Recht, Beteiligungs- und
2725 Informationsverfahren verbindlich einzufordern. Die zentrale
2726 Voraussetzung dafür ist die Einführung von kommunalen
2727 Bürgerbeteiligungssatzungen. In diesen werden die Quoren zur
2728 Einleitung von Beteiligungs- und Informationsverfahren geregelt.
2729 Allerdings kann BürgerInnenbeteiligung nur funktionieren, wenn die
2730 Ergebnisse des Beteiligungsprozesses ernstgenommen werden, etwa indem
2731 die Einleitung eines Informations- und Beteiligungsverfahrens zu einem
2732 Projekt oder Verfahren aufschiebende Wirkung bei der endgültigen
2733 Entscheidung darüber hat. Kommunen sollen die Möglichkeiten des
2734 Internets nutzen und Plattformen zur Online-Beteiligung entwickeln,
2735 auf denen geplante Vorhaben umfassend und transparent dargestellt
2736 werden und die Ergebnisse von Anhörungen und Einwendungen sowie der
2737 Beteiligungsverfahren veröffentlicht werden.

2738 **Beteiligung und Transparenz bei Großprojekten**

2739 Pannen und Kostensteigerungen bei verschiedenen Großprojekten haben
2740 gezeigt, dass andere Planungsverfahren und mehr BürgerInnenbeteiligung
2741 zu einem frühen Zeitpunkt hilfreich sind. Das führt nicht zu
2742 Verzögerungen, sondern zu besseren Entscheidungen und Akzeptanz. Wir
2743 fordern, dass Bürgerbeteiligungsverfahren bei Rahmenplanungen und
2744 Bedarfsfeststellungen zur Pflicht werden. Verwaltungen sollen
2745 Planungen und Planungsideen möglichst frühzeitig sowohl analog, als
2746 auch digital veröffentlichen. Die Mitwirkungsmöglichkeit der Menschen
2747 in Sachsen bei Großprojekten darf jedoch nicht nur auf
2748 Beteiligungsverfahren beschränkt sein. Vielmehr müssen alle
2749 übergeordneten Planungsverfahren auch Gegenstand von Bürgerbegehren
2750 oder Volksentscheiden sein können.

2751 **Volksentscheide und Bürgerbegehren erleichtern**

2752 Volksentscheide sind für uns ein unverzichtbares Element gelebter
2753 Demokratie. In Sachsen hat es bislang kaum erfolgreiche Volks- oder
2754 Bürgerbegehren gegeben, da die Hürden für die Einleitung dieser
2755 Verfahren zu hoch sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich
2756 für die Absenkung der zur Durchführung eines Volksbegehrens auf
2757 Landesebene notwendigen Unterschriftenzahl auf 5 Prozent der
2758 wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ein. Auch in den Kommunen
2759 wollen wir eine deutliche Absenkung der Quoren für Bürgerbegehren und
2760 Bürgerentscheide. Wir wollen, dass ein Bürgerbegehren bereits bei der
2761 Unterschrift von 5 Prozent einen Bürgerentscheid nach sich zieht. Das
2762 notwendige Quorum an gültigen Ja-Stimmen, dessen es bedarf, um einen
2763 Volks- oder Bürgerentscheid erfolgreich enden zu lassen, wollen wir
2764 auf ein verfassungsrechtlich zulässiges Mindestmaß reduzieren.
2765 Wir wollen die Fristen für Bürgerbegehren, die sich gegen
2766 Entscheidungen von Gemeinderäten oder Kreistagen richten, auf drei
2767 Monate nach der jeweiligen öffentlichen Bekanntmachung des Beschlusses
2768 ausweiten. Bürgerbegehren müssen darüber hinaus aufschiebende Wirkung
2769 gegenüber dem Vollzug eines Ratsbeschlusses entfalten können, damit
2770 das Ergebnis eines Bürgerentscheids auch Wirkung zeigt. Voraussetzung
2771 für die Akzeptanz und den Erfolg direktdemokratischer Entscheidungen
2772 ist eine neutrale Verwaltung. Sie kann durch die bewährten
2773 Abstimmungsbücher für Volks- und Bürgerentscheide, in denen Pro- und
2774 Contra-Argumente zum Entscheid dargestellt werden, sowie die
2775 Möglichkeit, von der Verwaltung normierte Unterschriftenlisten zu
2776 erhalten, direkte Demokratie ermöglichen.

2777 **Mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger im Petitionsverfahren**

2778 Das Petitionsrecht bietet jedem Menschen unabhängig von Alter oder
2779 Staatsbürgerschaft die Chance zur aktiven Teilhabe am politischen
2780 Geschehen und zur Einwirkung auf politische Entscheidungsprozesse.
2781 Dieses Recht wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen ausbauen. Wir
2782 setzen uns dafür ein, dass an den Sächsischen Landtag gerichtete
2783 Petitionen künftig online eingereicht und mitgezeichnet werden können.
2784 Darüber hinaus wollen wir das Recht der Petentinnen und Petenten auf
2785 Anhörung im Petitionsausschuss des Sächsischen Landtags stärken, indem
2786 ein Anspruch auf eine öffentliche Anhörung der Petition besteht, wenn
2787 diese mindestens 2.500 Unterstützungsunterschriften erhalten hat.

2788 **BürgerInnenbeteiligung bei der Haushaltsplanung stärken**

2789 In den Haushalten sind die Leitlinien und Schwerpunkte der Politik
2790 festgeschrieben. Deshalb ist es für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2791 unumgänglich, dass die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und
2792 Bürger auch bei den Haushaltsplanungen gestärkt werden. Wir setzen uns
2793 daher für die Einführung von Bürgerhaushalten auch auf Landesebene
2794 ein. Wenn Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, umfassende
2795 Vorschläge zum Haushalt zu machen und Stellung zum Haushalt zu
2796 beziehen, stärkt das die Akzeptanz öffentlicher Ausgaben.

2797 **Ein starker Landtag für Sachsen**

2798 Der Sächsische Landtag kann seinen vielfältigen Aufgaben und
2799 insbesondere seine Verantwortung, die Regierung gut zu kontrollieren,
2800 nur wahrnehmen, wenn er dazu personell in der Lage ist. Den
2801 fortwährenden Debatten über eine verfassungsmäßige Verkleinerung des
2802 Landtags erteilen wir daher eine Absage. Insbesondere kleine
2803 Fraktionen könnten so ihrem Auftrag der Regierungskontrolle kaum oder
2804 gar nicht mehr gerecht werden. Durch ein modernes Wahlrecht wollen wir
2805 jedoch die Anfälligkeit der bestehenden gesetzlichen Regelungen für
2806 Überhangmandate beseitigen und den Landtag bei seiner festgelegten
2807 Größe von 120 Abgeordneten stabilisieren.
2808 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein
2809 Parlamentsinformationsgesetz ein, in dem klar geregelt ist, dass der
2810 Landtag frühzeitig über Vorhaben der Staatsregierung wie Verordnungen,
2811 Verwaltungsabkommen und Staatsverträge zu informieren ist. Auf diesem
2812 Wege soll auch das Agieren der Staatsregierung auf europäischer Ebene
2813 besser zu kontrollieren sein. Wir werden uns wie bereits in der
2814 Vergangenheit zu Beginn der nächsten Wahlperiode für die Einrichtung
2815 eines eigenständigen Europaausschusses des Sächsischen Landtages
2816 einsetzen.
2817 Neben dem Plenum des Sächsischen Landtags sind die Ausschüsse die
2818 zentralen Orte parlamentarischer Arbeit. Anders als die
2819 Plenarsitzungen sind die Ausschusssitzungen des Sächsischen Landtags
2820 aber bisher nicht öffentlich. Um die Transparenz der parlamentarischen
2821 Arbeit zu erhöhen, setzen wir uns dafür ein, dass Ausschüsse, außer in
2822 begründeten Ausnahmefällen, öffentlich tagen.

2823 **Starke Kommunalparlamente für eine starke Demokratie vor Ort**

2824 Tausende Menschen in Sachsen engagieren sich ehrenamtlich in
2825 Ortschafts-, Stadt-, Gemeinde- oder Kreisräten. Sie stehen in
2826 ständigem Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, ihre
2827 Entscheidungen sind unmittelbar spürbar. Dennoch nehmen die
2828 LandrätInnen und BürgermeisterInnen und die Verwaltung gegenüber den
2829 kommunalen Parlamenten eine zu dominante Stellung ein. BÜNDNIS 90/DIE
2830 GRÜNEN wollen deshalb eine konsequente Stärkung der Kreis- und
2831 Gemeinderäte erreichen. Wir setzen uns für eine Begrenzung der
2832 Amtszeiten von BürgermeisterInnen und LandrätInnen auf fünf Jahre und
2833 von Gemeinderäten und Kreistagen auf vier Jahre ein. Die derzeitigen
2834 Hürden zur Abwahl von BürgermeisterInnen und LandrätInnen machen
2835 diese praktisch unmöglich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen
2836 sich für die Absenkung der Quoren auf 10 Prozent der Wahlberechtigten
2837 zur Einleitung eines Abwahlverfahrens ein. Das Quorum für die
2838 notwendigen Ja-Stimmen für eine Abwahl wollen wir auf 25 Prozent der
2839 Wahlberechtigten reduzieren.
2840 Wir wollen die Verwaltungsebene und kommunalen Räte stärker
2841 entflechten. Wir wollen die Rolle der kommunalen Räte stärken, indem,
2842 wie in Parlamenten üblich, der oder die Vorsitzende künftig aus der
2843 Mitte des Rates gewählt wird, und nicht BürgermeisterIn diese Aufgabe

2844 übernehmen.

2845 Die Kreistage werden derzeit faktisch von Bürgermeisterinnen und
2846 Bürgermeistern dominiert. Auch hier setzen wir uns für eine
2847 Entflechtung zwischen Verwaltung und Kreisträten ein, indem die
2848 Unvereinbarkeit von Bürgermeisteramt und Kreistagsmandat eingeführt
2849 wird. Die Stärkung der kommunalen Parlamente heißt für uns auch, die
2850 Fraktionen in den Räten zu stärken, indem die für die politische
2851 Arbeit notwendigen sachlichen und personellen Ressourcen zur
2852 Verfügung gestellt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle
2853 kommunalen Fraktionen künftig Anspruch auf eine finanzielle
2854 Mindestausstattung haben. Zudem fordern wir eine landesweit
2855 einheitliche Regelung für die Mindestgrößen von Fraktionen ein. Wir
2856 setzen uns dafür ein, dass Räte die Möglichkeit haben, eine Fraktion
2857 zu bilden, wenn sie zusammen mehr als 5 Prozent der Wählerstimmen
2858 erhalten haben und aus mindestens zwei Personen bestehen.
2859 Auch auf kommunaler Ebene ist die Transparenz des politischen
2860 Prozesses, der Beratungen und Entscheidungsfindung ein hohes Gut.
2861 Deswegen sollen Ausschusssitzungen in Gemeinderäten und Kreistagen in
2862 Zukunft in der Regel öffentlich sein, und es soll nur in klar
2863 definierten Ausnahmefällen, wie beispielsweise bei Entscheidungen mit
2864 besonderem Geheimhaltungsbedürfnis oder bei datenschutzrelevanten
2865 Fragen, davon abgewichen werden.
2866 Gegenwärtig werden Entscheidungen von Kreis- oder Gemeinderäten zu oft
2867 von der Verwaltung nicht oder nur mangelhaft umgesetzt. Wir setzen uns
2868 dafür ein, dass die Möglichkeiten zur Durchsetzung kommunaler
2869 Ratsbeschlüsse gestärkt und ein kommunales Organklagerecht für Räte
2870 geschaffen wird.
2871 Auch auf der untersten Ebene muss die kommunale Demokratie gestärkt
2872 werden. Deshalb setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen für eine
2873 Stärkung der Stadtbezirksbeiräte ein, indem sie künftig direkt durch
2874 die Bevölkerung gewählt werden, sie Entscheidungsrechte über Belange
2875 im Ortsamtsbereich erhalten und rechtlich mit den Ortschaftsräten
2876 gleichgestellt werden.

2877 **Ein modernes Wahlrecht für eine starke Demokratie**

2878 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein modernes
2879 Wahlrecht ein. Dieses soll die Auswahlmöglichkeiten der Bürgerinnen
2880 und Bürger bei der Wahl stärken, ohne die Verständlichkeit des
2881 Wahlrechts zu erschweren. Wir wollen den Wählerinnen und Wählern,
2882 ähnlich wie bei Kommunalwahlen, die Möglichkeit geben, ihre Stimme
2883 einzelnen BewerberInnen auf der Landesliste zu geben und so die
2884 Reihenfolge der Gewählten zu beeinflussen.
2885 Um dem Ziel paritätisch besetzter Parlamente näher zu kommen, streben
2886 wir eine verfassungskonforme Umsetzung einer Quotierung von Wahllisten
2887 für Landtag und Kommunalparlamente an.
2888 Das Wahlrecht in Sachsen ist anfällig für Überhangmandate. Wir setzen
2889 uns für ein Wahlrecht ein, das die Entstehung von Überhangmandaten
2890 weitgehend verhindert und so die von der Verfassung vorgesehene Zahl

2891 von 120 Abgeordneten zum Normalfall macht. Dafür schlagen wir vor, das
2892 Verhältnis von Direktmandaten zugunsten von Listenmandaten zu
2893 verändern.
2894 Wir wollen das Parteienprivileg bei den Landtagswahlen aufbrechen.
2895 Auch Wählervereinigungen sollen zu Landtagswahlen antreten können,
2896 wenn sie die notwendige Zahl an Unterstützungsunterschriften vorweisen
2897 können.
2898 Die Vergabe der Landtagssitze nach der Wahl soll nach einem Modell
2899 berechnet werden, das das Ergebnis nicht zugunsten der größeren
2900 Parteien verzerrt.
2901 Wir wollen die Mitbestimmungsrechte von Jugendlichen in Sachsen
2902 ausbauen und setzen uns für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre
2903 bei Landtags- und Kommunalwahlen ein. Nach wie vor sind Menschen, die
2904 nicht aus der Europäischen Union stammen, bei der politischen
2905 Beteiligung massiv benachteiligt, selbst dann, wenn sie schon lange
2906 Zeit hier wohnen und Sachsen ihre Heimat geworden ist. BÜNDNIS 90/DIE
2907 GRÜNEN setzen sich deshalb für die Einführung des kommunalen
2908 Wahlrechts auch für Nicht-EU-BürgerInnen ein.

2909 **Rechte der Sorbinnen und Sorben**

2910 Sorbische Sprache und Kultur haben Sachsen geprägt und zeichnen seine
2911 kulturelle Vielfalt aus. Sachsen kommt deshalb eine besondere
2912 Verantwortung für Erhalt und Weiterentwicklung des Sorbischen zu.
2913 Dafür streben wir eine enge Zusammenarbeit mit dem Nachbarland
2914 Brandenburg an, das ebenfalls Siedlungsgebiet der Sorbinnen und Sorben
2915 ist und fordern die Verantwortung der Bundesregierung für die
2916 Unterstützung der sorbischen Minderheit ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2917 befürworten kulturelle Autonomierechte, die Errichtung einer
2918 demokratisch legitimierten sorbischen Volksvertretung und die
2919 Entwicklung einer gleichberechtigten Zweisprachigkeit im sorbischen
2920 Siedlungsgebiet. Das sorbische Kindergarten- und Schulnetz soll
2921 erhalten und das Angebot an Sorbischunterricht in der Lausitz
2922 ausgeweitet werden.

2923 **Demokratiefeinden von rechts entschieden entgentreten -** 2924 **Zivilgesellschaft stärken**

2925 Sachsen ist seit langem eine Schwerpunktregion der extremen Rechten.
2926 Eine Vielzahl von Neonazi-Konzerten, von bundesweit bedeutsamen Nazi-
2927 Versandläden und die hohe Zahl rechter Gewalttaten belegen dies wie
2928 auch die Präsenz der NPD im Landtag und in vielen Kommunalparlamenten.
2929 Es war kein Zufall, dass Sachsen der Rückzugsraum für das als
2930 „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bekannt gewordene
2931 Terrornetzwerk war. Hier trafen die Mitglieder des NSU nicht nur auf
2932 ein breites Netzwerk an Unterstützern, sondern auch auf ein
2933 politisches Klima, das der Ausbreitung rechtsextremer Strukturen
2934 nichts entgegengesetzte. Gleichwohl verkennen wir nicht, dass die
2935 alleinige Fokussierung auf Rechtsextremismus zu eng ist.

2936 Antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen wie Rassismus,
2937 Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus,
2938 Behindertenfeindlichkeit, Sexismus und Homophobie reichen zum Teil bis
2939 weit in die so genannte „Mitte der Gesellschaft“ hinein.

2940 **Aktive Zivilgesellschaft fördern**

2941 Diesen Problemen kann am besten eine aktive Zivilgesellschaft
2942 begegnen. Es bedarf einer konsequenten Förderung demokratischer
2943 Alltagskultur. Sie ist der beste Schutz gegen die Ausbreitung
2944 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In Sachsen gibt es ein gutes
2945 Netzwerk von Initiativen zu diesem Thema, das sich aus landesweit
2946 arbeitenden Trägern und lokalen Vereinen, Initiativen und Projekten
2947 zusammensetzt. Die schwarz-gelbe Regierung hat aber die
2948 Finanzierungsspielräume dieser Initiativen eingeengt und ein Klima des
2949 Misstrauens gegenüber diesen Strukturen geschaffen. Die Mobilien
2950 Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, die Beratungsstellen für Opfer
2951 rechter Gewalt wie auch die zahlreichen Vereine und Initiativen vor
2952 Ort, die eine engagierte Arbeit leisten, brauchen eine verlässliche
2953 Finanzierung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern die finanzielle
2954 Aufstockung des Landesprogramms 'Weltoffenes Sachsen' auf fünf
2955 Millionen Euro jährlich.
2956 Mit der Einführung eines als „Demokratie-Erklärung“ getarnten
2957 Gesinnungs-TÜV's sind die Vereine und Initiativen durch Schwarz-Gelb
2958 einem Generalverdacht ausgesetzt worden, und zwar ohne jede sachliche
2959 Grundlage. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für die
2960 Abschaffung der so genannten „Demokratie-Erklärung“ ein. Ein
2961 Bekenntniszwang ist ein Kennzeichen von totalitären Regimes, nicht von
2962 Demokratien.

2963 **Ursachen für Rechtsextremismus genauer untersuchen**

2964 Das Bekanntwerden des NSU und der Tatsache, dass er in Sachsen nahezu
2965 vierzehn Jahre lang untertauchen konnte, haben ein erschreckendes
2966 Versagen von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz offengelegt. Wir
2967 sind den Opfern des NSU und deren Angehörigen eine konsequente
2968 Aufklärung schuldig. Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses im
2969 Landtag war daher eine notwendige Maßnahme. Mit den tieferen Ursachen
2970 von Rechtsextremismus und Rassismus konnte sich der
2971 Untersuchungsausschuss nicht auseinandersetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2972 in Sachsen werden sich für eine konsequente parlamentarische
2973 Aufarbeitung dieser Fragen einsetzen.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Eine starke und unabhängige Justiz für Sachsen

2976 **Antragstext**

2977 Die sächsische Justiz ist in den letzten Jahren weit über die
2978 Landesgrenzen hinaus negativ aufgefallen. Dabei sind viele Probleme
2979 der sächsischen Justiz hausgemacht. Die willkürliche
2980 Standortverlagerung, die mit der Schließung von Gerichten einherging,
2981 und überlange Verfahrensdauern als Folge einer zu dünnen
2982 Personalausstattung stellen genauso eine Gefahr für eine
2983 funktionstüchtige Justiz dar wie die gegenwärtig stattfindende
2984 politische Einflussnahme.

2985 **Unabhängigkeit der Justiz stärken**

2986 Die Macht des Justizministers bei der Einstellung und Beförderung von
2987 RichterInnen muss beschränkt werden. Eine durch die Regierung
2988 gesteuerte Auswahl der RichterInnen führt zu einer Schwächung der
2989 Dritten Gewalt. Wir setzen uns deshalb für die Einführung eines
2990 RichterInnenwahlausschusses ein, wie er schon in vielen Bundesländern
2991 existiert. Dieser soll zu zwei Dritteln aus Mitgliedern des
2992 Landtags und zu einem Drittel aus Angehörigen der Justiz bestehen, die
2993 RichterInnen auswählen und über deren Beförderungen entscheiden.
2994 Überdies wollen wir erste Schritte zu einer Selbstverwaltung der
2995 Justiz unternehmen und in Pilotprojekten die Ausstattung von Gerichten
2996 mit eigenen Budgets erproben. Das einzelfallbezogene Weisungsrecht des
2997 Justizministers gegenüber der Staatsanwaltschaft wollen wir
2998 abschaffen.

2999 **Auswahl der Richterinnen und Richter transparenter machen**

3000 Neben der Einführung eines Richterwahlausschusses wollen wir uns
3001 ebenfalls für eine stärkere Transparenz bei der Auswahl und
3002 Beförderung von RichterInnen einsetzen. Die allgemeinen Kriterien für
3003 Beurteilungen und Beförderungen wollen wir offenlegen. Zudem setzen
3004 wir uns dafür ein, dass Richterinnen und Richter zukünftig nicht mehr
3005 nur aufgrund ihrer Noten, sondern auch aufgrund ihrer Lebenserfahrung
3006 und praktischer Kenntnisse ausgewählt werden.

3007 **Ausstattung der Justiz verbessern**

3008 Mit der als Staatsmodernisierung getarnten Standortverlagerung bei den
3009 Gerichten haben sich die personelle Ausstattung und der Zugang zur
3010 Justiz in Sachsen weiter verschlechtert. Überlange Verfahrensdauern,
3011 vor allem im Sozial und Verwaltungsrecht, stellen ein sich
3012 verschärfendes Problem der sächsischen Justiz dar und verletzen den
3013 Anspruch auf ein zügiges Verfahren. Insbesondere in der
3014 Verwaltungsgerichtsbarkeit, die den Bürgerinnen und Bürgern die
3015 Garantie der Überprüfung staatlichen Handelns gibt, darf es kein
3016 weiteres Ausbluten geben.

3017 Wir setzen uns deshalb für eine bessere personelle Ausstattung der
3018 Justiz in Sachsen ein. Die personellen Zumessungen dürfen dabei nicht
3019 willkürlich vorgenommen werden, sondern müssen sich an den
3020 tatsächlichen Bedarfen und Problemlagen in Sachsen orientieren. So
3021 brauchen insbesondere die für den Rechtsextremismus zuständigen
3022 Strafgerichte und Staatsanwaltschaften und die Verwaltungsgerichte in
3023 Sachsen eine bessere personelle Untersetzung. Um dem akuten
3024 RichterInnenmangel entgegenzuwirken, wollen wir einen
3025 Einstellungskorridor für junge RichterInnen umsetzen und die
3026 Gerichtsbereiche mit vielen Verfahren personell stärker untersetzen.
3027 Auch im Bereich des justiziellen Mittelbaus, wie zum Beispiel bei
3028 RechtspflegerInnen und GerichtsvollzieherInnen, muss es einen
3029 Einstellungskorridor geben.

3030 **Widerspruchsverfahren beibehalten und gleichen Zugang zum Recht 3031 sicherstellen**

3032 Wir wenden uns gegen Überlegungen, die Widerspruchsverfahren in
3033 Sachsen abzuschaffen. Sie bilden vielfach die Möglichkeit,
3034 Verwaltungsentscheidungen einer nochmaligen rechtlichen Prüfung zu
3035 unterziehen. Mit der Abschaffung würden diejenigen Menschen
3036 geschwächt, die sich lange Klageverfahren nicht leisten können oder
3037 davon abgeschreckt werden. Die Abschaffung würde zudem mit einer
3038 weiteren Zunahme von Klagen in Sachsen einhergehen und die Belastung
3039 der Gerichte verstärken. Ebenso wenden wir uns gegen Bestrebungen, die
3040 Prozesskosten und Beratungshilfen einzuschränken. Der Zugang zum Recht
3041 muss unabhängig vom Einkommen sein und darf nicht zum Privileg von
3042 Bessergestellten werden.

3043 **Klarheit und Verständlichkeit von Gesetzen stärken**

3044 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Verständlichkeit von
3045 Gesetzentwürfen für die AnwenderInnen verbessert wird. Gerade Gesetze,
3046 die eine hohe Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger haben, wollen
3047 wir verständlicher formulieren.

3048 **Strafvollzug modernisieren**

3049 Die Unterbringung von Menschen im Strafvollzug kann immer nur das
3050 allerletzte Mittel sein. Angesichts hoher Wiederholungsquoten ist
3051 zweifelhaft, ob die Resozialisierung in Gefangenschaft tatsächlich
3052 gelingt. Deshalb muss immer gefragt werden, ob alle Wege ausgeschöpft
3053 worden sind, um den Strafvollzug zu vermeiden. Der sächsische
3054 Strafvollzug leidet seit Jahren unter Kostenreduzierung. Dies wirkt
3055 den Grundlagen eines humanen Strafvollzugs entgegen. Das Hauptziel des
3056 Strafvollzugs - die Resozialisierung - gerät so in Gefahr. Unser Ziel
3057 ist es, dass Menschen nicht wieder straffällig werden. Wird jedoch im
3058 Gefängnis beim Personal und bei den Therapieangeboten gespart, erhöht
3059 sich das Risiko für eine erneute Straffälligkeit um ein Vielfaches.
3060 Deshalb fordern wir die Stärkung von pädagogischen, sozialen,
3061 medizinischen und psychotherapeutischen Hilfen im Strafvollzug und
3062 wenden uns gegen Bestrebungen, in den sächsischen Gefängnissen Stellen
3063 abzubauen bzw. aufgrund von Altersabgängen frei werdende Stellen nicht
3064 wieder neu zu besetzen. Gefangene müssen zudem ausreichende
3065 Möglichkeiten zur beruflichen Ausbildung und Tätigkeit haben.
3066 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen treten für das vorrangige Ziel der
3067 Vermeidung von Haftstrafen insbesondere bei leichter Kriminalität ein.
3068 Dies führt neben den positiven Effekten für die Betroffenen nicht
3069 zuletzt auch zu einer Entlastung der Justiz. Ein funktionierender
3070 Täter-Opfer-Ausgleich, für den die notwendigen personellen Kapazitäten
3071 geschaffen werden müssen, kann dafür genauso ein geeignetes Instrument
3072 sein wie gemeinnützige Arbeit.
3073 Auch die Art und Weise des Strafvollzuges wollen wir reformieren. Den
3074 offenen Vollzug und den Wohngruppenvollzug wollen wir in den kommenden
3075 Jahren stärken. Zudem müssen Suchtbehandlung und Suchtprävention im
3076 Strafvollzug ausgebaut werden. Die Sicherungsverwahrung muss in
3077 Sachsen in einem eigenständigen Gesetz unter Beachtung der Vorgaben
3078 des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und des
3079 Bundesverfassungsgerichts geregelt werden. Sie muss sich dabei
3080 deutlich vom Strafvollzug unterscheiden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Fundierte Aufgabenkritik statt sogenannter
Staatsmodernisierung

3082 Antragstext

3083 Unter dem Deckmantel einer vermeintlichen „Staatsmodernisierung“ hat
3084 die sächsische Regierungskoalition die Zahl der Amtsgerichte,
3085 Finanzämter, Polizeireviere und weiterer Behörden massiv verringert.
3086 Statt sich wirkliche Gedanken über die Frage zu machen, welche
3087 Aufgaben sächsische Behörden in Zukunft erfüllen müssen und welche
3088 Ausstattung sie dafür brauchen, ging es bei dieser vermeintlichen
3089 Staatsmodernisierung von Anfang an nahezu ausschließlich um den Umzug
3090 von Behörden und das Streichen von 17.000 Stellen bei den
3091 Landesbediensteten bis 2020. Statt dass Kosten gespart werden, ist
3092 absehbar, dass das Behördenkarussell vor allem zu erheblichen
3093 Mehrkosten, insbesondere Baukosten, durch Umzüge und Zusammenlegungen
3094 von Behörden führt. Wir wollen die laufenden Maßnahmen der
3095 Staatsmodernisierung und vor allem die sinnlosen Behördenumzüge
3096 stoppen und auf den Prüfstand stellen. Sachsens Verwaltung muss einer
3097 fundierten Analyse bezüglich ihrer Aufgaben und der dafür notwendigen
3098 Ausstattung unterzogen werden, die nicht allein blinden Stellenabbau
3099 zum Ziel hat, sondern sich an fachlichen Kriterien orientiert und vor
3100 allem die zunehmende Überalterung des öffentlichen Dienstes im Blick
3101 hat. Eine wirkliche Staatsmodernisierung muss nach Auffassung von
3102 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Ziel haben, eine transparente und bürgernahe
3103 Verwaltung aufzubauen, die sich als Dienstleisterin der Bürgerinnen
3104 und Bürger versteht.
3105 Wichtig ist für uns, dass die Verwaltung weiterhin für alle
3106 Bürgerinnen und Bürger ansprechbar ist. Den Abbau von
3107 Verwaltungsstrukturen im ländlichen Raum lehnen wir ab. Ideen wie der

3108 „Bürgerkoffer“, der mobile Dienstleistungen ermöglicht, oder die
3109 Abwicklung von Verwaltungsgeschäften über das Internet sind
3110 begrüßenswerte Ansätze, aber keine Alternative zu gut erreichbaren
3111 Behörden vor Ort. Deshalb muss es eine gesetzliche Festschreibung der
3112 Angebote von Verwaltungsdienstleistungen vor Ort geben.
3113 Es bedarf einer Aufarbeitung der Folgen der Verwaltungsreform im Jahr
3114 2008. Vielfach wurden hier funktionierende Verwaltungsstrukturen
3115 zerschlagen, was zu massiven Defiziten gerade im kommunalen Bereich
3116 geführt hat. Auch die Abschaffung der Landesumweltbehörde hat sich als
3117 Schritt in die falsche Richtung erwiesen. Diese Maßnahmen müssen
3118 evaluiert und, wo nötig, korrigiert werden.

3119 **Den öffentlichen Dienst attraktiver gestalten**

3120 Wir wollen die Attraktivität der sächsischen Verwaltung durch bessere
3121 Mitbestimmungsmöglichkeiten und eine stärkere Motivation der
3122 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöhen und die Rechte der
3123 Personalvertretungen in Sachsen stärken. Wir wollen zudem durch
3124 spezielle Förderprogramme mehr Frauen in Spitzenfunktionen der
3125 Verwaltung bringen und den Anteil von Menschen mit
3126 Migrationshintergrund in der Verwaltung ausbauen.
3127 Der öffentliche Dienst muss Vorreiter als moderner Arbeitgeber sein.
3128 Wir fordern daher die Umsetzung von flexibleren Arbeitszeitmodellen,
3129 die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie individuelle
3130 Lebensplanungen und Lebensumstände besser berücksichtigen. Im
3131 Vordergrund der Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes sollen
3132 bessere Möglichkeiten für Aus- und Weiterbildungen stehen. Der Pflicht
3133 zur Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen
3134 Dienstes muss zukünftig ein Anspruch auf Freistellung für die
3135 Fortbildung gegenüberstehen.
3136 Der öffentliche Dienst wird in den nächsten Jahren von starken
3137 Altersabgängen geprägt. Bis 2030 geht jede/r zweite/r Mitarbeitende in
3138 den Ruhestand. Wir brauchen deshalb ein Personalkonzept mit
3139 verbindlichen Neueinstellungskorridoren als zentrale Voraussetzung für
3140 die Zukunftsfähigkeit der Verwaltung und die Förderung in allen ihren
3141 Bereichen.

3142 **Kleinteilige Gemeindestrukturen erhalten**

3143 Sachsen steht vor der nächsten Welle von Zwangsfusionen bei kleineren
3144 Gemeinden. Derzeit werden die Kommunen noch unter Ausnutzung ihrer
3145 finanziellen Notlage gedrängt, sich freiwillig zusammenzuschließen.
3146 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen stehen zu kleinteiligen
3147 Gebietseinheiten – größere Einheiten sind nicht einfach billiger.
3148 Vielmehr bleibt bei ihnen vielfach die Nähe zu den Bürgerinnen und
3149 Bürgern auf der Strecke. Die vielen Eingemeindungen Ende der 90er
3150 Jahre und die Gebietsreform des Jahres 2008 haben dies gezeigt.
3151 Einwohnerzahl und Flächengröße dürfen nicht das alleinige Kriterium
3152 für Gemeindezusammenschlüsse sein. Gemeindefusionen dürfen deshalb nur

3153 freiwillig und nach intensiver Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen
3154 und Bürger erfolgen.

3155 **Moderne Verwaltung mit E-Government**

3156 Durch das Internet können behördliche Angebote und Dienstleistungen
3157 den Bürgerinnen und Bürgern einfach, schnell und komfortabel verfügbar
3158 gemacht werden. Wir wollen, dass der Freistaat Sachsen seine E-
3159 Government-Strategie konsequent weiterentwickelt und den Bürgerinnen
3160 und Bürgern dadurch umfassende Möglichkeiten zur Information,
3161 Beteiligung und Interaktion mit seinen Behörden und öffentlichen
3162 Einrichtungen eröffnet. Gleichzeitig dürfen durch den Ausbau des E-
3163 Government keine neuen Barrieren entstehen. Alle E-Government-Angebote
3164 öffentlicher Einrichtungen sollten daher offene Standards verwenden
3165 und konsequent in Richtung umfassender Barrierefreiheit
3166 weiterentwickelt werden. Diese Regelung soll auch für Onlineprojekte
3167 gelten, die zu mindestens zehn Prozent aus öffentlichen Geldern
3168 finanziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die
3169 Weiterentwicklung digitaler Teilhabe nicht zu Lasten analoger
3170 Teilhabemöglichkeiten geht und dass Menschen ohne Internetzugang nicht
3171 ausgeschlossen werden.

3172 **Unabhängiger, sicherer und nachhaltiger Einsatz von**
3173 **Informationstechnologie (Open Source)**

3174 Wir setzen uns für eine Umstellung auf freie Software (Open Source)
3175 und offene Standards beim IT-Einsatz in der öffentlichen Verwaltung
3176 ein. So können Lizenzgebühren gespart, aber auch Sicherheit,
3177 Transparenz und Unabhängigkeit von Monopolanbietern gewahrt werden. In
3178 den Schulen sollen Kinder und Jugendliche bevorzugt mit freier
3179 Software vertraut gemacht werden. Zudem wollen wir Green IT in der IT-
3180 Strategie des Freistaat festschreiben, damit der Energieverbrauch bei
3181 der Nutzung von Hardware und Software abgesenkt und deren umwelt- und
3182 ressourcenschonende Herstellung, Nutzung und Entsorgung beachtet wird.
3183 Im Sinn von Fair IT sollen auch soziale Kriterien bei der Vergabe
3184 berücksichtigt werden. Durch öffentliche Gelder beauftragte Software
3185 muss freie Software (Open Source) sein und auf offenen Standards
3186 basieren.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
Gegenstand: Zukunftschancen ermöglichen mit guten Kitas und Schulen

3187 Antragstext

3188 **Gute Bildung für alle! Für bessere Kitas und Schulen**

3189 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gute Bildung für alle ermöglichen.
3190 Dazu gehört für uns die Vermittlung grundlegender Kompetenzen wie
3191 Lesen, Schreiben und Rechnen ebenso wie das gemeinsame Leben und
3192 Lernen eines sozialen Miteinanders und ökologischer Verantwortung.
3193 Auch wenn das sächsische Schulsystem im deutschlandweiten
3194 Kompetenzvergleich gut abschneidet, werden Schülerinnen und Schüler,
3195 Eltern und Lehrkräfte tagtäglich mit vielfältigen Problemen
3196 konfrontiert: Kitaplatzmangel, Benachteiligung von Schülerinnen und
3197 Schülern mit Behinderung, Unterrichtsausfall, unsanierte Schulgebäude,
3198 fehlendes Fremdsprachangebot. Wir wollen genügend Kita-Plätze und gute
3199 frühkindliche Bildung, mehr Bildungsgerechtigkeit, die notwendige Zahl
3200 hervorragender Lehrkräfte und selbstständige und wohnortnahe Schulen
3201 ermöglichen.

3202 **Kita-Plätze für alle**

3203 Eltern brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot an Kita-Plätzen in
3204 Wohnort- oder Arbeitsplatznähe. Wir wollen die Kommunen beim
3205 Kitaplatzausbau stärker unterstützen, so dass der Rechtsanspruch auf
3206 einen Betreuungsplatz bei steigenden Kinderzahlen tatsächlich
3207 gewährleistet werden kann. Ein Investitionsprogramm für Sanierung und
3208 Neubau von Kindertageseinrichtungen, die Sicherung der Kapazitäten für
3209 die ErzieherInnenausbildung an Fachschulen sowie der Ausbau an den
3210 Hochschulen bringen gute Kitaplatze und mehr Erzieherinnen und
3211 Erzieher. Tagespflege kann ein gutes ergänzendes Angebot sein, wenn

3212 sie denselben Qualitätsstandards genügt, wie sie für Kitas gelten.

3213 **Mehr Qualität und Bildungsgerechtigkeit durch besseren**

3214 **Betreuungsschlüssel**

3215 Jedes Kind wird durch die frühen Jahre seines Lebens entscheidend
3216 geprägt. Gute Kitas und Kindertagespflegestellen eröffnen Chancen,
3217 wenn sie ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag richtig nachkommen. Gerade
3218 Kinder, die in schwierigen Verhältnissen aufwachsen, gewinnen durch
3219 gezielte Förderung. Zur weiteren Verbesserung der Qualität brauchen
3220 die Kitas mehr qualifiziertes Personal. Insbesondere Kitas in
3221 Ortsteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen sollen bei Vor-
3222 und Nachbereitung und Elternarbeit personell unterstützt werden. Wir
3223 wollen Kinder mit Behinderung nicht in Sondereinrichtungen abschieben,
3224 sondern gemeinsames Spielen, Lernen, Lachen in inklusiven Kitas
3225 umfassend ermöglichen. Wir wollen Standards für den Anteil
3226 heilpädagogischer Fachkräfte in inklusiven Kitas festschreiben. Die
3227 Umsetzung des Bildungsplans darf nicht nur dem Engagement der
3228 Erzieherinnen und Erzieher überlassen werden. Die Kitas brauchen
3229 endlich zusätzliches Personal. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb
3230 langfristig den Betreuungsschlüssel auf 1:10 im Kindergarten und 1:4
3231 in der Krippe verbessern. In einem ersten Schritt wollen wir 90
3232 Millionen Euro zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:12 und
3233 1:5 zur Verfügung stellen.

3234 **Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen verbessern**

3235 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen fordern einen zügigen Ausbau aus-
3236 und weiterbildender elementarpädagogischer Studiengänge an den
3237 sächsischen Hochschulen als der zweiten Säule der
3238 ErzieherInnenausbildung neben den Fachschulen. Wir setzen uns dafür
3239 ein, dass in Sachsen auch das dritte Jahr zur ErzieherInnenausbildung
3240 finanziert wird. Um ein international vergleichbares Niveau zu
3241 erreichen, sollen bis 2020 mindestens jede zweite neu ausgebildete
3242 pädagogische Fachkraft und alle Fachkräfte in Kita-Leitung,
3243 Fortbildung und Fachberatung einen Hochschulabschluss besitzen.
3244 Ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen brauchen einen leichteren
3245 Zugang zum ErzieherInnenberuf. Erzieherinnen und Erzieher können noch
3246 viel besser mit einem umfangreichen Beratungs- und
3247 Weiterbildungsangebot unterstützt werden. Die Anzahl der
3248 frühpädagogischen Professuren und der zugehörigen wissenschaftlichen
3249 Mitarbeiterstellen an sächsischen Hochschulen sollen bedarfsgerecht
3250 erhöht werden. Um den Beruf als ErzieherIn attraktiver zu machen,
3251 bedarf es neben einer besseren Qualifikation auch einer gerechten
3252 Entlohnung.

3253 **Kindertagespflegestellen als Erfahrungsorte frühkindlicher Bildung**

3254 Wir wollen neben den Kitas auch die Tageseltern stärken. Es gibt
3255 unterschiedliche Regelungen zur Zahlung der Aufwandsentschädigung bei

3256 Krankheit oder Urlaub, Vertretungen sind nicht abgesichert.
3257 Tagespflegeeltern mit ErzieherInnenabschluss verdienen deutlich
3258 weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Kita. Die
3259 Kindertagespflege darf nicht länger das Sparmodell in der
3260 Kinderbetreuung bleiben - das gilt auch für die Qualität. BÜNDNIS
3261 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen den Aufbau regionaler Beratungsstellen
3262 und Vernetzungsmöglichkeiten unterstützen, Fort- und
3263 Weiterbildungsangebote für die spezifischen Erfordernisse von
3264 Tagesmüttern und Tagesvätern ausbauen und landesweit verbindliche
3265 Standards für ihre angemessene, qualifikations- und leistungsgerechte
3266 Vergütung sowie für Krankheits- und Urlaubsregelungen verbindlich
3267 festschreiben und für eine finanzielle Gleichstellung von
3268 Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege sorgen.

3269 **Schulische Inklusion entschlossen umsetzen**

3270 Mit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention im Jahr 2009
3271 hat sich Deutschland dazu verpflichtet, dass SchülerInnen mit
3272 sonderpädagogischem Förderbedarf grundsätzlich allgemeinbildende
3273 Schulen besuchen können. Doch die Realität in Sachsen sieht so aus,
3274 dass das Recht auf inklusive Bildung nur in Ausnahmefällen
3275 gewährleistet wird. Wir unterstützen den 2011 im Landtag gefundenen
3276 Grundkonsens, das sächsische Bildungssystem zu einem inklusiven System
3277 weiterzuentwickeln und dem Elternwunsch nach Besuch einer Regelschule
3278 bei verbesserten Rahmenbedingungen zu entsprechen. BÜNDNIS 90/DIE
3279 GRÜNEN streben ein vollständig inklusives Schulsystem in Sachsen an
3280 und wollen zügig alle Voraussetzungen dafür schaffen. Wir wollen den
3281 Rechtsanspruch eines jeden Kindes auf den Besuch von Regelschulen bei
3282 deutlich verbesserten Rahmenbedingungen - wie ausreichenden
3283 SchulassistentInnen und sonderpädagogischen Lehrkräften -
3284 gewährleisten. Lernzieldifferenzierter Unterricht in der Sekundarstufe
3285 soll rechtlich ermöglicht werden. Wir wollen gemeinsam mit
3286 Schulträgern und weiteren Akteuren eine Konzeption zur Umsetzung der
3287 UN-Konvention erarbeiten, die verantwortliche Zeitvorgaben beinhaltet.
3288 Inklusive Bildung gehört auch in die Aus- und Fortbildung von allen
3289 LehrerInnen und in die Elternberatung. Das Prinzip der
3290 Barrierefreiheit gilt selbstverständlich auch für die bauliche
3291 Gestaltung von Schulen. Wir wollen dieses Ziel als Investitionsvorrang
3292 in der Schulhausbauförderung verankern.

3293 **Eine für alle! Gemeinschaftsschule konkret umsetzen**

3294 Wir GRÜNE setzen auf gute Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder
3295 Elternhaus. Jedes Kind soll individuell gefördert werden und alle
3296 Abschlüsse an ein und derselben Gemeinschaftsschule erreichen können.
3297 Zugleich sollen auch am Gymnasium alle Schulabschlüsse erworben werden
3298 können. Die Wahl zwischen Oberschule und Gymnasium, muss damit künftig
3299 nicht mehr als Entscheidung über Lebenswege empfunden werden. Wir
3300 wollen Gemeinschaftsschulen von der Einschulung bis zum Schulabschluss

3301 durch Neugründungen oder Kooperationen bestehender Schulen dort
3302 ermöglichen, wo kommunale oder freie Schulträger dies wollen. Wir
3303 wollen darüber hinaus eine gemeinsame Schulzeit ab der fünften
3304 Klassenstufe einführen, indem die jetzigen Oberschulen zu
3305 Gemeinschaftsschulen werden. Die Bildungsempfehlung wird durch eine
3306 Bildungsberatung durch die Schule ersetzt. Das Abitur kann an
3307 Gemeinschaftsschulen durch eine eigene gymnasiale Oberstufe oder eine
3308 verbindliche Kooperation mit Oberstufen anderer Gemeinschaftsschulen,
3309 den Gymnasien oder beruflichen Gymnasien in Oberstufenzentren
3310 ermöglicht werden. Dabei soll das Abitur an der Gemeinschaftsschule
3311 wahlweise in zwölf oder dreizehn Jahren abgelegt werden können, um den
3312 unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten der SchülerInnen Rechnung zu
3313 tragen.

3314 **Zeit für mehr! Echte Ganztagschulen braucht das Land**

3315 Auch wenn Sachsen den bundesweit höchsten Anteil von Ganztagsangeboten
3316 aufweist, sind echte Ganztagschulen immer noch die Ausnahme. Auch
3317 wenn die Förderung von Ganztagsangeboten etwas vereinfacht wurde,
3318 fehlen nach wie vor Anreize für tatsächliche Ganztagschulkonzepte.
3319 Unter echten Ganztagschulen verstehen wir GRÜNEN nicht etwa die
3320 Verlängerung des traditionellen Unterrichts in den Nachmittag hinein
3321 oder lediglich das Anhängen eines Freizeitangebots an den
3322 Unterrichtsvormittag. „Zeit für mehr“ bedeutet für uns, mehr
3323 Möglichkeiten für eine moderne Pädagogik, für gute Diagnostik, für
3324 eine echte individuelle Förderung sowie für die gute und durchdachte
3325 Öffnung der Schule nach außen.
3326 Grundlage einer GRÜNEN Ganztagschule ist die Nutzung moderner Lern-
3327 und Lehrmethoden, die den individuellen Bedürfnissen der Kinder und
3328 Jugendlichen gerecht werden. In Ganztagschulen, in denen sich Phasen
3329 von Unterricht und Selbstlernen, Projekten und Freizeit abwechseln,
3330 kann effektiver und vor allem auch kindgerechter gelernt werden, und
3331 klassische Hausaufgaben können wegfallen. Ein vielfältiges von
3332 verschiedensten Lernformen gekennzeichnetes Tagesprogramm gelingt in
3333 der Zusammenarbeit methodisch kompetenter Lehrkräfte mit ErzieherInnen
3334 und SozialpädagogInnen als gleichberechtigten Mitgliedern des
3335 PädagogInnenteams. Echte Ganztagschulen sichern eine verlässliche
3336 Versorgung mit gesundem Mittagessen. Sie ersetzen in den unteren
3337 Klassen das Nebeneinander von Grundschule und Hort ohne
3338 Qualitätsabstriche. Um echte Ganztagschulen zu schaffen, wollen
3339 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Förderung von Ganztagschulen auf eine
3340 mehrjährige Pauschalförderung nach Vorlage eines pädagogischen
3341 Konzepts umstellen. Die Ganztagschulförderung soll auf die
3342 Grundschule unter Einbeziehung der bisherigen Hortangebote ausgeweitet
3343 werden.

3344 **Soziales Lernen stärken**

3345 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Kommunen bei der

3346 flächendeckenden und bedarfsgerechten Einstellung von
3347 SchulsozialarbeiterInnen und SchulpsychologInnen in allen Schularten
3348 unterstützen. Schulen in sozialen Brennpunkten sollen durch eine
3349 bedarfsorientierte Förderung der Schulsozialarbeit stärker gefördert
3350 werden. Die an Förderschulen bereits bewährten pädagogischen
3351 Unterrichtshilfen wollen wir auch an Gemeinschaftsschulen einführen.

3352 **Für eine individuelle Lernkultur**

3353 Nur eine individualisierte Lernkultur wird allen Schülerinnen und
3354 Schülern gerecht, denn jeder Mensch lernt anders. Der reine
3355 Frontalunterricht kann durch einen Methodenmix aus Projektunterricht,
3356 selbstständigem Lernen, Einsatz von Medien und klassischen Lehrformen
3357 ersetzt werden. Die Aus- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern
3358 muss dem Rechnung tragen. Lernberichte sind ein wirkungsvolles
3359 Instrument der Lern- und Leistungseinschätzung und sollten die
3360 traditionelle Notenskala ergänzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
3361 wollen jahrgangsübergreifenden Unterricht und andere innovative
3362 Lernformen in allen Schularten ermöglichen und innovative
3363 Unterrichtsformen wie das Jahrgangsteam-Modell oder Team-Coaching
3364 unterstützen. Für Kinder mit Teilleistungsschwächen wie Legasthenie,
3365 Dyskalkulie und ADS wollen wir das gesetzlich verbriefte Recht auf
3366 Notenschutz und Nachteilsausgleich einführen. Die Nichtversetzung in
3367 das nächste Schuljahr (Sitzenbleiben) soll durch gezielte individuelle
3368 Förderung überflüssig gemacht werden und nur noch auf Wunsch der
3369 betreffenden SchülerInnen beziehungsweise derer Eltern angewendet
3370 werden.

3371 **Zweisprachiges Bildungssystem für die bi-kulturelle Lausitz**

3372 Wir wollen, dass das sorbische Witaj-Sprachprojekt zu einem
3373 zweisprachigen Bildungssystem für die gesamte bi-kulturelle Lausitz
3374 ausgebaut wird. Auch jenseits des sogenannten sorbischen Kerngebietes
3375 sollen Witaj-Gruppen angeboten werden können und eine entsprechende
3376 Fortführung in den Schulen nach dem „2plus-Modell“ gewährleistet
3377 werden.

3378 **Echte Lernmittelfreiheit verwirklichen**

3379 Schulbildung ist ein Grundrecht, deswegen müssen alle Kinder
3380 unabhängig von ihrer sozialen Herkunft Zugang zu Bildungsinhalten
3381 bekommen. Wir haben noch keine echte Lernmittelfreiheit und somit
3382 keine Bildungsgerechtigkeit. Wir wollen, dass Schulen und Kommunen in
3383 die Lage versetzt werden, für alle SchülerInnen Lehrbücher,
3384 Arbeitshefte und didaktische Materialien bereitzuhalten. Dazu gehört
3385 auch, dass digitale Lernmittel und neue Medien allen Schülerinnen und
3386 Schülern zur Verfügung stehen. Dies kann insbesondere durch die
3387 Förderung von Open-Source-Projekten ermöglicht werden. BÜNDNIS 90/DIE
3388 GRÜNEN sprechen sich für verbindliche Standards für die kostenfreie
3389 Lernmittelausstattung aus.

3390 **Traditionelle Rollenbilder durch geschlechtergerechte Bildung überwinden**

3391 Eine geschlechtergerechte Bildung ist für uns ein wesentlicher
3392 Bestandteil von Bildungsgerechtigkeit. Eine geschlechtersensible
3393 Bildung in Kitas und Schulen hilft, überholte Rollenbilder zu
3394 überwinden und geschlechtsspezifische Benachteiligungen abzubauen.
3395 Deshalb wollen wir geschlechtergerechte Erziehung zu einem
3396 verbindlichen Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von ErzieherInnen
3397 machen und dieses Thema auch in der Lehramtsausbildung sowie der
3398 pädagogischen Fort- und Weiterbildung stärker verankern. Der Anteil
3399 von männlichen Erziehern in Kitas kann noch deutlich erhöht werden.
3400 Zudem ist zu gewährleisten, dass auch Lehr- und Lernmittel im Hinblick
3401 auf Geschlechtersensibilität konzipiert werden.

3402 **Schule in gesellschaftlicher Verantwortung**

3403 Wir wollen, dass an Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches
3404 Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und
3405 gelebt werden. Wir wollen Schulen stärker als bisher für
3406 zivilgesellschaftliche Initiativen öffnen sowie Informationen über und
3407 Trainings gegen Rechtsextremismus offensiv unterstützen und fördern.
3408 Über Informationsveranstaltungen der Bundeswehr muss an der Schule
3409 rechtzeitig informiert werden, und Schülerinnen und Schüler müssen auf
3410 eigenen Wunsch freigestellt werden können.

3411 **LehrerInneausbildung reformieren**

3412 Wir wollen das Lehramtsstudium attraktiver machen und junge Menschen
3413 für den Lehrerberuf gewinnen, z. B. durch freiwillige Eignungstests
3414 für Interessierte bereits vor Studienbeginn. Die Praxisanteile in der
3415 Lehrerausbildung sollen durch Orientierungspraktika und Praxissemester
3416 sowie eine permanente studienbegleitende Praxis gestärkt werden. Auch
3417 die bildungswissenschaftlichen Anteile in der Ausbildung von
3418 Lehrerinnen und Lehrern sind zu stärken - dies gilt insbesondere für
3419 die Grundschule. Wir halten die Unterscheidung der Lehrämter nach
3420 verschiedenen Schularten für überholt und wollen stattdessen die
3421 Lehramtsausbildung auf ein Stufenmodell (Primarstufe - Grundschule,
3422 Sekundarstufe - Oberschule/Gymnasium) mit gleicher Qualität und Dauer
3423 umstellen. Eine stufenbezogene Ausbildung erhöht nicht nur die
3424 Vielseitigkeit des Lehramtsstudiums sondern auch die
3425 Einsatzmöglichkeiten bei der späteren Lehrtätigkeit. In diesem
3426 Zusammenhang streben wir auch eine Gleichstellung des Lehramtes an
3427 Grundschulen mit den übrigen Lehrämtern an. Alle LehrerInnen sollen
3428 umfassende Kompetenzen im Umgang mit SchülerInnen mit Behinderungen
3429 entwickeln können. Deshalb sind Pflichtmodule in inklusiver Pädagogik
3430 verbindlich im Lehramtsstudium zu verankern. Die Ausbildung von
3431 Lehrerinnen und Lehrern muss klar und verbindlich durch ein
3432 Lehrerbildungsgesetz geregelt werden.

3433 **Seiteneinstieg ermöglichen**

3434 Vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden Lehrkräftemangels sollten
3435 alle Möglichkeiten zur Gewinnung von LehrerInnennachwuchs ausgeschöpft
3436 werden. Die beruflichen Schulen haben gezeigt, dass die Einbindung von
3437 SeiteneinsteigerInnen eine Lösung des Problems sein kann. Angesichts
3438 der stärkeren pädagogischen Herausforderungen im Bereich der
3439 allgemeinbildenden Schulen ist es jedoch unerlässlich, die Möglichkeit
3440 des Seiteneinstieges an ein umfassendes pädagogisches Studium zu
3441 koppeln. Deshalb wollen wir die Universitäten mit der Entwicklung
3442 eines eigenständigen Masterstudiengangs für SeiteneinsteigerInnen mit
3443 fachlichem oder pädagogischem Hochschulabschluss beauftragen. Außerdem
3444 ist ein Stipendienprogramm für den Seiteneinstieg in Mangelfächern
3445 aufzulegen.

3446 **Schule als fairer und attraktiver Arbeitsplatz**

3447 Sachsen wird nur dann genügend Lehrkräfte gewinnen können, wenn der
3448 Arbeitsplatz Schule in jeder Hinsicht attraktiver wird. Lehrerinnen
3449 und Lehrer leisten eine wertvolle Arbeit in Sachsen. Sie sind
3450 verantwortlich für gute Bildungserfolge, aber für ihre Arbeit erfahren
3451 sie keine ausreichende Wertschätzung. Sie werden in Sachsen
3452 unterschiedlich entlohnt, weil sie an unterschiedlichen Schularten
3453 unterrichten. Dies ist nicht nur ungerecht, sondern führt unter
3454 anderem dazu, dass ein Großteil der Lehramtsstudierenden das
3455 Gymnasium, aber viel zu wenige die schlechter vergüteten Schularten
3456 Grundschule und Oberschule anstreben. Wir setzen uns für einen
3457 Tarifvertrag zur Arbeitszeit der Lehrkräfte, der alle
3458 Tätigkeitsbereiche berücksichtigt, anstelle der bisherigen einseitigen
3459 Arbeitgeberrichtlinie und eine schrittweise einzuführende einheitliche
3460 Vergütung der Lehrkräfte aller Schularten in der Entgeltgruppe 13 ein.
3461 Faire Altersteilzeitmodelle sind zur Gestaltung des
3462 Generationenwechsels in den Schulen notwendig.
3463 Nicht nur die Vergütung, sondern auch der Arbeitsplatz von Lehrkräften
3464 muss attraktiver gestaltet werden. Wir wollen, dass die Vor- und
3465 Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. In der
3466 Organisation der Arbeitszeit wollen wir uns durch die Ermöglichung von
3467 Arbeitszeitkonten von der einseitigen Konzentration auf die
3468 Unterrichtsverpflichtung lösen und damit die Vielfalt der
3469 pädagogischen Tätigkeiten anerkennen.

3470 **Selbstständige Schule**

3471 Wir wollen Schulen in organisatorischer, finanzieller und personeller
3472 Hinsicht unabhängiger machen. Deshalb wollen wir schrittweise die
3473 Finanzierung der Schulen auf Budgets umstellen, die die spezifischen
3474 sozialen und pädagogischen Voraussetzungen der einzelnen Schulen
3475 berücksichtigen. Die Entscheidungsbefugnis über finanzielle,
3476 organisatorische und personelle Fragen wollen wir in die Hände der
3477 demokratisch gewählten Schulgremien legen. Die Sächsische
3478 Bildungsagentur kann dann zu einer regionalen Koordinationsstelle für

3479 Profilentwicklung, Qualitätsmanagementprozesse und Evaluation
3480 umgewandelt werden. Die Entscheidung über die Einstellung von
3481 Lehrkräften soll mit einem Vorschlagsrecht der Bildungsagentur
3482 (LehrerInnenpool) verbunden sein, um eine regionale ausgewogene
3483 Lehrkräfteversorgung zu sichern.
3484 Der Freistaat soll Schulverbände und andere regionale
3485 Kooperationsformen zwischen mehreren Einrichtungen zulassen und
3486 fördern.
3487 Schulschließungen müssen der Vergangenheit angehören. Intelligente
3488 Vernetzungen können unabhängig von Schülerzahlen flächendeckende Lehre
3489 ermöglichen.

3490 **Schulhausbau - Investitionsstau auflösen**

3491 Der Investitionsstau an sächsischen Schulen beläuft sich nach Angaben
3492 der Kommunen auf fast 2 Mrd. Euro. Dies führt nicht nur zu
3493 Kapazitätsengpässen in den Einrichtungen und einer unbefriedigenden
3494 Lernatmosphäre, sondern auch zu einer schlechten Energie- und
3495 Klimabilanz. Wir wollen diesen Rückstand bis 2020 zu einem Großteil
3496 aufholen. Beim Neubau von Schulen und bei der grundlegenden Sanierung
3497 sind umfassende Ansprüche an Barrierefreiheit sowie moderne
3498 pädagogische Erkenntnisse im Raumkonzept zu berücksichtigen. Vorrangig
3499 wollen wir die baulichen Voraussetzungen für gute Ganztagschulen, z.
3500 B. mit echten Schulküchen oder Ruheräumen, fördern. BÜNDNIS 90/DIE
3501 GRÜNEN sprechen sich für ein Investitionsprogramm aus, um den
3502 Investitionsstau zu einem großen Teil aufzulösen. Diese Verpflichtung
3503 der Schulträger wollen wir mit höheren Schlüsselzuweisungen für
3504 Schüler untersetzen und transparent darstellen.

3505 **Gleichstellung von Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft**

3506 CDU und FDP haben in den letzten Jahren den Betrieb und die Gründung
3507 freier Schulen in Sachsen deutlich erschwert. Die staatlichen
3508 Zuschüsse an Freie Schulen wurden von 90 auf 80 Prozent gesenkt und
3509 die Erstattung des Schulgeldes für sozial Bedürftige abgeschafft. Neu
3510 zu gründende Freie Schulen sollen dieselben Mindestschülerzahlen wie
3511 öffentliche Schulen vorweisen. Auch die „Wartefrist“, nach deren
3512 Ablauf Freie Schulen überhaupt erst öffentliche Zuschüsse bekommen,
3513 ist von drei auf vier Jahre verlängert worden. Wir wollen diese
3514 Verschlechterungen rückgängig machen. Die Schulgelderstattung muss
3515 wieder eingeführt werden.

3516 **Gute Bildung für das ganze Leben: Berufliche Bildung und Weiterbildung**

3517 Angesichts des längst wirkenden Fachkräftemangels ist es nicht
3518 hinnehmbar, dass die Zahl der Ausbildungsabbrüche weiterhin hoch ist.
3519 Wir wollen die duale Ausbildung stärken und die Berufsorientierung
3520 verbessern. Wir wollen durch die Einführung von praxisorientierten
3521 Produktionsschulen und eine Modularisierung der Ausbildung erreichen,
3522 dass auch "Schulmüde" und Jugendliche ohne Schulabschluss durch

3523 Ausbildung einen Einstieg in den Beruf finden. Wo es notwendig ist,
3524 sollen BerufsschülerInnen durch BeratungslehrerInnen als LotsInnen und
3525 MentorInnen bei der Lehrstellensuche, während der Ausbildung und bei
3526 der Arbeitsplatzsuche begleitet werden. Wir wollen, dass sich auch die
3527 beruflichen Schulen schrittweise zu inklusiven Schulen entwickeln.
3528 Dafür wollen wir insbesondere die Ausbildungsbetriebe stärker für
3529 Menschen mit Handicaps sensibilisieren und bei ihrer Ausbildung
3530 unterstützen. Die Schulnetzplanung im Bereich berufsbildender Schulen
3531 und beruflicher Gymnasien findet heute weitgehend in den Grenzen der
3532 Landkreise und kreisfreien Städte statt. Wir wollen, dass sich die
3533 Schulträger einer Region unter der fachlichen Moderation durch das
3534 Kultusministerium kreisübergreifend unter Beteiligung der
3535 Ausbildungsfirmen auf regionale Schulnetzplanungen verständigen, um
3536 auf demographische Entwicklungen zu reagieren und Angebote sinnvoll
3537 aufeinander abzustimmen.

3538 Lebenslanges Lernen bedeutet auch die Chance, schulische Abschlüsse
3539 nachzuholen. Wir wollen wieder mehr Anstrengungen auf den Erhalt des
3540 zweiten Bildungsweges legen, denn die gegenwärtige Ausdünnung der
3541 Abendgymnasien und -mittelschulen baut Möglichkeiten für Erwachsene
3542 ab. Wir wollen dagegen mehr Möglichkeiten schaffen, das Abitur oder
3543 die Mittlere Reife nachzuholen. Vorrangig können dafür vorhandene
3544 Schulgebäude genutzt werden. Dort, wo das nicht möglich ist, soll
3545 geprüft werden, ob die ortsansässige Volkshochschule oder eine andere
3546 geeignete Bildungsstätte mit dieser Aufgabe betraut werden kann.

3547 Zudem wollen wir insbesondere in entwicklungsbedürftigen Regionen und
3548 Stadtquartieren die Zugänge zur Erwachsenenbildung erleichtern.
3549 Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sollen
3550 verstärkt Projekte der Interkulturellen Bildung, der Umweltbildung der
3551 Familienbildung und der Seniorenbildung gefördert werden.

3552 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in einem
3553 Bildungsfreistellungsgesetz den Anspruch auf bezahlte Freistellung für
3554 Weiterbildung gesetzlich verankern. Die Zuschüsse für die
3555 Volkshochschulen wollen wir schrittweise auf den bundesdeutschen
3556 Durchschnitt anheben.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Hochschulen stärken und Potentiale der
Wissenschaft nutzen

3561 **Antragstext**

3562 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Bedeutung von Hochschule
3563 und Wissenschaft stärken und den Zugang zu Wissen möglichst offen und
3564 damit unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Geschlecht gestalten.
3565 Auf dem Weg in eine wissensbasierte Gesellschaft sind Hochschule und
3566 Wissenschaft die zentralen Agenturen des gesellschaftlichen und
3567 ökonomischen Wandels. Aus Hochschulen geht das soziale und
3568 technologische Wissen zur Bewältigung der künftigen gesellschaftlichen
3569 Herausforderungen hervor. Sie stehen in gesellschaftlicher
3570 Verantwortung, dürfen aber nicht ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen
3571 unterworfen werden. Sie sollen im Rahmen des wissenschaftlichen
3572 Diskurses frei über Lehre und Forschung entscheiden können.
3573 Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik der letzten fünf Jahre war
3574 von Kürzungen in der gesamten Hochschullandschaft geprägt. Statt den
3575 Hochschulen mehr Freiheit einzuräumen, wurden diese in ihrem
3576 Gestaltungsspielraum immens eingeschränkt und demokratische Strukturen
3577 weiter geschwächt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen diese
3578 Politik beenden und die sächsischen Hochschulen auf eine solide
3579 finanzielle Grundlage stellen. Für die Zukunft ist wichtig, dass die
3580 sächsischen Hochschulen sich intelligent und demokratisch
3581 organisieren, soziale Herkunftsschranken abbauen, attraktiver für
3582 weibliche und ausländische Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und
3583 Wissenschaftler werden und optimale Bedingungen für den
3584 wissenschaftlichen Nachwuchs bieten.

3585 **Investitionen in die Köpfe**

3586 Trotz des Rückgangs der sächsischen Abiturientenzahlen ist die Zahl
3587 der Studierenden an sächsischen Hochschulen in den letzten Jahren
3588 gestiegen. Wir wollen die Anzahl von derzeit über 100.000 Studierenden
3589 beibehalten und die dafür notwendigen Kapazitäten finanzieren. Statt
3590 dieser Entwicklung gerecht zu werden, hält die schwarz-gelbe Koalition
3591 an ihrem Ziel fest, mit einem Abbau von über 1.000 Stellen bis 2020
3592 über zehn Prozent der wissenschaftlichen Ressourcen zu kürzen. Dabei
3593 liegt die Finanzierung der sächsischen Hochschulen schon jetzt mit
3594 6.800 Euro pro StudentIn am unteren Ende der Bundesländer. BÜNDNIS
3595 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wenden sich gegen diese Stellenkürzungen an
3596 den Hochschulen. Wir wollen die relative Grundfinanzierung der
3597 Hochschulen je Studierenden schnellstmöglich an den bundesdeutschen
3598 Durchschnitt von 7.300 Euro pro StudentIn anheben und bis 2020 zu den
3599 Spitzenländern Bayern und Baden-Württemberg aufschließen. Eine
3600 berechenbare Hochschulfinanzierung mit inhaltlichen Entwicklungszielen
3601 wollen wir im Rahmen einer Hochschulvereinbarung mit allen sächsischen
3602 Hochschulen und Zielvereinbarungen mit den einzelnen Hochschulen
3603 verknüpfen.

3604 **Demokratie an der Hochschule**

3605 Wir wollen mit einem neuen Hochschulgesetz eine umfassende
3606 organisatorische Selbstständigkeit der Hochschulen mit der Stärkung
3607 ihrer Mitbestimmungsstrukturen und der Öffnung für ihr
3608 gesellschaftliches Umfeld verbinden. Wir wollen den Hochschulen mehr
3609 eigene Verantwortlichkeiten geben, etwa bei Fragen ihrer Struktur, der
3610 Verteilung ihrer Finanzen oder bei der Ausgestaltung ihres
3611 Studienangebotes. Über die konkrete Ausgestaltung ihrer Organisation
3612 sollen die Hochschulen in der Grundordnung selbst entscheiden. Die
3613 gesetzlichen Reglementierungen zu Amtszeiten, Gremiengrößen und
3614 anderen organisatorischen Details können so entfallen. Die mittel- und
3615 langfristige Entwicklung der Hochschulen soll durch Zielvereinbarungen
3616 und eine Landeshochschulvereinbarung geregelt werden, die der
3617 Zustimmung des Landtags bedarf.
3618 Anstelle des bisherigen erweiterten Senats wollen wir eine von den
3619 Mitgliedergruppen direkt gewählte Hochschulversammlung einführen,
3620 welche die Grundordnung beschließt und das Rektorat wählt. In
3621 grundsätzlichen Angelegenheiten sollen Senat und Fakultätsrat
3622 entscheiden. Wir fordern starke Fakultätsräte, die über alle Fragen,
3623 die nur eine Fakultät betreffen, selbstständig befinden. Die
3624 Mitgliedergruppen der Hochschulen sollen in den Gremien in allen
3625 nicht-forschungsbezogenen Fragen gleich stark vertreten sein. Das
3626 Rektorat ist dann für die Vorbereitung und Ausführung der
3627 Entscheidungen zuständig, leitet die täglichen Geschäfte der
3628 Hochschulen und hat die Rechtsaufsicht inne. Die Kompetenzen des
3629 Hochschulrates sollen auf die strategische Beratung von Senat und
3630 Hochschule und die Vermittlung im Konfliktfall beschränkt werden. Er
3631 soll sich vollständig aus hochschulexternen Mitgliedern
3632 zusammensetzen, die von der Hochschulversammlung gewählt werden. Wenn

3633 es um Angelegenheiten der Studienorganisation geht, möchten wir den
3634 Studierenden als direkt Betroffenen ein Vetorecht einräumen, welches
3635 nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Gremiums überstimmt werden
3636 kann. Im Sinne einer funktionierenden Gewaltenteilung sollen die
3637 Rektorate in den Senaten kein Stimmrecht besitzen. Wir wollen starke,
3638 autonom handelnde Studierendenvertretungen. Diese sind nur möglich,
3639 wenn alle Studierenden Mitglieder der Studierendenschaften bleiben und
3640 so das Solidarsystem stützen. Die von Schwarz-Gelb eingeführte
3641 Möglichkeit des Austritts aus den verfassten Studierendenschaften
3642 wollen wir deshalb rückgängig machen.

3643 **Offene und soziale Hochschule**

3644 Die sozialen Rahmenbedingungen an den sächsischen Hochschulen haben
3645 sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Mit der Einführung
3646 von Langzeitstudiengebühren durch CDU und FDP ist der Einstieg in die
3647 Erhebung von Studiengebühren an sächsischen Hochschulen erfolgt. Die
3648 Studienfinanzierung hat sich nicht verbessert, denn der Großteil der
3649 Studierenden ist finanziell von den Eltern abhängig oder muss nebenbei
3650 jobben. Wir wollen die Studiengebührenfreiheit bis zum ersten Master-
3651 /Diplomabschluss und für das Graduiertenstudium gesetzlich
3652 verankern. Wir streben den Einstieg in eine armutsfeste und
3653 elternunabhängige Studienfinanzierung an, die Teilzeit- und
3654 Weiterbildungsstudiengänge einschließt und eine nicht rückzahlbare
3655 Grundsicherung umfasst.

3656 Die Zuschüsse der Studentenwerke wollen wir bedarfsgerecht anheben.
3657 Mit ihnen sind Zielvereinbarungen über die Finanzierung und die zu
3658 erbringenden Leistungen abzuschließen. Um die soziale Lage der
3659 Studierenden zu verbessern, brauchen wir bessere Beratungsleistungen
3660 sowie einen Ausbau der Angebote an Krippen- und Kita-Plätzen. Die
3661 dafür notwendigen Mittel sind durch den Freistaat zur Verfügung zu
3662 stellen.

3663 Unsere Zielstellungen im geforderten sächsischen Klimaschutzgesetz
3664 helfen, den Sanierungsstaus bei den Wohnheimen und Mensen abzubauen.
3665 Zugleich schafft die energetische und ökologische Sanierung eine
3666 wichtige Voraussetzung für die künftige Bezahlbarkeit von
3667 Wohnheimplätzen in ausreichender Anzahl.

3668 **Kreativität durch Vielfalt an Hochschulen voranbringen**

3669 Wir setzen uns für Hochschulen ein, die vielfältigen Lebensentwürfen
3670 und Lebenssituationen aller Hochschulangehörigen Rechnung tragen und
3671 Diskriminierung keinen Platz geben. Ein Bewusstsein für vielfältige
3672 Lebensentwürfe kann durch die Förderung von entsprechenden Professuren
3673 und Forschungsaktivitäten geschaffen werden.

3674 Um die Internationalisierung der Hochschulen voranzutreiben, wollen
3675 wir durch die Vereinbarung konkreter Zielstellungen den Anteil von
3676 ausländischen Studierenden, Lehrenden und Forschenden erhöhen. Hierfür
3677 sollen flächendeckende Unterstützungs- und Beratungsangebote angeboten

3678 werden. Wir wollen erreichen, dass alternative Studienformen wie
3679 flächendeckende Teilzeitstudierbarkeit oder Angebote von Präsenz- und
3680 Online-Lernphasen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Studium,
3681 Beruf und Engagement an den Hochschulen selbstverständlich werden. Die
3682 Chancengleichheit von Frauen, Eltern und Menschen mit
3683 Migrationshintergrund oder Behinderung wollen wir durch gezielte
3684 Maßnahmen gewährleisten.

3685 **Mehr Qualität in der Lehre**

3686 Durch hochschuldidaktische Zentren und die Berücksichtigung
3687 hochschuldidaktischer Fähigkeiten bei der Einstellung von Lehrenden
3688 wollen wir die Lehrqualität nachhaltig erhöhen.

3689 Die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge haben vielfach die
3690 Zielstellungen des Bologna-Prozesses verfehlt. Die freie Gestaltung
3691 des Studiums wurde durch einen zu hohen Verpflichtungsgrad erheblich
3692 eingeschränkt. Durch die gesetzliche Regelung eines verbindlichen
3693 Informations- und Veranstaltungsangebots in der Studieneingangsphase
3694 sowie die Verringerung der Stoff- und Prüfungsdichte wollen wir mehr
3695 Studierende zum Abschluss bringen. Durch eine Regelanerkennung von
3696 auswärtigen Studien- und Prüfungsleistungen können wir eine höhere
3697 Mobilität erreichen. Der Zugang zum konsekutiven Masterstudiengang
3698 muss, abgesehen vom Bachelor, ohne weitere Zugangsvoraussetzungen
3699 gestaltet werden.

3700 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Möglichkeit des Teilzeitstudiums und
3701 des berufs begleitenden Studiums verbindlich einführen.

3702 **Promotion mit Perspektive**

3703 Promovierende tragen einen wesentlichen Teil der Lehr- und
3704 Forschungsleistungen, aber die Promotionsbedingungen an sächsischen
3705 Hochschulen sind nicht zufriedenstellend. Die Rechte der
3706 Promovierenden sind vielfach unklar und die Betreuungsbedingungen oft
3707 ungenügend. Wir wollen die Rechte der Promovierenden durch eine
3708 verpflichtende Dissertationsvereinbarung, die einheitliche Regelung
3709 des Status und eigene Vertretungsgremien stärken.

3710 Das in vielen Fällen bewährte kooperative Promotionsverfahren wird den
3711 hervorragenden Forschungsleistungen einiger Fachhochschulen nur
3712 unzureichend gerecht. Wir wollen ergänzend dazu das Promotionsrecht
3713 für einzelne Fachbereiche von Fachhochschulen auf Vorschlag einer
3714 wissenschaftlichen Kommission hin ermöglichen.

3715 Die in den letzten Jahren gesunkenen Aufwendungen für die
3716 Graduiertenförderung wollen wir deutlich steigern und dabei auf ein
3717 ausgewogenes Verhältnis der Fächer und Geschlechter achten. Für
3718 promovierende wissenschaftliche MitarbeiterInnen wollen wir eine
3719 Begrenzung der Lehraufgaben und eine Anerkennung der
3720 Promotionstätigkeit als Teil der regulären Arbeitszeit erreichen.

3721 **Fair statt prekär - Wissenschaft als Beruf chancengerecht gestalten**

3722 Viele Beschäftigungsverhältnisse an den sächsischen Hochschulen sind
3723 prekär, weil sie kurz befristet und schlecht bezahlt sind.
3724 Insbesondere Hilfskräfte und Lehrbeauftragte arbeiten unter
3725 unregelmäßigen Bedingungen, unterbezahlt und ohne Vertretung ihrer
3726 Interessen. In der Regel arbeiten wissenschaftliche Mitarbeiterinnen
3727 und Mitarbeiter als Teilzeitbeschäftigte auf befristeten Stellen.
3728 Dieser Umstand macht den Wissenschaftsbetrieb für viele hoch
3729 qualifizierte AbsolventInnen unattraktiv. Wir wollen nach dem Prinzip
3730 "Dauerstellen für Daueraufgaben" schrittweise wieder einen echten
3731 "Mittelbau" mit Perspektiven auf eine unbefristete wissenschaftliche
3732 Beschäftigung jenseits der Professur schaffen und Personalvertretungen
3733 für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte sowie
3734 Lehrbeauftragte einrichten.
3735 Wir wollen auch dafür sorgen, dass ein Drittel der neu zu besetzenden
3736 Professuren über Juniorprofessuren berufen werden. Dabei wollen wir
3737 durchsetzen, dass die Juniorprofessur nach sechs Jahren bei
3738 Evaluierung und Einhaltung vorher vereinbarter Zielstellungen zur
3739 ordentlichen Professur führt.
3740 Sächsische Hochschulen können familienfreundliche Arbeitgeber werden.
3741 Wir wollen hochschulnahe Kindertagesstätten und Doppelkarrieren
3742 unterstützen. Familiäre Verpflichtungen dürfen nicht mehr zu
3743 Erschwernissen in der beruflichen Fortentwicklung führen. Wir wollen
3744 den Hochschulen zugleich mehr Freiheit beim Personaleinsatz geben. Die
3745 Regelung der Dienstaufgaben und der Nebentätigkeiten soll künftig in
3746 der Hochschule erfolgen. Anstelle der bisherigen Rechtsverordnung soll
3747 die Lehre über Vereinbarungen von Hochschulen und Fakultäten
3748 geregelt werden. Wir wollen in Anlehnung an den international
3749 verbreiteten Lecturer eine unbefristete Beschäftigungskategorie mit
3750 dem Tätigkeitsschwerpunkt Lehre einführen sowie Professuren mit
3751 Schwerpunkt in Forschung oder Lehre bei gleicher Besoldung
3752 ermöglichen.
3753 Die Berufung von Professorinnen und Professoren wollen wir
3754 transparenter gestalten, indem wir Berufungsprüfungs-Kommissionen
3755 einführen. Wir werden uns für die Aufhebung der Tarifsperre im
3756 Wissenschaftsbereich einsetzen und in einem Wissenschaftstarifvertrag
3757 verbindliche Regelungen und Mindestvergütungen auch für
3758 wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, Lehrbeauftragte und
3759 PrivatdozentInnen festschreiben. Darin sollen verbindliche Regelungen
3760 zu Aufgabenfeld, Vergütung und Urlaub von studentischen und
3761 wissenschaftlichen Hilfskräften festgelegt werden.

3762 **Wissenschaft mit Verantwortung**

3763 Das Leitbild einer nachhaltigen Wissenschaft ist Chance für die
3764 hochschulübergreifende Profilierung der sächsischen Hochschulen.
3765 Sachsen kann seine Potenziale zielgerichtet nutzen und sich bis 2020
3766 zu einem führenden Forschungs- und Ausbildungsstandort für
3767 regenerative Energieversorgung, Minderung des Primärenergiebedarfs,
3768 Energieeffizienz sowie postfossile Produktion und Mobilität

3769 entwickeln. Im Rahmen der Hochschulentwicklungsplanung wollen wir eine
3770 Neuausrichtung der Ingenieursfächer erreichen und die Kooperation der
3771 Hochschulen in diesen Bereichen untereinander sowie mit
3772 außeruniversitärer Forschung und Wirtschaft gezielt stärken. Im
3773 Gegenzug setzen wir uns für den schrittweisen Abbau der öffentlichen
3774 Förderung von Kohle- und Kernenergieforschung ein. Die starke Position
3775 der technologieorientierten Wissenschaft in Sachsen darf jedoch nicht
3776 zu Lasten der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung gehen.
3777 Wir wollen die Geistes- und Sozialwissenschaften als Grundlage
3778 gesellschaftlicher Diskussionsprozesse stärken, damit sie die
3779 notwendigen wissenschaftlichen Impulse für die Bewältigung von
3780 Herausforderungen der Integration, Fragen sozialer Ungleichheit und
3781 des demografischen Wandels sowie die Gestaltung der Wissens- und
3782 Dienstleistungsgesellschaft geben können.

3783 **Open Access in der Forschung fördern**

3784 Forschung lebt vom ungehinderten, weltweiten Austausch der
3785 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler untereinander. Dieser
3786 Austausch wird künftig in noch größerem Maße über das Internet
3787 stattfinden: durch Fachzeitschriften im Netz, vor allem aber durch die
3788 Bereitschaft der Forschenden, ihre Arbeiten online zur Verfügung zu
3789 stellen. Dieser Austausch sollte nicht durch Kostenbarrieren behindert
3790 werden. Überall da, wo Wissenschaft durch öffentliche Gelder
3791 finanziert wird, sollten die Ergebnisse dieser Forschung der
3792 Öffentlichkeit und der Wissenschaftswelt gemäß dem Open-Access-Prinzip
3793 gebührenfrei im Netz zugänglich gemacht werden können. BÜNDNIS
3794 90/DIE GRÜNEN in Sachsen sprechen sich für eine sächsische Open-
3795 Access-Strategie aus, in welcher der Freistaat Maßnahmen entwickelt,
3796 mit denen Open Access vorangebracht und die Benachteiligung von Open-
3797 Access-Publikationen abgebaut wird. Ein Mittel dazu kann ein
3798 sächsischer Open-Access-Förderfonds sein. Wir wollen, dass der
3799 Freistaat Sachsen die Etablierung eines Zweitveröffentlichungsrechts
3800 für wissenschaftliche Autorinnen und Autoren unterstützt.

3801 **Fachhochschulen als regionale Innovationsmotoren stärken**

3802 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen durch einen Innovationspool
3803 die Fachhochschulen als regionale Innovationsmotoren stärken. Dabei
3804 können sich die Hochschulen mit Konzepten bewerben, die Beiträge zur
3805 Gestaltung regionaler ökonomischer Innovationsstrukturen und
3806 gesellschaftlicher Herausforderungen in der Region erbringen.
3807 Aufeinander abgestimmte Maßnahmen der Übernahme von Forschungs- und
3808 Entwicklungsdienstleistungen, der Förderung von Existenzgründungen
3809 und des Aufbaus eines regional vernetzten Wissensmanagements können so
3810 finanziert werden. Das dient insbesondere den Regionen jenseits der
3811 urbanen Zentren Dresden und Leipzig zur Entwicklung und
3812 Stabilisierung. Bei der Förderung soll darauf geachtet werden, dass
3813 die Umsetzung dieser Konzepte mit einer nachhaltigen

3814 Personalentwicklungsstrategie der Hochschulen verknüpft wird, um
3815 Kompetenzen in der Region zu halten. Mit den bestehenden Career
3816 Services sollen die Fachhochschulen zu regionalen Kompetenzzentren
3817 für Fachkräftenachwuchs ausgebaut werden.

3818 **Berufsakademie als Hochschule entwickeln**

3819 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten die Weiterentwicklung der
3820 Berufsakademie als Teil des Hochschulsystems unter Beibehaltung der
3821 Strukturmerkmale einer dualen Ausbildung. Wir wollen, dass die
3822 Forschungsmöglichkeiten der Berufsakademie erweitert werden und dass
3823 das besondere Profil der Kooperation mit Praxispartnern stärker für
3824 den Bereich der Weiterbildung genutzt wird. Mit dem damit verbundenen
3825 stärkeren wissenschaftlichen Profil wollen wir auch mehr Freiheiten
3826 und Rechte für die Studierenden verbinden.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: **Vielfalt und Qualität in den Medien und ein freies Internet**

3829 **Antragstext**

3830 Information und Meinungsbildung über unabhängige und freie Medien sind
3831 eine Grundlage unserer Demokratie. Wir setzen uns für ein offenes,
3832 freiheitliches Internet und eine vielfältige Medienlandschaft für alle
3833 Menschen in Sachsen ein. Das betrifft alle Politikfelder vom
3834 Breitbandausbau bis zum Urheberrecht.

3835 **Zukunftsfähige und auftragsgerechte öffentlich-rechtliche Medien**
3836 Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-
3837 rechtlichen Rundfunks in Deutschland und zur solidarischen
3838 Finanzierung durch alle, die sich dies leisten können. Gleichwohl
3839 erwarten wir von öffentlich-rechtlichen Anstalten eine qualitative
3840 Weiterentwicklung. Wesentlich dafür sind der verantwortungsvolle und
3841 transparente Umgang mit finanziellen Ressourcen und moderne Prüfungs-
3842 und Kontrollstrukturen. Wir legen Wert darauf, dass der MDR im Rahmen
3843 seines Grundversorgungsauftrages möglichst viele Menschen mit
3844 Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsangeboten zu erreichen
3845 versucht, sich aber im Zweifelsfall für Qualität statt Quote
3846 entscheidet. Wir begrüßen einen deutlichen Ausbau der Barrierefreiheit
3847 beim MDR. Außerdem unterstützen wir die Anstrengungen, ansprechende
3848 Angebote für Jugendliche im Verbund mit anderen Länderanstalten zu
3849 entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die von der Allgemeinheit
3850 bezahlten Inhalte von ARD und ZDF auf Webseiten und in Mediatheken
3851 ohne Zeitbeschränkung und barrierefrei verfügbar sind. Die
3852 Möglichkeiten zur Nutzung und Weiterentwicklung der Inhalte sollen im
3853 Rahmen von Creative-Commons-Lizenzen ausgebaut und Urheberinnen und

3854 Urheber dafür angemessen beteiligt werden.
3855 Die Zusammensetzung des Rundfunkrates als gesellschaftliches
3856 Kontrollgremium des MDR soll die Vielfalt unserer Gesellschaft
3857 widerspiegeln und beispielsweise auch Menschen mit Behinderungen,
3858 Lesben und Schwule, Migrantinnen und Migranten repräsentieren. Der
3859 Rundfunkrat soll noch staatsferner und geschlechterparitätisch besetzt
3860 werden. Insbesondere ist sicherzustellen, dass
3861 RegierungsvertreterInnen keinen direkten Einfluss auf die
3862 Konstituierung des Rundfunkrats haben. Wir wollen das Gremium durch
3863 Fortbildung und Expertenwissen in seiner Durchsetzungskraft stärken.
3864 Gegenüber den anderen Bundesländern soll Sachsen sich bei der
3865 Weiterentwicklung des Medienstaatsvertrages dafür einsetzen, dass eine
3866 wirkliche Transparenz bei den Produktions- und Verwaltungskosten in
3867 den öffentlich-rechtlichen Anstalten geschaffen wird. Mehreinnahmen
3868 aus dem Rundfunkbeitrag sollen zum Abbau von Werbung im öffentlich-
3869 rechtlichen Rundfunk genutzt werden.

3870 **Nicht-kommerzielle Bürgermedien stärken**

3871 Bürgerradios sind eine wichtige Ergänzung der sächsischen
3872 Medienlandschaft jenseits des MDR und der kommerziellen Anbieter. Wir
3873 wollen ein sicheres finanzielles Fundament der Freien Radios
3874 gesetzlich verankern. Um eine breite zivilgesellschaftliche
3875 Beteiligung an Diskursen in lokalen Öffentlichkeiten zu ermöglichen,
3876 wollen wir weitere nichtkommerzielle medienübergreifende
3877 Medieninitiativen stärken. Insbesondere sind dabei auch das Leitmedium
3878 Fernsehen und Online-Angebote zu berücksichtigen.

3879 **Ein IT-Konzept für den Freistaat Sachsen**

3880 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung eines sächsischen
3881 IT-Konzepts ein. Dieses Konzept muss unter anderem die Einführung und
3882 Verwendung energiesparender Hardware (Green-IT), Nutzung von
3883 Verschlüsselungstechnologien für die Kommunikation innerhalb von und
3884 mit öffentlichen Behörden und die Verwendung offener Software geregelt
3885 werden. Aus Datenschutz- und Sicherheitsgründen dürfen Server mit
3886 Datenbanken für sensible, personenbezogene Informationen ihren
3887 Standort nur innerhalb der EU bzw. sollen ihn bevorzugt in Sachsen
3888 haben.

3889 **Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien**

3890 Die Entscheidungskompetenzen der Versammlung der Landesanstalt für
3891 privaten Rundfunk und neue Medien wollen wir über die bestehenden
3892 Beratungs- und Initiativrechte hinaus deutlich ausbauen, damit die
3893 Mitbestimmung durch gesellschaftlich relevante Gruppen verbessert
3894 wird. Den Auftrag der Landesanstalt wollen wir mit Blick auf den
3895 digitalen Wandel der Medienlandschaften weiterentwickeln.

3896 **Wirkungsvoller, verhältnismäßiger und zukunftsfähiger Kinder- und**

3897 **Jugendmedienschutz**

3898 Der Schutz Heranwachsender vor beeinträchtigenden Medieneinflüssen,
3899 beispielsweise dem Verlust der Privatsphäre oder Cybermobbing, aber
3900 auch vor gewaltverherrlichenden und rassistischen Inhalten, liegt auch
3901 in der Verantwortung von Staat und Medienanbietern. Eltern dürfen in
3902 der sich rasant entwickelnden Medienwelt nicht alleingelassen werden
3903 und brauchen Orientierung bei der Medienerziehung. Wirkungsvoll sind
3904 Maßnahmen nur, wenn sie eine selbstbestimmte Nutzung nicht verhindern
3905 und von den technischen Realitäten ausgehen. Wir wollen keine
3906 Symbolpolitik, die sich auf Konzepte aus der Rundfunkära verlässt. So
3907 sind Zeitbeschränkungen im globalen Internet keine Lösung. Filter
3908 werden von Jugendlichen leicht umgangen. Viele Inhalte des privaten
3909 Austauschs in sozialen und mobilen Medien lassen sich ohnehin nicht
3910 filtern. Ein verhältnismäßiger Schutz berücksichtigt die Meinungs- und
3911 Informationsfreiheit im Netz. Wir GRÜNEN lehnen weitreichende
3912 Eingriffe wie verpflichtende Filterung von Inhalten im Internet ab,
3913 wie sie im gescheiterten Jugendmedienschutzstaatsvertrag vorgesehen
3914 waren. Der beste Kinder- und Jugendmedienschutz ist eine umfassend
3915 verankerte gesellschaftliche Querschnittsaufgabe Medienbildung. Der
3916 geltende Jugendmedienschutzstaatsvertrag muss weiterentwickelt und
3917 zukunftsfähig gemacht werden. Wir unterstützen ein transparentes
3918 Verfahren, in dem nicht in den Hinterzimmern der Staatskanzleien,
3919 sondern mit allen beteiligten Gruppen aus Zivilgesellschaft,
3920 Wissenschaft, Wirtschaft und Politik tragfähige Regelungen erarbeitet
3921 werden.

3922 **Medienkompetenz als alltägliche Bildungsaufgabe verankern**

3923 Für uns ist Medienkompetenz eine Schlüsselqualifikation zur
3924 selbstbestimmten Lebensgestaltung, für berufliche, gesellschaftliche
3925 und kulturelle Teilhabe und politische Mitbestimmung. Auch die
3926 kritische Auseinandersetzung mit Medien und soziale Verantwortung sind
3927 Bestandteile von Medienkompetenz. Medienkompetente Menschen brauchen
3928 keine Verbote von Medien. Wir wollen erreichen, dass ein Masterplan
3929 Medienkompetenz als ressortübergreifendes Gesamtkonzept für Sachsen
3930 aufgestellt und ein Medienkompetenzzentrum Sachsen eingerichtet wird.
3931 Wir wollen in der LehrerInnenausbildung an sächsischen Hochschulen
3932 eine ausreichende medienpädagogische Grundbildung verankern und
3933 Schulen und LehrerInnen im aktiven Dienst bei der Fortbildung, der
3934 Entwicklung medienpädagogischer Konzepte und der Kooperationen mit
3935 externen Partnern besser unterstützen. Beratungsangebote für Eltern
3936 sind auszubauen. Öffentliche Bibliotheken wollen wir zu modernen
3937 Bildungs- und Kommunikationsorten weiterentwickeln.

3938 **Freifunk fördern**

3939 Die Initiative "Freifunk" hat sich der Entwicklung und Förderung von
3940 offenen WLAN-Netzen verschrieben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen
3941 unterstützen Freifunk als wichtige zivilgesellschaftliche Initiative.

3942 Wir fordern die Unterstützung von Freifunk in den Kommunen, personelle
3943 und politische Unterstützung für lokale Freifunk-Projekte und
3944 Nutzungsmöglichkeiten für ungenutzte Netz-Infrastrukturen. Kommunale
3945 Open-Government-Angebote sollen auch im jeweils lokalen Freifunk-Netz
3946 verfügbar sein. Das Recht auf politische Mitgestaltung, gerade bei der
3947 Informationsverwaltung und beim Informationszugang, muss in Sachsen
3948 Verfassungsrang haben. Digitales Bürgerengagement in Freifunknetzen
3949 braucht außerdem klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Offene
3950 zivilgesellschaftliche Netze brauchen ein Haftungsprivileg, das
3951 ständig drohende Abmahnungen verhindert. Auch bei Frequenzplanung,
3952 Frequenzvergabe und Telekommunikationsregulierung sollen die
3953 Bedürfnisse offener, dezentraler Netze berücksichtigt werden.

3954 **Zensur-Infrastruktur verhindern!**

3955 Wie wollen Regelungen zu verhindern, die die Informations- und
3956 Kommunikationsfreiheit im Internet einschränken. Insbesondere soll der
3957 Freistaat Sachsen seine Zustimmung zu Staatsverträgen (Jugendmedien-,
3958 Glücksspielstaatsvertrag) davon abhängig machen, dass die
3959 Verpflichtung zu Altersverifikationssystemen für Anbieter und
3960 UrheberInnen von Beiträgen in den Bereichen Blogs,
3961 Kommentarfunktionen, Soziale Netzwerke, Microblogging und weiterer
3962 Plattformen für nutzergenerierte Inhalte (User Generated Content)
3963 entfällt und die Verpflichtung zu einer Kennzeichnung von Internet-
3964 Angeboten, die geeignet wären, automatische Filterungen zu
3965 ermöglichen, ausgeschlossen bleiben.

Wahlprogramm

Antrag an die 41. Landesversammlung in Leipzig am 17./18.01.2014

AntragsstellerIn: Landesvorstand BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

Gegenstand: Sachsen wächst mit Kultur

3969 Antragstext

3970 Kultur und Kunst prägen uns und unsere Gesellschaft, gestalten
3971 Lebensräume und Lebenswirklichkeiten. Sie sind Möglichkeiten des
3972 Austausches und der gesellschaftlichen Selbstverständigung. Kunst und
3973 Kultur haben einen Eigenwert, den es vor allen weiteren Effekten auf
3974 Wirtschaft und Tourismus anzuerkennen gilt. Und Kunst und Kultur
3975 brauchen Freiheiten und Freiräume, die wir sichern müssen, wenn wir
3976 nicht nur marktgängige, bequeme Formen erhalten wollen.
3977 Unser Ziel ist es, die großen künstlerischen und kulturellen
3978 Potenziale in Sachsen zu erhalten und zu erneuern. Für uns heißt das,
3979 sowohl unser vielgestaltiges kulturelles Erbe zu pflegen und erlebbar
3980 zu machen, als auch die Entwicklung neuer künstlerischer
3981 Ausdrucksformen zu gewährleisten. Und es bedeutet vor allem, allen
3982 Menschen Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen. Weder Wohnort noch
3983 Geldbeutel, soziale Herkunft noch Behinderung dürfen Menschen von
3984 einer intensiven Begegnung mit Kultur und Kunst ausschließen.

3985 **Kulturelle Bildung - ein Leben lang**

3986 Wir GRÜNEN wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Wohnort,
3987 ihrem Alter oder ihrer sozialen Herkunft Angebote kultureller Bildung
3988 wahrnehmen können. Dafür wollen wir die entsprechenden finanziellen
3989 und strukturellen Rahmenbedingungen schaffen. Notwendig ist ein
3990 abgestimmtes Handeln von Kultus- und Kulturministerium,
3991 Bildungsagenturen, Landeskulturverbänden, Kulturräumen,
3992 Landesvereinigung kultureller Bildung, aber auch den Kinder- und
3993 Jugend- sowie SeniorInnenvertretungen zum Erhalt und Ausbau
3994 kultureller Bildungsangebote. Wir erkennen Kindertages- und

3995 Schuleinrichtungen als herausragende Orte kultureller Bildung an,
3996 wollen jedoch, dass diese nicht nur dort, sondern - im Sinne des
3997 lebenslangen Lernens - in Kooperation mit KünstlerInnen und
3998 PädagogInnen auch in Stadt- und Jugendzentren, in Museen und
3999 Volkshochschulen und in Einrichtungen der darstellenden Kunst für alle
4000 Altersgruppen angeboten wird. Deshalb setzen wir uns für die
4001 Einrichtung einer landesweiten Koordinierungs- und Beratungsstelle und
4002 die Aufrechterhaltung der Netzwerkstellen für kulturelle Bildung in
4003 den Kulturräumen ein. Wir wollen, dass Lernpatenschaften, von Aus- und
4004 Fortbildungsangeboten für PädagogInnen und Kulturschaffende und von
4005 regelmäßigen Angeboten an der Schnittstelle von Schulen und
4006 Kulturträgern finanziert werden. Das Unterrichtsangebot in den
4007 künstlerisch-ästhetischen Fächern muss abgesichert und echte
4008 Ganztagsangebote gefördert werden. Wir GRÜNEN wollen die
4009 Volkshochschulen stärken, die gerade auch im ländlichen Bereich ein
4010 breites Angebot vorhalten.

4011 **Kultur in Vielfalt und Freiheit**

4012 Die Gleichwertigkeit von traditionellen und modernen künstlerischen
4013 Ausdrucksformen, die Gleichberechtigung von sogenannter Hochkultur und
4014 der sich immer wieder neu erfindenden Breitenkultur ist für uns
4015 selbstverständlich. Wir achten deshalb darauf, dass Bildende und
4016 Darstellende Kunst, Soziokultur, Musik, Literatur und Film jeweils in
4017 Formen gefördert werden, die der jeweiligen Sparte angemessenen sind -
4018 von Ausstellungshonoraren und Katalogförderung über Stipendien bis zu
4019 Lesereihen und Musikfestivals. Die entsprechenden Landeskulturverbände
4020 sollen in den Fachbeiräten der Kulturstiftung eine ständige Stimme
4021 erhalten.
4022 Besonderes Augenmerk legen wir auf die freie Szene. In der freien
4023 Theater- und Tanzszene wird Kreativität in besonderem Maße gelebt. Wir
4024 wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen den Mangel an Proberäumen
4025 und Spielstätten abbauen und Gastspiele unterstützen. Durch ein
4026 Förderprogramm soll es jungen Bands möglich werden, sich unabhängig
4027 von großen Plattenfirmen zu entwickeln.

4028 **Regionale Kultur stärken: Kulturräumgesetz weiterentwickeln**

4029 Sächsische Vielfalt, regionale Identität und Heimat wachsen aus
4030 traditionellen und modernen Formen der Kultur vom Vogtland bis zur
4031 Lausitz. Mit dem Kulturräumgesetz ist es in Sachsen seit 20 Jahren
4032 gelungen, ein reiches Angebot an Theatern und Orchestern, Festivals
4033 und Museen auch außerhalb von Chemnitz, Leipzig und Dresden zu
4034 erhalten. Wir wollen das Gesetz überprüfen, weiterentwickeln und
4035 zukunftssicher machen. Voraussetzung dafür ist eine Anpassung des
4036 staatlichen Zuschusses an die Kostensteigerungen sowie die
4037 gegenwärtigen und künftigen Anforderungen. Insbesondere gilt es dem
4038 Gehälter-Dumping in den Kultureinrichtungen und dem Trend zu
4039 entsprechenden Haustarifverträgen entgegenzuwirken. Deshalb wollen wir

4040 den Landeszuschuss für die Kulturräume um jährlich 8 Millionen Euro
4041 anheben, ohne dabei die Kommunen aus ihrer finanziellen Verantwortung
4042 zu entlassen. Die finanzielle Belastung der Kulturräume durch die
4043 Landesbühnen Sachsen wollen wir rückgängig machen. Auf dieser
4044 Grundlage wollen wir den Verteilungsschlüssel zwischen urbanen und
4045 ländlichen Kulturräumen überprüfen, um die kulturelle Attraktivität
4046 der ländlichen Räume zu erhalten und der Abwanderung entgegenzuwirken.
4047 Wir wollen eine hohe Transparenz der laufenden Kostenentwicklungen bei
4048 den öffentlichen kulturellen Einrichtungen sicherstellen, um
4049 Finanzierungsschwierigkeiten vorzubeugen. Im Interesse der
4050 Innovationskraft wollen wir eine angemessene Förderung von Projekten
4051 und freien Initiativen sichern.

4052 **Bibliotheken und Museen als Orte der Bildung und der Kultur**

4053 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen die Bibliotheken als
4054 Bildungsorte, Medienzentren und Kultureinrichtungen stärken und ein
4055 leistungsstarkes und flächendeckendes Bibliothekssystem in ganz
4056 Sachsen erhalten. Gemäß der Empfehlungen, die die Enquetekommission
4057 des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ bereits 2007
4058 ausgesprochen hat, wollen wir deshalb ein sächsisches
4059 Bibliotheksgesetz einführen. Es soll für Bibliotheken Mindeststandards
4060 u.a. hinsichtlich der Ausbildung des Personals und der technischen
4061 Ausstattung formulieren, bei deren Erfüllung der Freistaat die
4062 Kommunen finanziell unterstützt. Die Kooperation mit
4063 Bildungseinrichtungen soll verbessert werden.
4064 Auch die sächsischen Museen und Sammlungen leisten einen großen
4065 Beitrag zur kulturellen Bildung, sind bestimmend für die Attraktivität
4066 des Freistaates und zudem noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Neben
4067 Leuchttürmen wie den Staatlichen Kunstsammlungen, dem Sächsischen
4068 Industriemuseum oder dem zukünftigen Landesmuseum für Archäologie gibt
4069 es eine Vielzahl staatlich geförderter Einrichtungen in den
4070 Mittelstädten und im ländlichen Raum. Nach wie vor fehlt jedoch eine
4071 Museumskonzeption, die sich den Herausforderungen der schrumpfenden
4072 finanziellen Ressourcen und der demografischen Entwicklung ebenso
4073 stellt wie der Notwendigkeit, den vorhandenen Bestand an Museen zu
4074 erhalten. Wir wollen eine ausgewogene Entwicklung von staatlichen und
4075 kommunalen Einrichtungen. Deshalb unterstützen wir eine
4076 leistungsfähige Landesstelle für Museumswesen ein. Zudem wollen wir
4077 endlich eine angemessene Nutzungskonzeption für das Japanische Palais
4078 und eine klare Zukunftsperspektive für die Ethnografischen Sammlungen
4079 und die Senckenberg-Sammlung schaffen.

4080 **Kultur - grenzenlos**

4081 Die Region des heutigen Sachsens war in ihrer Geschichte immer eng mit
4082 anderen Regionen Europas verknüpft. Menschen aus allen Teilen Europas
4083 und der Welt waren aktiv an ihrer Entwicklung beteiligt. Wir wollen an
4084 diese positiven Traditionen anschließen. Ob Flüchtlinge, Studierende,

4085 hier arbeitende Menschen oder ausländische Touristen – sie alle
4086 bereichern mit ihrer Kultur, mit ihren Erfahrungen und ihren
4087 Betrachtungsweisen unser Land. Durch spezielle Förderstrukturen wollen
4088 wir der Kultur von ethnischen, kulturellen und religiösen Minderheiten
4089 mehr Raum geben. Wir GRÜNEN wollen den Austausch auf institutioneller
4090 Ebene ebenso verstärken wie die internationalen
4091 Künftler austauschprogramme.
4092 Wir bekennen uns ausdrücklich zum Verfassungsauftrag, das Recht der
4093 SorbInnen auf Schutz, Erhaltung und Pflege ihrer nationalen Identität
4094 und ihres angestammten Siedlungsgebietes zu gewährleisten. Dazu zählt
4095 in erster Linie die Förderung der sorbischen Sprache. Wir setzen uns
4096 deshalb für ihren Erhalt in Bildungseinrichtungen, Zeitungen,
4097 Literatur und im öffentlichen Rundfunk ein. Für die Vermittlung und
4098 Förderung der sorbischen Sprache in Kinderkrippen, Kindergärten und in
4099 Schulen ist die Aus- und Weiterbildung sorbischsprachiger LehrerInnen,
4100 ErzieherInnen und KindergärtnerInnen von zentraler Bedeutung. Nicht
4101 nur aus diesem Grund ist das Institut für Sorabistik an der
4102 Universität Leipzig und seine Kooperation mit dem Sorbischen Institut
4103 in Bautzen wichtig.

4104 **Kultur- und Kreativwirtschaft**

4105 Der Freistaat muss den Belangen der Kultur- und Kreativwirtschaft
4106 deutlich mehr Aufmerksamkeit zukommen lassen. Wir wollen mit einer
4107 Fortschreibung des Kulturwirtschaftsberichts eine aussagefähige
4108 Grundlage für die zukünftige Förderung schaffen. Kulturschaffende und
4109 Kreative brauchen vor allem Beratung und Unterstützung bei der
4110 Vernetzungsarbeit, um sich als privatwirtschaftliche Akteurinnen und
4111 Akteuren etablieren zu können. Dieses große wirtschaftliche Potenzial
4112 muss endlich auch im Wirtschaftsministerium erkannt und für Sachsen
4113 genutzt werden. Bestehende Hürden der Wirtschaftsförderung für
4114 Kleinunternehmen und Selbstständige im Kreativbereich müssen gesenkt
4115 werden.

4116 **Nationalsozialismus kritisch aufarbeiten**

4117 Die deutsche und damit auch die sächsische Geschichte des vergangenen
4118 Jahrhunderts ist durch einen Zivilisationsbruch gekennzeichnet, dessen
4119 Aufarbeitung niemals abgeschlossen sein wird. Die Verbrechen des
4120 Nationalsozialismus prägen die deutsche Identität und bringen
4121 Verantwortung auch für die heutigen und die nachfolgenden Generationen
4122 mit sich. Deshalb muss die entsprechende Bildungsarbeit an Schulen und
4123 anderen Einrichtungen gefördert werden. Dies ist umso wichtiger, je
4124 stärker wir aufgrund des Verschwindens der Erfahrungsgeneration einen
4125 Epochenwechsel in der Erinnerungskultur erleben. Wir setzen uns daher
4126 für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der dafür
4127 in besonderer Weise prädestinierten Gedenkstätten und
4128 Dokumentationszentren ein. Wir GRÜNE wollen zudem
4129 zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte aus der Mitte der

4130 Gesellschaft unterstützen, damit eine lebendige Aufarbeitung „von
4131 unten“ stattfinden kann.

4132 **Wider die Verklärung der DDR-Vergangenheit**

4133 Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR-Geschichte soll
4134 nicht zuletzt das Bewusstsein für die Stärken der Demokratie und das
4135 hohe Gut der Freiheit wecken. Wir wollen die sächsischen
4136 Gedenkstätten, Bürgerarchive und Dokumentationszentren als Lernorte
4137 weiterentwickeln. Eine breite Debatte über die Mechanismen der
4138 Unterdrückung ist notwendig. Dazu ist es erforderlich, dass die
4139 Lebenswelt der DDR in ihren verschiedenen Facetten vermittelt wird.
4140 Die öffentliche Zugänglichkeit der Stasi-Unterlagen unter Beachtung
4141 des Datenschutzes muss gewährleistet bleiben. Durch eine
4142 Gesetzesnovellierung wollen wir die rechtlichen Grundlagen des Amtes
4143 des Stasi-Landesbeauftragten verbessern. So soll sein Arbeitsbereich
4144 auf das Gesamtsystem der DDR ausgeweitet, ein ausdrücklicher
4145 Bildungsauftrag verankert und ihm durch Zuordnung zum Sächsischen
4146 Landtag eine höhere Unabhängigkeit garantiert werden. Wir treten
4147 weiterhin dafür ein, dass die in der DDR verfolgten Menschen genügend
4148 gesellschaftliche und staatliche Aufmerksamkeit und Anerkennung
4149 erhalten.

4150 **Die Arbeit der Gedenkstätten sichern**

4151 Eine zentrale Stellung nimmt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur
4152 Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft ein. Durch den
4153 Konsens der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen und die
4154 nachfolgende interfraktionelle Gesetzesinitiative ist es nach
4155 jahrelangen Auseinandersetzungen gelungen, die Gedenkstättenarbeit auf
4156 eine neue Grundlage zu stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese
4157 Einigung sich auch in der täglichen Arbeit der Stiftung niederschlägt
4158 und für alle zu fördernden Gedenkstätten eine angemessene Finanzierung
4159 bereitgestellt wird.

4160 **Denkmalschutz und Denkmalpflege**

4161 Sachsens Denkmallandschaft ist vielfältig. Denkmale sind unser
4162 gebautes kulturelles Gedächtnis. Nach innen stiften sie Identität,
4163 nach außen üben sie eine starke Anziehungskraft auf Touristen aus.
4164 Darüber hinaus sind sie ein Wirtschaftsfaktor. Denkmalpflege bedeutet
4165 zudem nachhaltiges Bauen, auch weil Ressourcen geschont und keine
4166 neuen Flächen versiegelt werden.
4167 Dennoch kommt es stetig zu weiteren Verlusten an Denkmalen,
4168 insbesondere ländliche Bauten oder technische Denkmale befinden sich
4169 in einem bedrohlichen Zustand. Umnutzung und Weiternutzung können
4170 helfen, das Risiko eines Denkmalverlusts durch Leerstand zu
4171 minimieren. Es wird zukünftig darauf ankommen, Denkmalpflege als
4172 Querschnittsaufgabe zu verstehen - vom Finden geeigneter Nutzungen
4173 über Betreiber- und Bauherrenmodelle bis hin zur fachlichen und

4174 praktischen Betreuung der notwendigen Arbeiten. Dazu sind auch die
4175 Strukturen der öffentlichen Denkmalpflege in ihrer Leistungsfähigkeit
4176 zu erhalten und zu stärken. Denkmalschutz und Denkmalpflege dürfen
4177 sich nicht auf die Erhaltung einzelner herausragender, künstlerisch
4178 und ästhetisch überzeugender Bauten oder Gegenstände beschränken.
4179 Unseren Schutz benötigen gerade die vielen kleineren Denkmale, die in
4180 ihrer Summe die geschichtliche Entwicklung Sachsens nachvollziehbar
4181 und erlebbar machen.
4182 Die Kategorisierung von Denkmalen „zweiter Klasse“ mit einem
4183 verringerten Schutzstatus lehnen wir ab. Es ist wichtig, dass in der
4184 Denkmalpflege nicht nur das Erscheinungsbild, sondern auch die
4185 Substanz der Denkmale geschützt wird. Wir wollen eine leistungsfähige
4186 Fachbehörde für den Denkmalschutz schaffen, indem wir die Landesämter
4187 für Archäologie und für Denkmalpflege zusammenführen und dem
4188 Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst
4189 zuordnen, die auch als Dienstleister agiert.